

fzs-MV

59. Mitgliederversammlung des fzs – 2. bis 4.
März '18

Reader kurz vor der 59. MV

Stand: 1. März 2018

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
TOP 5: Berichte	5
59-5-1-01 Bericht des Vorstandes	5
59-5-2-01 Bericht des 58. AS	22
59-5-3-02 Bericht des Ausschuss Internationales 2017/18	26
59-5-3-03 Bericht des Ausschusses Studienreform	28
59-5-3-04 Bericht des Ausschuss HoFi/HoSt	31
59-5-3-01 Bericht Ausschuss Finanzen zum WS 2017/2018	32
59-5-3-05 Bericht des Ausschuss Sozialpolitik	34
59-5-3-06 Bericht des Ausschuss Frauen- und Genderpolitik	35
59-5-3-07 Bericht des Ausschuss VSPM	37
59-5-4-01 Bericht des Arbeitskreis Politische Bildung	39
59-5-4-02 Bericht des Arbeitskreis für Ökologie und Nachhaltigkeit . .	41
59-5-5-01 Bericht der Antidiskriminierungsbeauftragten	43
59-5-6-01 Bericht von der 34. European Students' Convention (ESC) in Cardiff und dem außerordentlichen Board Meeting, vom 10.10. bis zum 13.10.2017	45
59-5-6-02 Bericht vom 73. Board Meeting der European Students' Union (ESU) in Jerusalem (27.11.-3.12.2017)	48
TOP 7: Inhaltliche Anträge	63
59-7-I-01 Still loving Sozialversicherung – Wie kaputt ist eigentlich die Rente?	63
59-7-I-02 Solidarität mit den Protesten der demokratischen Stu- dent*innen im Iran	67
59-7-I-03 Gefährdete Selbstverwaltung – Gegen Behördenwillkür und parlamentarische Delegitimation von Verfassten Stu- dent*innenschaften	70
59-7-I-04 Community for all – solidarische Gemeinschaften statt Ab- schiebegefängnisse	74

59-7-I-05 Keine Einschränkung des Mitspracherechts der Österreichischen Hochschüler_innenschaft!	76
59-7-I-06 Positionierungen zu den Vorhaben der Europäischen Kommission „Towards a European Education Area by 2025“	79
59-7-I-07 Change the system, not the climate – Kohleausstieg selber machen	83
59-7-I-08 Anwesenheitspflicht? Das steht auf meiner Not-ToDo-Liste!	89
TOP 8: Strukturelle Anträge	92
59-8-S-01 Aktivierung der Referent*innenstruktur prüfen	92
59-8-S-02 Antrag: Feminismus als Querschnittsthema	94
59-8-AP-01 Anträge an das Arbeitsprogramm unter dem Motto „Auch du, Genoss*in, kannst Feminismus machen!“: Antrag Sozialpolitik	97
59-8-AP-02 Änderungsantrag zum Arbeitsprogramm Ausschuss Studienreform (Motto „Auch du, Genoss*in, kannst Feminismus machen!“)	99
59-8-S-03 Kampagne gegen Wohnungsnot	101
59-8-S-04 Genutzte Online-Verkäufer*Innen hinterfragen	103
TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen	104
59-9-SÄ-01 Konsequenzen für nichtquotierte AS-Delegationen	104
59-9-SÄ-03 Einrichtung und Bestätigung von Arbeitskreisen	106
59-9-SÄ-04 Quotierung der inhaltlichen Ausschüsse verbessern	108
59-9-SÄ-05 Kooptierung in inhaltliche Ausschüsse quotieren	109
59-9-SÄ-02 Quotierte Besetzung des Kassenprüfungsausschusses	110
59-9-WO-01 Antrag auf eine Änderung der Wahlordnung hins. übergreifiger Befragung	112
59-9-SÄ-08 Tatsächliche Einbindung von Frauen* sichern	114
59-9-SÄ-09 Beschlussfähigkeit des AS auf Telefonkonferenzen	116
TOP 10: Wahlen	118
Bewerbung 59-10-SP-01 Rebekka Statz	118

59-5-1-01

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Vorstandes

1 **Schwerpunkte in der Arbeit des Vorstandes**

2 Der Vorstand befasst sich mit einer Reihe von Themen und arbeitet mit einer
3 großen Anzahl von Ausschüssen, Arbeitsgruppen, Bündnissen und Organisa-
4 tionen zusammen, weswegen eine Arbeitsaufteilung innerhalb des Vorstandes
5 unerlässlich ist. So hat der Vorstand die Unterstützung von und Kooperation
6 mit Landesstudent*innenvertretungen, Ausschüssen und Arbeitskreisen unter
7 sich aufgeteilt und Themen grob zugewiesen. Die anfallenden Arbeiten wur-
8 den sonst meist nach zeitlicher und örtlicher Verfügbarkeit vergeben. Bei eini-
9 gen der anstehenden Tätigkeiten hat der Vorstand allerdings auch als Ganzes
10 gearbeitet, vor allem die Pressearbeit und erste Treffen mit wichtigen Part-
11 ner*innen erfolgten gemeinsam.

12 Die Tätigkeiten des Vorstands liegen vor allem bei der Organisation von Se-
13 minaren und Kampagnen, in der Öffentlichkeitsarbeit und medialen Kom-
14 mentierung politischer Ereignisse, der Begleitung und Unterstützung von Ar-
15beitskreisen und Ausschüssen des fzs sowie der Unterstützung lokaler Stu-
16 dent*innenvertretungen und Bündnissen.

17 Im Folgenden versucht sich der Vorstand an einem Bericht seiner Tätigkeiten,
18 strukturiert nach den Inhalten und Themenfeldern zu denen gearbeitet wurde.
19 Dieser Bericht kann keine vollständige Auflistung aller Termine, Gespräche,
20 administrativen Arbeiten und produzierten Texte liefern. Das alltägliche Ge-
21 schäft, Beratungsangebote, Infrastrukturarbeit, der Bearbeitung von Anfragen
22 sowie die Betreuung von Arbeitnehmer*innen und der Geschäftsstelle bleiben
23 weitestgehend unsichtbar.

24 **1. Bildungsarbeit**

25 **1.1. Seminare, die stattfanden**

26 Aufgrund von Verzögerungen beim Zuwendungsbescheid durch das BMBF
27 musste das Bologna-Seminar, das ursprünglich vom 5.-8.10.2017 stattfinden
28 sollte, verlegt werden, da der Bescheid zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor-
29 lag und somit aufgrund der kurzfristigen Anfragen, viele Referent*innen ab-
30 sagten. Das Seminar "Grundlagen des Arbeits- und Sozialversicherungsrecht
31 für Student*innennvertretungen", das vom 01.-03.12.2017 geplant war, musste
32 ebenfalls wegen des späten Bescheids verlegt werden, da dadurch Schwierig-
33 keiten bei der Referent*innensuche entstanden.

34 **12.-14.01.2018 "Rassismus in den Hörsälen?" – Vernetzung- & Vor-**
35 **bereitungstreffen zum festival contre le racisme**

36 Als erstes Seminar fand das Vernetzungstreffen zum festival statt. Das Seminar
37 behandelte das Thema Rassismus an Hochschulen. Die Teilnehmer*innen, die
38 teilweise sehr viel, teilweise gar keine Erfahrungen bei der Durchführung eines
39 festivals hatten, profitierten von den unterschiedlichen Erfahrungen, sowohl
40 organisatorisch als auch inhaltlich.

41 **19.-21.01.2018 Winterkongress "never again! gemeinsam gegen au-**
42 **toritäre und faschistische Tendenzen" in Kassel**

43 Dieses Jahr lag der Schwerpunkt des Winterkongress auf der Arbeit gegen auto-
44 ritäre und faschistische Tendenzen. Der Winterkongress stellte somit gleichzei-
45 tig den Startpunkt der Kampagne "never again! Aktionstage gegen autoritäre
46 und faschistische Tendenzen" dar. Die Teilnehmer*innen konnten sich gut zu
47 den Problemen vor Ort vernetzen und einen Einblick in gesellschaftskritische
48 Konzepte erhalten. Außerdem wurden aktuelle autoritäre Entwicklungen und
49 Strukturen an Hochschulen beleuchtet.

50 **1.2. Seminare die noch bis zur MV stattfinden werden**

51 Überblicksseminare für Einsteiger*innen in die Hochschulpolitik

52 Die Einsteiger*innen Seminare sollen einen Überblick über die vielfältige po-
53 litische Arbeit an Hochschulen geben. Sie erleichtern den Einstieg in die Gre-
54 mienarbeit und widmen sich den sozialen und politischen Problemen von Stu-

55 dent*innen. Dadurch sollen Wissenshierarchien schnell abgebaut werden und
56 hochschulpolitisches Engagement gefördert und erleichtert werden.

57 **Wie war das nochmal mit Bologna?**

58 Mit diesem Seminar soll die soziale Dimension von Bologna in den Fokus ge-
59 nommen werden. Als Vorbereitung auf die kommende Ministerkonferenz [sic!]
60 sollen gemeinsam Forderungen und Handlungsoptionen herausgearbeitet wer-
61 den.

62 **1.3. Vorträge/ Workshops**

63 Es wurden extern wie intern zu einer Vielzahl von Themen Vorträge und Work-
64 shops angeboten und abgehalten. Da in diesem Jahr in Baden-Württemberg
65 wie so oft am politischen Mandat der Verfassten Student*innenschaft gekratzt
66 wurde, kam die Problematik der Repression gegen Student*innenschaften er-
67 neut auf. Deshalb nahm die Thematik des Politischen Mandats und staatlicher
68 Repression gegen studentische Selbstverwaltungen einen großen Teil dieser Ar-
69 beit ein. In diesem Rahmen hat der Vorstand einen Flyer zum Politischen Man-
70 dat erstellt, der darauf ausgelegt ist tiefergehende Fragen zu beantworten. Er
71 ist als Ergänzung zu dem Flyer “Wofür brauchen wir eigentlich das Politische
72 Mandat“ zu verstehen und eignet sich im Besonderen, um einen Einblick in
73 alles relevante um die Problematik in BaWü zu erhalten. Aber auch die inhalt-
74 liche Arbeit zur Geschichte studentischen Protests, Studiengebühren, Bologna,
75 Antidiskriminierung und vielem mehr kam nicht zu kurz. Im Zuge der Kampa-
76 gne “never again! Aktionstage gegen autoritäre und faschistische Tendenzen“
77 hat sich der Vorstand des Weiteren mit der nationalsozialistischen Vergangen-
78 heit von Student*innen befasst und einen Vortrag dazu ausgearbeitet.

79 **2. Öffentlichkeitsarbeit**

80 **2.1. Pressearbeit**

81 Der Vorstand hat seit Beginn seiner Amtszeit bis zur Verschiebung für die
82 MV 19 Pressemitteilungen veröffentlicht, die breite Erwähnung in verschie-
83 denen Zeitungen fanden. Außerdem wurde der Kontakt zu Journalist*innen
84 ausgebaut und der fzs durch seine schnellen und ausführlichen Antworten auf
85 Presseanfragen als zuverlässiger Pressekontakt etabliert. Durch mehrere Hin-
86 tergrundgespräche, Interviews und Gastbeiträge ist es gelungen, den Verband
87 und seine Positionen gut öffentlich zu platzieren.

- 88 ● 11.09.2017 – Damit Bildung keine Frage des Geldbeutels ist
- 89 ● 25.09.2017 – Pressemitteilung zur Bundestagswahl 2017
- 90 ● 28.09.2017 – Selbstständiges Lernen verändert die Welt. Nicht Anwesen-
- 91 heitspflichten
- 92 ● 29.09.2017 – Leuchttürme werfen lange Schatten
- 93 ● 05.10.2017 – Recht auf freie Bildung statt Numerus Clausus – Zur Ver-
- 94 handlung des Bundesverfassungsgerichts über die Zulassung in der Hu-
- 95 manmedizin
- 96 ● 09.10.2017 – fzs fordert Umdenken in der studentischen Wohnraumpolitik
- 97 ● 19.10.2017 – 30 Organisationen fordern: “Gute Bildung für alle Men-
- 98 schen!“
- 99 ● 31.10.2017 – Echte Investition in Bildung, statt mehr Wettbewerb
- 100 ● 17.11.2017 – Gemeinsames Statement des TOPICS- Netzwerks zum 17.
- 101 November
- 102 ● 28.11.2017 – So viele Student*innen
- 103 ● 07.12.2017 – Statement des fzs zum Board Meeting der European Stu-
- 104 dents‘ Union
- 105 ● 08.12.2017 – Demokratiebildung geht nur durch gelebte Demokratie
- 106 ● 12.12.2017 – Ausbeutung von studentischer Arbeitskraft geht weiter!
- 107 ● 13.12.2017 – Soziale Selektion spielt im BAföG Bericht keine Rolle – das
- 108 aber wäre dringend nötig
- 109 ● 17.12.2017 – Rechtsgutachten: fast 500 Medizin-Studienplätze mehr ohne
- 110 Finanzaufwand
- 111 ● 19.12.2017 – Chance für Bildungsgerechtigkeit? – Bundesverfassungsge-
- 112 richt kippt NC in bisheriger Form
- 113 ● 13.01.2018 – Kein Fortschritt für den Bildungsbereich noch für die Ge-
- 114 sellschaft
- 115 ● 27.01.2018 – never again!
- 116 ● 29.01.2018 – Sexismus ist keine Kunst

117 **2.2. Social Media**

118 Im Kontext der Vorstandsarbeit hat sich eine Social Media Praxis etabliert,
119 die stark auf Sharepics ausgelegt ist und den Anspruch hat, viele Menschen zu
120 erreichen. Dabei werden vor allem die Plattformen Facebook, Twitter und seit
121 neustem auch Instagram bespielt. Die unterschiedlichen Plattformen wurden
122 bewusst gewählt, um die verschiedenen Zielgruppen gezielt für die Öffentlich-
123 keitsarbeit des Verbands zu erschließen. Somit konnte der fzs seine Reichweite
124 nicht nur quantitativ ausweiten, sondern auch Menschen erreichen, an denen
125 die bisherige Öffentlichkeitsarbeit vorbei ging. Durch die regelmäßige Pflege
126 aller social media Kanäle des Verbands konnte sich der fzs auf diesen etablie-
127 ren.

128 **3. Inhaltliche Themenschwerpunktsetzung:**

129 **3.1. Never Again/Antifa/Antira**

130 Der Vorstand hat sich für seine Amtszeit als einen seiner Schwerpunkte ge-
131 setzt, gegen die immer stärker auftretenden autoritären Strukturen und Ten-
132 denzen vorzugehen. Um dies erfolgreich umzusetzen wurde der Arbeitskreis
133 für Politische Bildung ins Leben gerufen. Dieser konzipierte mit dem Vorstand
134 die Kampagne “never again! – Aktionstage gegen autoritäre und faschistische
135 Tendenzen“, gab dieser ein Selbstverständnis und eine Arbeitsstruktur. Der
136 Aktionszeitraum wurde auf die Wochen vom 14.1. bis zum 27.1.2019 gelegt.
137 Somit steht der Aktionszeitraum nicht in Konkurrenz zu den anderen Kam-
138 pagnen des Verbands und es besteht genug Zeit, um für die Kampagne zu
139 werben und lokale Gruppen in der Organisation zu unterstützen. Das Ende
140 des gemeinsamen Aktionszeitraums ist zeitgleich der Tag der Befreiung von
141 Auschwitz durch die rote Armee. Für die Kampagne wurde eine social media
142 und Web Präsenz ausgearbeitet und erstes Mobilisierungs- und Info-Material
143 erstellt. Zudem wurde bereits ein erster Artikel zur Kampagne für die read.me
144 verfasst.

145 Im Januar fand außerdem das Vernetzungstreffen zum festival contre le racis-
146 me statt. Neben einem aktiven Austausch der bestehenden Gruppen die die
147 festivals organisieren wurde sich mit Rassismus und rassistischen Ausschlüssen
148 im Wissenschaftsbetrieb auseinandergesetzt. Dies soll auch Schwerpunktthema
149 der festivals für den kommenden Aktionszeitraum werden.

150 **3.2. Sozialpolitik**

151 Der Vorstand hat zu Studienfinanzierung, neben der Arbeit im BAföG Bündnis
152 Pressemitteilungen am 11.09. „Damit Bildung keine Frage des Geldbeutels ist“
153 und am 13.12. „Soziale Selektion spielt im BAföG Bericht keine Rolle – das
154 aber wäre dringend nötig.“ veröffentlicht. Außerdem hat sich der Vorstand in
155 der jungen Welt „Fast alle, die studieren, müssen nebenbei jobben“ und im
156 Deutschlandfunk „Mit BAföG nichts zu machen“ zum Thema geäußert.

157 Die Wohnraumproblematik war im Vorstand immer wieder Thema. Es wur-
158 de eine Kampagnen-Idee für das Sommersemester entwickelt, die das Ziel hat
159 gemeinsam mit lokalen Akteur*innen und Bündnispartner*innen das Thema
160 über einen längeren Zeitraum zu setzen (genauerer siehe entsprechender An-
161 trag). Außerdem wurde am 09.10. eine Pressemitteilung „fzs fordert Umdenken
162 in der studentischen Wohnraumpolitik“ veröffentlicht und sich bei Kennenlern-
163 gesprächen mit vielen Bündnispartner*innen über Wohnraumproblematiken
164 ausgetauscht.

165 Am 19.10. veröffentlichte der fzs gemeinsam mit vielen anderen Gruppierungen
166 eine Erklärung anlässlich der Sondierungsverhandlungen: „30 Organisationen
167 fordern: „Gute Bildung für alle Menschen!“.

168 Gemeinsam mit dem Ausschuss Sozialpolitik wurde eine Handreichung zum
169 Mutterschutzgesetz erstellt und an mehreren Treffen im Rahmen von Aus-
170 tauschrunden im BMFSFJ zum Thema teilgenommen.

171 **3.3. Internationales**

172 **European Student Union**

173 Für die European Student Convention und das spontane Board Meeting (BM),
174 das vom 10.-13.10. stattfand, hat der fzs eine 100% quotierte Delegation ent-
175 sendet. Vom 27.11.- 03.12. fand das BM der European Student Union in Israel
176 statt, zudem ebenfalls ein Vorstandsmitglied delegiert war. Im Rahmen des BM
177 wurde am 07.12. ein Statement des fzs zum BM der European Students‘ Union
178 als Pressemitteilung herausgeben. Ein ausführlicher Bericht ist im Reader un-
179 ter Berichte enthalten. Die erste Veranstaltung vom Projekt Shams, einer von
180 der European Student Union über den fzs geförderten Workshopreihe, die bü-
181 rokratische Hürden zum Hochschulzugang für Geflüchtete verringern möchte,
182 fand am 30.09. unter Beteiligung des fzs statt. Im Vorfeld fanden Koordina-
183 tionstreffen zwischen dem Projektbetreuer und dem Vorstand statt. Nach der

184 Verschickung werden Broschüren zur Thematik gedruckt, die im Raum Ber-
185 lin/Brandenburg verschickt werden sollen.

186 **TOPICS-Netzwerk**

187 Der Vorstand hat sich in das europaweite Netzwerk TOPICS eingebracht, das
188 progressive Hochschulpolitik innerhalb und außerhalb der European Students'
189 Union vorantreibt. Vom 9.-11. September fand ein TOPICS-Vernetzungstreffen
190 mit anschließender Vorstellung der National Union of Students (NUS'es) auf
191 der Sommerakademie der belgischen Studentunion FEF statt, an dem der fzs
192 mit einer 100% quotierten Delegation, die zu 50 % aus dem Vorstand be-
193 stand, teilnahm. Neben einer Präambel für das TOPICS-Manifesto entstand
194 ein Statement zum 17. November (Internationalen Studentsday). Seit dem 16.
195 November hat TOPICS eine Facebookseite, die regelmäßig Statements veröf-
196 fentlicht, unter anderem zur Situation der Student*innen in Frankreich und
197 Österreich, aber auch anlässlich des internationalen Tag des Gedenkens an die
198 Opfer des Nationalsozialismus. Darüber hinausgehend hielt TOPICS im Vor-
199 feld und im Nachgang des Boardmeetings mehrere Skypekonferenzen ab.

200 **Solidaritätsarbeit**

201 Die Rede des französischen Präsidenten, die am 10.10. an der Goetheuniversi-
202 tät in Frankfurt gehalten wurde, wurde zum Anlass genommen auf die Kämpfe
203 der französischen Studentunion UNEF gegen Selektion und Zulassungsbe-
204 schränkungen hin zu weisen. Der fzs solidarisierte sich mit der Besetzung der
205 Pädagogischen Fakultät der Universidad Academia de Humanismo Cristiano
206 (UAHC) in Santiago de Chile am 13.10., um gegen sexualisierte Gewalt in
207 verschiedenen Ebenen der UAHC zu kämpfen. Im Rahmen der Solidaritätsar-
208 beit hat der fzs zwei Redebeiträge auf der "Tag X" Demo zur Angelobung der
209 neofaschistischen Regierung in Österreich am 18.12., gehalten. Thematisiert
210 wurden zum einen die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit der Central
211 European University vor der ungarischen Botschaft und zum anderen auf dem
212 Heldenplatz die Einschränkung des politischen Mandats der ÖH. Außerdem
213 wurde die geplante Wiedereinführung von Studiengebühren problematisiert.

214 **3.4. Feminismus**

215 Als Konsequenz der letzten Mitgliederversammlung und der Erkenntnis, dass
216 der Verband die eigenen Antidiskriminierungsstrukturen überarbeiten sollte,
217 wurde das Summercamp thematisch umstrukturiert und insbesondere auf ein
218 Awarenesskonzept für den fzs hingearbeitet.

219 Zusätzlich hat der Vorstand sich im Rahmen der Auseinandersetzung mit den
220 Vorfällen auf der MV im AS und mit verschiedenen Verbänden, unter ande-
221 rem Campusgrün und den Jusos, über Awareness- und Antidiskriminierungs-
222 strukturen gesprochen. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für verschiedene
223 strukturelle Veränderungen im Verband dienen, die zukünftig ähnliche Vorfälle
224 verhindern sollen.

225 Insbesondere mit Campusgrün ist eine gemeinsame Arbeit zu Feminismus in
226 der Hochschulpolitik geplant.

227 Der fzs hielt einen Wortbeitrag bei der “Kundgebung des AStA Frankfurt gegen
228 Sexualisierte Übergriffe, Sexismus und Ausnutzung von Machtverhältnisse“ in
229 Frankfurt am 17.12.

230 Am 29.01.2018 wurde die Pressemitteilung “Sexismus ist keine Kunst!“ veröf-
231 fentlicht, in der sich der fzs mit der in demokratischen Prozessen getroffenen
232 Entscheidung der Alice-Salomon-Hochschule solidarisieren, das Gedicht “ave-
233 nidas“ von Eugen Gomringer zu ersetzen.

234 Zudem wird eine Zusammenarbeit mit dem bvmd angestrebt, bei der sich über
235 Sexismus im Studium und Studieninhalten ausgetauscht werden soll.

236 Die Kampagne *gesellschaft macht geschlecht* ist im letzten Jahr sehr gut
237 angekommen, und Teile des Vorstands bereiten zusammen mit dem Ausschuss
238 frauen*- und genderpolitik das Vernetzungstreffen im Juli vor.

239 **3.5. Studentische Arbeitsverhältnisse**

240 Mit dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) wurden
241 Kontakte geknüpft. Der Vorstand nahm an einer Konferenz für Gute Arbeit
242 in der Wissenschaft teil und demonstrierte zusammen mit NGAWiss gegen
243 prekäre Arbeit bei der Hochschulrektorenkonferenz.

244 Der fzs hat sich ebenfalls solidarisch mit dem Streik der studentischen Be-
245 schäftigten in Berlin “TVStud“ gezeigt. In diesem Kontext wurde beim ersten
246 Warnstreik am 16.01. ein Wortbeitrag gehalten, in dem auf die Situation von
247 Studentischen Beschäftigten hingewiesen wurde. In Vorfeld zum Warnstreik
248 wurde am 12.12. eine Pressemitteilung, die die Ausbeutung von studentischen
249 Arbeitskräften problematisiert, herausgegeben. Der Streik am 25.01. wurde öf-
250 fentlichkeitswirksam unterstützt, indem der fzs über seine social media Kanäle
251 von der Demonstration und dem Streik berichtete.

252 Zusammen mit dem AS wurde der Arbeitskreis studentische Beschäftigungs-
253 verhältnisse wiederbelebt, der sich gerade in der Aufbauphase befindet.

254 **3.6. Studienreform und Finanzierung**

255 **Finanzierung**

256 Zur Antrags-skizze für das Exzellenzcluster veröffentlichte der Vorstand ei-
257 ne Pressemitteilung zum 29.09.2017. Dabei wurde darauf aufmerksam ge-
258 macht, dass die Antrags-skizze lediglich wettbewerbsorientiert und daher wis-
259 senschaftsfeindlich ist. Der dadurch entstehende Konkurrenzdruck und die Ein-
260 werbungsbemühungen führen zur Prekarisierung des Wissenschaftssystems.
261 Nach den veröffentlichten Zahlen des statistischen Bundesamts erhöhte sich
262 die Zahl der Student*innen im Vergleich zum Wintersemester 2016/2017 um
263 1,5 %. Darauf Bezug nehmend, forderte der Vorstand in der Pressemitteilung
264 vom 28.11. eine solide Grundfinanzierung und soziale Öffnung der Hochschule
265 um der Bildungsexpansion zu begegnen.

266 Auch Stiftungsprofessuren spielen in einem prekarisierten Wissenschaftssystem
267 eine immer wichtigere Rolle. Die mediale Aufmerksamkeit für die Thematik
268 im Dezember konnte der Vorstand nutzen, um die Problematik wirtschaftlich
269 finanzierter Forschung u.a. bei Spiegel Online zu kommentieren.

270 **Anwesenheit**

271 Auf die Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung in NRW reagierend, gab
272 der Vorstand eine Pressemitteilung zur Wiedereinführung von Anwesenheits-
273 pflichten bei Veranstaltungen an Hochschulen heraus. Das Thema wird derzeit
274 im Ausschuss Studienreform weiter bearbeitet und es wird eine Zusammenar-
275 beit vom Ausschuss und dem Vorstand mit Landesstudent*innennvertretungen
276 zur Veröffentlichung eines Flyers angestrebt. Am 18.01. nahm der fzs an der
277 Demonstration "studies fight the power", die sich unter anderem auch gegen
278 Anwesenheitspflichten wendete, in Form eines Redebeitrags teil.

279 **Zulassungsbeschränkungen und NC**

280 Auf die Verhandlungen und Entscheidungen zum Numerus Clausus des Bun-
281 desverfassungsgerichts hat der Vorstand mit einer Öffentlichkeitsstrategie rea-
282 giert. Am 05.10. wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht, die das Recht
283 auf freie Bildung statt Numerus Clausus forderte. In der Oktoberausgabe der
284 heidelberger Student*innenzeitung wurde ein kurzes pro/contra über die Ab-
285 schaffung des NC diskutiert, bei dem Teile des Vorstand interviewt wurde.

286 Der Diskurs um den NC sollte so auf die Kapazitätenfrage gelenkt werden.
287 Der Anwalt Wilhelm Achelpöler wurde vom Vorstand beauftragt, Rechnun-
288 gen durchzuführen, die belegt haben, dass ohne finanziellen Mehraufwand fast
289 500 zusätzliche Medizin-Plätze entstehen könnten. Im Vorfeld der Entschei-
290 dung zum NC am 18.12. wurde dieses Rechtsgutachten herausgegeben. Auf
291 die Entscheidung wurde am 19.12. mit einer Pressemitteilung reagiert, in der
292 das Urteil im Hinblick auf das Kapazitätenproblem eingeordnet wird. In der Ja-
293 nuarausgabe der heidelberger Student*innenzeitung wurde ein Kurzinterview
294 vom Vorstand zum NC-Urteil des BVerfG veröffentlicht. Ebenfalls schrieb der
295 Vorstand einen kurzen Artikel für die IG Metall mit wichtigen Informationen
296 für Schüler*innen zum Urteil.

297 **3.7. Nachhaltigkeit und Ökologie**

298 Der Vorstand hat sich seit der letzten Mitgliederversammlung gemeinsam mit
299 dem Arbeitskreis für Ökologie und Nachhaltigkeit vor allem mit Bildung für
300 nachhaltige Entwicklung beschäftigt. Dies fand auch Eingang in die Stellung-
301 nahme zur neuen Musterrechtsverordnung, um Bildung für Nachhaltige Ent-
302 wicklung auch im Akkreditierungswesen stärker zu etablieren. Außerdem ist ein
303 Seminar unter dem Titel “Bildung wandeln statt Klimawandel“ geplant, um
304 auch in der eigenen Bildungsarbeit Nachhaltigkeit an Hochschulen mehr Auf-
305 merksamkeit zukommen zu lassen. Auf diversen studentischen Nachhaltigkeits-
306 konferenzen konnte der fzs Kontakte knüpfen, über die Strukturen studentischer
307 Selbstverwaltung informieren und Möglichkeiten des Engagements in der
308 Verfassten Student*innenschaft aufzeigen. Zusätzlich wurde der Vorstand als
309 Mitglied für das Fachforum Hochschule vorgeschlagen. Das Fachforum erarbei-
310 tet prioritäre Handlungsfelder sowie konkrete Ziele und Umsetzungsstrategien
311 von Bildung für nachhaltige Entwicklung für den Bildungsbereich Hochschu-
312 le. Außerdem identifiziert es Beispiele guter Praxis und gibt Anregungen für
313 neue Bildungs- und Lernformate. Diesen Prozess will der fzs als studentischer
314 Dachverband kritisch begleiten.

315 Gemeinsam mit dem Arbeitskreis und dem gesamten Verband versucht der
316 Vorstand eine umfangreiche Position zu Nachhaltigkeit zu entwickeln, die dann
317 einer Mitgliederversammlung vorgeschlagen werden kann. Im Zuge dessen wird
318 auch ein Antrag zu Ende Gelände erarbeitet.

319 **4. Parlamentarismus und Gremienarbeit**

320 Zur Bundestagswahl wurden Wahlprüfsteine verschickt, die von allen ange-
321 fragten Parteien beantwortet wurden. Diese wurden auf der Homepage veröf-
322 fentlicht und breit beworben, wobei die Reichweite über die unserer sonstigen
323 Veröffentlichungen weit hinaus ging. Im Rahmen der Bundestagswahl wurde
324 am 25.09. eine Pressemitteilung herausgegeben. In dieser wurde sowohl eine
325 Diskursverschiebung weg von bildungspolitischen Themen kritisiert, als auch,
326 dass Wissenschaftsfeindlichkeit durch den Einzug der AfD wieder breitere ge-
327 sellschaftliche Resonanz erhält.

328 Abseits davon hat sich der Vorstand mit einigen der Hochschulgruppen der Par-
329 teien getroffen, darunter Campusgrün, LHG und die Juso-Hochschulgruppen.
330 Zudem wurden auf den Bundestagungen von den Juso-Hochschulgruppen und
331 Campusgrün Grußworte gehalten. Beim Bundestreffen des SDS war der fzs an
332 einem Tag mit einem Stand vertreten.

333 Aufgrund der noch nicht beendeten Koalitionsgespräche haben sich die Mög-
334 lichkeiten im parlamentarischen Bereich auf Einflussnahme auf die Sondie-
335 rungsgespräche beschränkt. Auf das Sondierungspapier, das am 13.1. veröffent-
336 licht wurde, reagierte der fzs mit einer Pressemitteilung und im persönlichen
337 Gespräch mit dem zuständigen SPD-Abgeordneten. Hier wurde vor allem kri-
338 tisiert, dass die Ergebnisse zu ungenau sind, um die wirklichen Vorhaben dar-
339 aus erkennen zu können. Außerdem wurde durch den fzs thematisiert, dass die
340 dringlichen Probleme wieder einmal nicht konsequent angegangen werden.

341 Zur Wahl des neuen Präsidenten der Kultusministerkonferenz Holter am 08.12.
342 wurde eine Pressemitteilung herausgegeben, in der Strukturen für ein selbst-
343 bestimmtes Lernen und demokratische Mitbestimmung in Hochschulen sowie
344 Gesellschaft gefordert wurden. Dies bezog sich darauf, dass Holter Demokra-
345 tiebildung zum Schwerpunkt seiner Amtszeit machte.

346 **4.1. Lobbyarbeit**

347 Darüberhinausgehend wurden Kontakte mit einigen Bundestagsabgeordneten
348 geknüpft. Der Vorstand war bei Stephan Kaufmann (CDU) sowie Oliver Kacz-
349 marek (SPD) zu Besuch. Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen zu Jamaika
350 wurde der Vorstand von Kai Gehring (Bündnis90/die Grünen) zu einem Sta-
351 keholdertreffen mit dem Titel "gemeinsam auf den Weg machen – für mehr
352 Bildungsgerechtigkeit in Schule, Ausbildung und Hochschule" eingeladen. Ein

353 Treffen mit der zuständigen Abgeordneten der Linken findet nach der Verschi-
354 ckung statt.

355 Auf die Ergebnisse der Jamaika-Sondierungen im Bildungsbereich reagierend,
356 wurde am 31.10. eine Pressemitteilung veröffentlicht, die echte Investition in
357 Bildung statt mehr Wettbewerb forderte und somit den Druck aus Verbänden
358 auf die Sondierungsparteien für eine soziale Bildung zu erhöhen.

359 **4.2. AG Bologna**

360 Als Teil der Arbeitsgruppe Fortführung des Bolognaprozesses nahmen Teile
361 des Vorstands an der Sitzung vom 23.10. teil. Im Kontext der Aufnahme Weiß-
362 russlands wurde auf Grund der Beschlusslage des Verbandes die Situation der
363 Student*innen in Weißrussland betont. Für die Verfassung des nationalen Bo-
364 lognaberichts nahm der fzs an dem Treffen der Redaktionsgruppe am 11.01.
365 teil und wirkte darauf hin soziale Ungleichheiten in dem Bericht zu benennen.
366 An der Sitzung zur endgültigen Beratung des Berichts der AG Bologna am
367 19.01. nahmen Teile des Vorstands ebenfalls teil.

368 Außerdem wurde der Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft der GEW ein
369 Interview gegeben, in der grundlegende Reformen gefordert und Probleme, die
370 derzeit im Studium auftreten, angesprochen wurden.

371 Gemeinsam mit der GEW plant der fzs eine kritische Begleitung der Bologna-
372 Konferenz vorzubereiten und hat dem Gewerkschaftsvertreter in der Bologna
373 Follow-Up Group zum Communiqué der Bologna-Konferenz im Mai zugear-
374 beitet.

375 **4.3. DSW**

376 Konstantin wurde ins Kuratorium des Deutschen Studenten [sic!] Werks
377 (DSW) gewählt. Anschließend wurde sich zu Kennenlerngesprächen getrof-
378 fen und sich über Wohnraumpolitiken, insbesondere Wohnheime der Studie-
379 rendenwerke und BAföG-Forderungen ausgetauscht. Vom 05.-06.12. nahm der
380 Vorstand an der MV des DSW und am 20-22.10 am Studierendenrat des DSW
381 teil.

382 **4.4. Arbeitskreis Deutscher Qualifizierungsrahmen**

383 Am 21.09.2017 nahm der fzs an der 36. Sitzung des Arbeitskreises „Deutscher
384 Qualifikationsrahmen“ in Berlin teil, in dem über die Geschäftsordnung des
385 Arbeitskreis DQR und über Rahmenbedingungen eines Pilotverfahren zur An-
386 erkennung von Abschlüssen beratschlagt wurde. Am Rande konnten Kontakte
387 zu Mitgliedern der Arbeitsgruppe Bologna geknüpft werden.

388 **5. Vernetzung mit Organisationen,** 389 **Landesstudent*innenzusammenschlüssen und** 390 **Bundesfachschaftentagungen**

391 **5.1 Studentischer Pool:**

392 Der Vorstand hat sich mit dem KASAP getroffen um die Zusammenarbeit und
393 Kommunikation zu besprechen. Ein besonders wichtiges Thema war hierbei
394 der Umgang mit den systemakkreditierten Hochschulen. Außerdem wurde sich
395 über die Musterrechtsverordnung und die Schulungsseminare des Pools aus-
396 getauscht. Am 19.10. wurde zum Entwurf der Musterrechtsverordnung gem.
397 Artikel 4 Absätze 1 – 4 Studienakkreditierungsstaatsvertrags aus studentischer
398 Perspektive als freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.
399 Stellung genommen.

400 **5.2 Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und** 401 **Wissenschaftler (BdWi):**

402 Der Vorstand hat die Vorstandssitzung des BdWi besucht. Dort wurde über
403 die Zusammenarbeit geredet. Themen waren die Geburtstage der jeweiligen
404 Verbände, gemeinsame Publikationen, Publikationen in den Zeitschriften des
405 BdWi und die Kooperation auf der fzs-MV.

406 **5.3. Landesstudent*innenvertretungen:**

407 Es fanden Kennenlernetreffen mit der LAK Bayern, der LAK RLP und
408 der KSS statt und es wurde sich über lokale Probleme der Landesstu-
409 dent*innenvertretungen ausgetauscht. Gemeinsam mit der KTS wird gerade der

410 Novelierungsprozess des ThürHG begleitet, dazu wurde die “fight the power“-
411 Demo besucht und eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet. Mit dem LAT
412 NRW wurde hinsichtlich der Anhörung zur Befreiung von Studiengebühren im
413 Landtag und einer anlässlich dazu stattfindenden Demonstration zusammen-
414 gearbeitet. Mit der LAK Baden-Württemberg wurde sich über den Umgang
415 mit Landtagsanfragen der AfD ausgetauscht.

416 **5.4 Bundesfachschaftentagungen:**

417 Es wurden enge Kontakte zum Kunsthistorischen Studierendenkongress ge-
418 knüpft, wo Teile des Vorstands auch für das PVT in Dresden mandatiert
419 wurde. Mit dem Bundesvereinigung der Medizinstudierenden Deutschlands
420 (bvmd) gab es ein Treffen, in dessen Rahmen sich zu dem Urteil bezüglich
421 des NC in der Humanmedizin ausgetauscht wurde. Des Weiteren fand eine
422 erste Kontaktaufnahme zur BuFaTa Politik statt. Der fzs wird auf der im Mai
423 stattfindenden Tagung ein Grußwort halten und einen Workshop anbieten. Bei
424 der Bundesfachschaftentagung Geographie wurde ein Workshop zu studentischen
425 Handlungsmöglichkeiten in Akkreditierungsverfahren gehalten. Damit
426 will der Vorstand die Arbeit der Fachschaften unterstützen und stärken sowie
427 die Vernetzung mit dem fzs intensivieren und fördern.

428 **5.5 Bund ausländischer Studierender (BAS):**

429 Es gab mehrere Treffen mit dem BAS, auf denen unter anderem das nächste
430 festival contre le racisme und die Studiengebühren für nicht-EU-Student*innen
431 besprochen wurden. Außerdem wurde sich auf der Vorstandsklausur über eine
432 mögliche Kooperationen bei einer Wohnraumkampagne und dem Schwerpunkt
433 internationale Student*innen und Rassismus auf dem Wohnungsmarkt ausge-
434 tauscht.

435 **5.6 Gewerkschaften:**

436 Es gab Treffen mit der GEW. Mit dem BASS wird es im Zusammenhang
437 mit der Kampagne never again! sowie der Wohnraumkampagne Kooperationen
438 geben. Teile des Vorstands arbeiten außerdem in der Redaktion der read.me
439 mit. Bei dem Treffen mit der ver.di-Jugend wurde unter anderem über die TV-
440 Stud. Verhandlungen in Berlin gesprochen. Mit den DGB-Bildungswerken hat

441 der Vorstand unter anderem über einen gemeinsam organisierten Kongress für
442 2019 diskutiert.

443 **5.7 Hochschulrektorenkonferenz (HRK):**

444 Beim Treffen mit der HRK zeigten sich besonders die inhaltlichen Differenzen
445 auf, auch wenn bei einzelnen Themen eine Zusammenarbeit durchaus möglich
446 ist, beispielsweise beim europäischen Urheberrecht.

447 **6. Bündnisarbeit**

448 **6.1. Bafögbündnis**

449 Das Bündnis hat im Vorfeld der Bundestagswahl ein neues Positionspapier
450 erarbeitet und veröffentlicht. Im weiteren Verlauf der Sondierungen fanden
451 mehrere Telefonkonferenzen statt, um sich über die jeweiligen Strategien aus-
452 zutauschen. Außerdem wurde vor Kurzem die weitere Zusammenarbeit und
453 Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr, beispielsweise eine Zukunftswerk-
454 statt, fixiert.

455 **6.2. ABS**

456 Der fzs hat an verschiedenen Treffen des Aktionsbündnisses gegen Bildungs-
457 und Studiengebühren teilgenommen. Es wurde eine Strategie zur Öffentlich-
458 keitsarbeit gegen Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen ausgearbeitet
459 und Teile des Vorstands nahmen an der Demonstration am 17.11. teil. Des
460 Weiteren haben Teile des Vorstands zusammen mit dem ABS einen Vortrag
461 zu den geplanten Studiengebühren gehalten.

462 **6.3. Lernfabriken... meutern!**

463 Am 14.09. wurde ein Gastbeitrag vom fzs in der Zeitung "mittelbayerische"
464 zu sozialer Ausgrenzung, Exzellenz Strategie und Lernfabriken meutern ver-
465 öffentlicht. Vom 29.09.-1.10. fand die "Lernfabriken... meutern!"-Konferenz
466 in Hannover statt. Diese wurde vom fzs finanziell und organisatorisch unter-
467 stützt. Außerdem hat der Vorstand einen Workshop zu Öffentlichkeitsarbeit

468 gestaltet. Bei der Erstellung von Zielen des Bündnisses haben sich Teiles des
469 Vorstands im Bereich Hochschule eingebracht und an der Konsensfindung von
470 Zielen aktiv beteiligt. Am 2.10. wurde ein Vortrag im Rahmen der kritischen
471 Einführungstage in Dresden gehalten, um dort "Lernfabriken. . . meutern!" vor-
472 zustellen. Es gelang so auch, sich mit dortigen hochschulpolitisch Aktiven zu
473 vernetzen. Am 16.12. hat der Vorstand auf einer Schüler*innenkonferenz einen
474 interaktiven Infostand betreut, um LFM vorzustellen. Weiter war der fzs in
475 die Vorbereitung und Durchführung der Aktionskonferenz eingebunden, die
476 vom 26.-28.01. in Halle (Saale) stattfand. Auf dieser Konferenz gab sich das
477 Bündnis eine neue Arbeitsstruktur und setzte soziale Ausgrenzung als Schwer-
478 punktthema.

479 **7. Organisation und Struktur**

480 **7.1. Geschäftsstelle**

481 Es finden regelmäßige Teammeetings statt, um die Arbeit in der Geschäfts-
482 stelle systematisch für die kommenden Wochen zu organisieren. Die Geschäfts-
483 stelle unterstützt den Vorstand insbesondere hinsichtlich Seminarplanung und
484 Durchführung der Abrechnung und Beantragung der BMBF-Mittel sowie der
485 täglich anfallenden Geschäfte.

486 **7.2. Website**

487 Da der Vertrag mit werk21 Ende Oktober ausgelaufen ist, musste die neue
488 Website schnell fertiggestellt werden. Der AK IT hat einen zweiten Server
489 bekommen, auf dem sie die bisher bestehende Demoversion der Website neu
490 aufgebaut haben, um verschiedene Fehler ausbessern zu können. Zusätzlich
491 gab es mehrere Gespräche mit werk21 und sinnwerkstatt. Bei diesen Gesprä-
492 chen wurde einerseits mehr Zeit verhandelt und andererseits vereinbart, dass
493 sinnwerkstatt noch einige Designfehler korrigiert. Der AK IT hat dann damit
494 begonnen, die Daten aus dem aktuellen Datenexport zu konvertieren und in
495 die neue Website einzuarbeiten.

496 **8. Mitgliederentwicklung**

497 Die Student*innenschaften der Uni Frankfurt, PH Karlsruhe und evangelischen
498 Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe sind dem freien Zusammenschluss von
499 student*innenschaften seit September beigetreten. Außerdem ist der Verband
500 weiterhin in Gesprächen mit Student*innenschaften, um für die Mitgliedschaft
501 zu werben und um eine positive Mitgliederentwicklung weiter voranzutrei-
502 ben.

AntragstellerInnen

Vorstand

59-5-2-01

AntragstellerInnen: Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des 58. AS

1 **Mitgliedsstudenschaften:** Freiburg, Vechta, Hannover, Duisburg-
2 Essen, Landau, Magdeburg, Darmstadt, Bamberg

3 davon Bamberg und Darmstadt als Einzeldelegationen, Hannover einmal an-
4 wesend

5 **stattgefundene Treffen:** 4 (in Frankfurt, Landau, Vechta und Freiburg)

6 **stattgefundene Telefonkonferenzen:** 9

7 **1) Prüfung, Verbesserung und Vorbereitung satzungsändernder Anträge**

8 Der 57. AS hatte an die 58. MV einige Anträge gestellt, die eine verbesserte
9 tatsächliche Quotierung in der Arbeit des fzs inklusive seiner Ausschüsse errei-
10 chen sollte. Wir haben uns diese Anträge erneut angesehen und diese mit Blick
11 auf die Zielsetzungen überarbeitet und neu gestellt. Wir haben für jeden Wort-
12 laut Szenarien durchgespielt, inwiefern mit der gegebenen Formulierungen in
13 bestimmten denkbaren Situationen eine Quotierung gegeben ist.

14 Durch intensive und lange Gespräche sowie Fallunterscheidungen wurde die auf
15 der 59. Mitgliederversammlung zu beschließenden Anträge zu den Konsequen-
16 zen für nichtquotierte AS-Delegationen ausgearbeitet. Dabei lag ein besonderes
17 Augenmerk auf der Situation/ Personen, die Reproduktionsarbeit leisten so-
18 wie eine Sensibilisierung des Redeverhaltens bzw. Entscheidungsfällung wenn
19 keine/wenig Frauen* sich im Raum befinden.

20 **2) Antisexismus im Verband**

21 Um uns selbst kontinuierlich mit Antisexismus auseinanderzusetzen, haben wir
22 uns diesem Thema in jeder Sitzung gewidmet. Dabei war eine kritische Auswer-
23 tung der MV in Potsdam wesentlicher Bestandteil. Als Probleme wurden unter
24 anderem identifiziert, dass Reproduktionsarbeit hauptsächlich durch Frauen*
25 wahrgenommen wurde, die FLTI*-Schlafräume, insbesondere Duschen, nicht
26 optimal waren, bzw. die Räume sogar in Frage gestellt wurden und bei der Be-
27 fragung von Kandidierenden eine problematische Frage zum “Wert von Men-
28 schen“ zugelassen wurde.

29 Wir haben einige mögliche Konsequenzen identifiziert:

30 – Redeleitung muss früher gefunden werden, damit die Menschen sich früher
31 zusammensetzen können, gleiches gilt für das Awarenesssteam

32 -> Redeleitung und Awarenesssteam sollen sich zur Zusammenarbeit austau-
33 schen

34 -> damit die Quotierung der Redeliste besser klappt

35 -> “stille“ Arbeit soll nicht nur von den Frauen* gemacht werden

36 – Vorbereitung des Männerplenums, damit das besser läuft und auch Ergeb-
37 nisse statt Ratlosigkeit mit sich bringt

38 – Awarenesskonzept dem Plenum transparenter machen

39 – AK Antidis reaktivieren

40 Ziel: Mehr Frauen* und queere Menschen sollen im Verband aktiv werden
41 (wollen)

42 **3) Angenommene Anträge:**

43 Solidarität mit den Studierenden Weißrusslands, TOPICS-Manifesto ratifizie-
44 ren (& Präambel), Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verankern und
45 Leben, Unterstützung einer Klage zur Anerkennung von Prüfungsleistungen,
46 Solidarität mit der Besetzung der Pädagogischen Fakultät der UAHC in San-
47 tiago de Chile, Solidarisierung mit der Besetzung des Ateliers der Kunsthoch-
48 schule in Braunschweig, Solidarität mit Vorgehen gegen Beschlagnahme von
49 VS-Eigentum (Freiburg), Unterstützung des Manifesto “For the creation of a

50 European Foundation for the Memory of the genocide against the Roma peo-
51 ple.

52 **4) Beschlussfassungen zu internationaler Zusammenarbeit**

53 Es fanden regelmäßig Mandatierungen für Seminare, Sitzungen, Boardmee-
54 tings etc. sowie Beschlüsse zu Fahrtkosten von ESU etc. statt. Dabei war uns
55 Leonie immer eine große Hilfe, da sie ausführlich berichtet sowie vorbereitet
56 hat und wir so auch aktiv in den internationalen Bereich wirken konnten.
57 Daher scheint es wertvoll, eine AS-Delegation zu haben, die auch in anderen
58 Ausschüssen aktiv mitarbeitet.

59 **5) Anträge**

60 Der eingereichte Antrag zum “Positionspapier Ethik und Nachhaltigkeit an
61 Hochschulen“ der studentischen Gruppe Sneep entfachte [in der AS-Sitzung in
62 Vechta] eine breite Diskussion und hat schlussendlich u. a. dazu geführt, dass
63 sich der Ausschuss Nachhaltigkeit & Ökologie mit dem Thema stark auseinan-
64 dergesetzt hat. Aufgrund der noch stark auf Kapitalismus, Wachstum sowie
65 Wettbewerb beruhenden Inhalte wurde das Positionspapier selbst nicht vom
66 AS unterstützt.

67 **6) Zusammenarbeit mit dem Vorstand**

68 Die Zusammenarbeit mit dem Vorstand war sehr fruchtbar. Auf jeder Sitzung
69 war mindestens ein Vorstandsmitglied anwesend.

70 Auch darüber hinaus unterstützte der Vorstand die Arbeit gegen Studienge-
71 bühren, aus dem AS heraus hielt der Vorstand des Stura Freiburg auch einen
72 Redebeitrag in Düsseldorf bei der Demo gegen Studiengebühren.

73 **7) MV-Vorbereitung**

74 Vorbereitung/Mitwirkung im Vorfeld der MV, regelmäßige Berichte der austrag-
75 enden Delegation aus Magdeburg

76 **8) Potenzielle Handlungsbedarfe für den 59. AS**

- 77 • Fördermitgliedschaft überdenken: Was ist die Zielsetzung, wie wird es
78 tatsächlich genutzt
- 79 • Mitgliedbeitrag Rahmenbedingungen überdenken (Kostenhemmnisse für
80 viele VS)
- 81 • Beitragsentwicklung und Mitgliedsentwicklung zusammendenken
- 82 • Studentisches Wohnen als Schwerpunktthema —> Kampagne 2018
- 83 • Antisexismus im Verband

AntragstellerInnen

Ausschuss der Student*innenschaften

59-5-3-02

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales 2017/18

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Internationales 2017/18

1 Der Ausschuss Internationales des fzs hat seit der letzten MV eine Sitzung in
2 Berlin sowie sieben Telefonkonferenzen abgehalten. Eine weitere Sitzung ist
3 vom 9.-12. Februar geplant.

4 **Europäische Studierendenvertretung (ESU)**

5 Die Arbeit in der europäischen Studierendenvertretung (ESU) wurde fortge-
6 setzt und vertieft. Ausschussmitglieder waren Teil von Delegationen zur Euro-
7 pean Students' Convention im Oktober 2017 in Cardiff und zum ESU Board
8 Meeting (BM) im November 2017 in Jerusalem. Im Bereich der Quality of Hig-
9 her Education konnte an der Neupositionierung ESUs zum Thema Graduate
10 Tracking erreicht werden. Außerdem konnte die Positionierung ESUs zu sozi-
11 alpolitischen Problemfeldern wie studentischem Wohnraum, Gesundheitsver-
12 sorgung, und Arbeitnehmer*innenrechte studentischer Beschäftigter gestärkt
13 werden.

14 Bei der Sitzung vom 9.-12. Februar füllt der Ausschuss den Bologna with Stu-
15 dent Eyes (BWSE) Fragebogen von ESU aus. ESU veröffentlicht die Publika-
16 tion BWSE alle zwei Jahre. Sich aktiv und ausführlich daran zu beteiligen ist
17 eine gute Möglichkeit für den fzs, die Perspektiven und die Kritik des Verban-
18 des in die Publikation zu bringen. Besonders auf im Hinblick auf die Bologna
19 Minister*innenkonferenz ist BWSE 2018 ein wichtiges Lobbywerkzeug in der
20 europäischen Bildungspolitik.

21 **Sorbonne Prozess**

22 Der Ausschuss hat sich mit den Implikationen der “Strengthening European
23 Identity through Education and Culture” Strategie der Europäischen Kommis-
24 sion, die Ende November veröffentlicht wurde, auseinander gesetzt. Die Ergeb-
25 nisse wurden in einer inhaltlichen Position, die bei der Mitgliederversammlung
26 vorgestellt werden soll, festgehalten.

27 **Internationale Solidaritätsarbeit**

28 Im Rahmen der Solidaritätsarbeit hat der Ausschuss eine Positioni zur aktu-
29 ellen Situation der Student*innen in Österreich, insbesondere der Österreichi-
30 schen Hochschul_innenschaft (ÖH), erarbeitet. Diese wird der Mitglieder-
31 versammlung vorgelegt.

32 **TOPICS**

33 Der Ausschuss Internationales hat sich aktiv an der Arbeit in TOPICS (dem
34 Netzwerk der progressiven Studierendenschaften in Europa) beteiligt und
35 nahm an einem Treffen in Brüssel teil. Der Erfolg dieser Vernetzungsarbeit
36 spiegelte sich in der guten Zusammenarbeit auf dem Board Meeting der Eu-
37 ropean Students‘ Union in Jerusalem Ende November wieder. Der Ausschuss
38 organisiert außerdem ein TOPICS Treffen in Magdeburg vor der Mitglieder-
39 versammlung.

40 **Internationales Symposium**

41 Der Ausschuss Internationales plant ein Symposium mit internationalen Gäs-
42 ten welches im Juni stattfinden soll. Das Thema Access to Higher Educa-
43 tion unter den derzeitigen Rahmenbedingungen soll dabei im Mittelpunkt
44 stehen und verschiedene Handlungsoptionen und Protestformen diskutiert
45 werden. Dafür wurden Förderanträge an Stiftungen geschrieben und Stu-
46 dent*innenschaften nach Unterstützung gefragt.

Begründung

Wir haben gearbeitet und ihr solltet wissen, was wir getan haben.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales 2017/18

59-5-3-03

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses Studienreform

1 Seit der 58. MV in Potsdam vom 04. bis 06. August 2017 hat der Ausschuss
2 Studienreform (ASR) zwei Mal getagt und zwei Telefonkonferenzen durchge-
3 führt. Eine weitere Telefonkonferenz wird zur Vorbereitung auf die 59. MV in
4 Magdeburg im Februar durchgeführt. Zwei Ausschussmitglieder nahmen am
5 41. Poolvernetzungstreffen vom 01. bis 03. Dezember in Dresden teil.

6 Die Konstituierende Sitzung fand vom 27. bis 29. Oktober 2017 in der Ge-
7 schäftsstelle des fzs in Berlin statt. Auf dieser Sitzung waren alle sechs Mit-
8 glieder sowie der Vorstand anwesend. Wir haben uns überlegt, wie wir uns eine
9 Zusammenarbeit im kommenden Jahr vorstellen und welche Themenschwer-
10 punkte wir setzen wollen. Es wurde eine zweiköpfige Ausschusskoordination
11 gewählt und verschiedene Unterarbeitskreise zur gemeinsamen Themengestal-
12 tung gebildet. Franziska hielt einen Vortrag zum Akkreditierungswesen und sei-
13 nen möglichen zukünftigen Änderungen, damit alle Ausschussmitglieder und
14 der Vorstand eine gemeinsame Wissensbasis haben. Als inhaltliche Schwer-
15 punkte wurden

16 a) das Akkreditierungswesen

17 b) die Studienreform an Hochschulen inklusive kritischer Wissenschaft und der
18 Novellierung der Hochschulgesetze und

19 c) die Anerkennung von Studienleistung und Mobilität festgelegt.

20 Durch Sturm Herwart beeinflusst, verbrachten einen weiteren Tag in der Ge-
21 schäftsstelle, sahen und erfuhren spannende Dinge über versteckte Berliner

22 Ecken und fuhren erst Montag wieder nach Hause. Danke Nathi und alle an-
23 deren Beteiligten!

24 Am 26.11. fand unsere erste Telefonkonferenz statt, an welcher auch Menschen
25 außerhalb des Ausschusses teilnahmen. Es wurde festgestellt, dass das BMBF
26 den im Vorjahr durch den ASR beantragten Kongress zur Kritischen Lehre
27 nicht fördert. Im Bezug auf NRW wurde über Anwesenheitspflichten diskutiert
28 und was man dagegen machen kann. Es wurde beschlossen, auf dem nächsten
29 Treffen eine Resolution gegen Anwesenheitspflichten für die kommende MV zu
30 verfassen und einen Flyer zu gestalten. Der Vorstand schlug vor, dass der ASR
31 eine Position zur Digitalisierung für den fzs verfasst, da es bisher noch keine
32 gibt. Der Ausschuss soll zudem zusammen mit dem Ausschuss Sozialpolitik an
33 einem Antrag zum Bologna-Forderungskatalog für die MV geschrieben werden,
34 den wir dem Vorstand mit nach Paris geben. Jedoch sind die Kapazitäten
35 eingeschränkt und das Vorhaben wird vorerst auf Eis gelegt.

36 In Dresden fand vom 01. bis 03. Dezember das 41. Poolvernetzungstreffen statt,
37 wo zwei Ausschussmitglieder die Zusammenarbeit mit dem KASAP stärken
38 und spannende Entwicklungen mit in die Ausschussarbeit einbringen konn-
39 ten. Zeitgleich fand das 73. ESU Board Meeting in Israel statt, auf welchem
40 Nathalie wichtigen Input und Anregungen aus anderen Ländern für unseren
41 Ausschuss mitnehmen konnte.

42 Vom 09. bis 10. Dezember trafen wir uns also zu unserer zweiten Sitzung im
43 kleinen wunderschön verschneiten Ilmenau und nebst leckerem Kochen, Franzi
44 Deine Crêpes schmecken vorzüglich, arbeiteten wir sehr produktiv. So formu-
45 lierten wir einen Flyer mit u.a. 10 Gründen gegen Anwesenheitspflichten, wel-
46 cher nun auch vom fzs gemeinsam mit dem o.s.t. gedruckt und veröffentlicht
47 wird. Daneben wurde die Erstellung von Stickern zum Thema beschlossen,
48 welche nach dem Treffen erstellt wurden und auch bald gedruckt und verteilt
49 werden. Es wurde begonnen, die Resolution gegen Anwesenheitspflichten für
50 die kommende MV zu verfassen, damit die Mitgliedsstudierendenschaften zum
51 Handeln aufgefordert werden und nicht nur Anträge auf den MVen beschlos-
52 sen und danach nicht mehr angesprochen werden. Diese Resolution ist Teil
53 der Verschickung und wir freuen uns, wenn wir Anfang März eine lebhaft
54 inhaltliche Debatte mit Euch darüber führen können.

55 Zwischen unserer zweiten Sitzung und unserer zweiten Telefonkonferenz verlie-
56 ßen uns leider zwei Ausschussmitglieder, sodass wir uns freuen, wenn auf der
57 MV neue Gesichter Teil des Ausschusses werden. Auf dieser zweiten Telefon-
58 konferenz am 21.01. wurde u.a. über den Stand der Anträge, die Sticker und
59 unsere Ausschussarbeit gesprochen.

60 Die Ausschusskoordination möchte den aktiven sowie inzwischen ausgeschie-
61 denen Mitgliedern und dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit danken.
62 Wir blicken auf ein spannendes Halbjahr mit viel Kritischer Lehre, inhaltli-
63 chen Gesprächen und spannenden Menschen zurück und freuen uns auf ein
64 weiteres.

65 Euer Ausschuss Studienreform

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

59-5-3-04

AntragstellerInnen: Ausschuss Hochschulfinanzierung/-struktur u.a.

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss HoFi/HoSt

- ¹ Wir sind konstituiert!!! Yeah!

AntragstellerInnen

Ausschuss Hochschulfinanzierung/-struktur (HoFi/HoSt)

59-5-3-01

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Finanzen zum WS 2017/2018

1 Der Ausschuss Finanzen hat in diesem Semester zwei Telefonkonferenzen und
2 eine Sitzung in der Geschäftsstelle des fzs e.V. in Berlin abgehalten.

3 Wir haben uns in den Nachtragshaushalt für 2017/2018 eingearbeitet und an-
4 schließend ein Votum dazu verfasst. Dieses könnt ihr separat lesen.

5 Ein weiteres Thema, mit dem wir uns beschäftigt haben, ist die Entwicklung der
6 Fördermitgliedschaften. Hierzu haben wir eine Auswertung vorgenommen, ob
7 Studierendenschaften von der Fördermitgliedschaft in die Vollmitgliedschaft
8 gewechselt haben oder umgekehrt. Ebenso haben wir die Zu- und Abgänge
9 erfasst. Wir hoffen, bei der Mitgliederversammlung das Ergebnis mit einigen
10 Zahlen präsentieren zu können, da uns derzeit noch ein paar Daten fehlen.

11 Des Weiteren haben wir uns mit den anderen Ausschüssen vernetzt, um über
12 die Verpflegungskosten zu beraten. Hierbei ist die Frage, ob die Verpflegungs-
13 kostenpauschale noch immer aktuell ist oder angepasst werden sollte.

14 Doch außerdem haben wir noch ein wichtiges Anliegen:

15 Der Ausschuss Finanzen besteht derzeit leider nur aus drei Mitgliedern.

16 Jedoch würden wir uns gern einigen aufwändigen und zeitintensiven Themen
17 widmen.

18 Wir beschäftigen uns mit Umsatzsteuerpflicht für Studierendenschaften, stu-
19 dentischer Selbstversicherung, dem Umgang mit den Studienzuschüssen und
20 Qualitätsverbesserungsmitteln und einigen weiteren Themen.

21 Zu dritt ist diese Arbeit nur schwer zu stemmen.

22 Das Thema Finanzen ist für jede Studierendenschaft relevant.
23 Nicht nur in Bezug auf die jeweiligen Finanzreferate, sondern auch generell für
24 die Studierendenvertretungen ist die Arbeit wichtig.
25 Durch die Arbeit des Ausschusses können die Studierendenvertretungen diese
26 Informationen gebündelt bekommen und für ihre Arbeit nutzen.
27 Außerdem befasst sich der Ausschuss Finanzen, in Zusammenarbeit mit dem
28 Vorstand, mit dem Haushaltplan und dem Nachtragshaushalt.
29 Die Arbeit des Ausschusses ist äußerst wichtig.
30 Daher wäre es auch wirklich notwendig, dass die Mitgliederzahl des Ausschusses
31 steigt.
32 Unser Anliegen ist es, dass ihr euch Gedanken darüber macht, ob euch die
33 verschiedenen Themen interessieren und ihr Mitglied des Ausschusses Finanzen
34 werdet.
35 Vielleicht kennt ihr Aktive aus eurer Studierendenschaft, die sich für dieses
36 Thema interessieren.
37 Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen, sich mal eine Sitzung anzu-
38 sehen.
39 Ganz liebe Grüße,
40 euer Ausschuss Finanzen des fzs e.V.
41 Anna, Christopher und Felix

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

59-5-3-05

AntragstellerInnen: Ausschuss Sozialpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Sozialpolitik

- 1 Der Ausschuss Sozialpolitik hat sich seit der MV zu 4 Sitzungen getroffen:
- 2 Freiburg (September), Erfurt (Oktober), Passau (Dezember), Bamberg (Janu-
- 3 ar).
- 4 Auf den Sitzungen wurden die angebrochenen Projekte des vorherigen Aus-
- 5 schusses übergeben und die weitere Arbeit geplant. Die Themen Rente, Kran-
- 6 kenversicherung und Mutterschutz werden weitergeführt.
- 7 Ein Schwerpunkt war weiterhin die Planung des Bundeskongress studentischer
- 8 Sozialpolitik vom 4.-6. Mai in Mainz. Der Flyer zum Kongress liegt der MV
- 9 Verschickung bei und kann gerne z.B. an das Sozialreferat weiter gegeben wer-
- 10 den. Weitere Flyer liegen auf der MV aus.

AntragstellerInnen

Ausschuss Sozialpolitik

59-5-3-06

AntragstellerInnen: Ausschuss Frauen- und Genderpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Frauen- und Genderpolitik

1 Der Ausschuss für Frauen- und Genderpolitik hat sich seit der 58. MV zweimal
2 getroffen (Passau, Berlin) und wird ein weiteres Mal vor der MV in Magdeburg
3 tagen. Mitglieder sind Lena Althen, Ronja Hesse, Nejla Salakovic, Hannah Nes-
4 ser, Randi Becker, Hannah Trulsen, Mandy Gratz, Sebastian Zachrau, Moritz
5 Keßler. Kooptiert wurden Louise Haitz, Lydia Kray, Arianna Rehder und Ju-
6 dith Ellinger. Die Ausschusskoordination übernahmen Mandy Gratz und Lydia
7 Kray.

8 Die Themen des Ausschusses waren vielfältig. Im Ausschuss wurden viele aktu-
9 elle Ereignisse des Jahres diskutiert. So entstand eine Publikation zu #nothei-
10 disgirl ([http://www.zfmedienwissenschaft.de/online/blog/notheidisgirl-](http://www.zfmedienwissenschaft.de/online/blog/notheidisgirl-%E2%80%93-oder-doch-wir-sind-alle-heidis-m%C3%A4dchen)
11 [%E2%80%93-oder-doch-wir-sind-alle-heidis-m%C3%A4dchen](http://www.zfmedienwissenschaft.de/online/blog/notheidisgirl-%E2%80%93-oder-doch-wir-sind-alle-heidis-m%C3%A4dchen)), und ein
12 Antrag zu “Staats_Körper_Politiken“ der seinen Anfang in der Diskussion
13 der Verurteilung von Kristina Hänel nahm. Letzteres planen wir im Rah-
14 men eines Seminars noch tiefergehend zu behandeln. Daneben arbeitet der
15 Ausschuss an einer internationalen Kooperation, welche zum Ziel hat die
16 chilenischen Publikationen von “Agenda kuir“ in Deutschland zu übersetzen
17 und zu verbreiten. Neben einem Buch, das sich mit feministischer Organisa-
18 tion in Südamerika und darüber hinaus auseinandersetzt, wird ein Planspiels
19 zu Fragen queer_feministischen Organisierens und kollektiver politischer
20 Handlungsmöglichkeiten übersetzt und im deutschen Kontext lokalisiert. Bei
21 dem Spiel handelt es sich um ein studentisches Projekt, das im Rahmen
22 von Seminaren und bildungspolitischen Veranstaltungen angewandt werden
23 kann.

24 Daneben beschäftigt den Ausschuss auch in diesem Jahr die Stellung von Femi-
25 nismus im Verband. Hierzu wurden entsprechende Anträge für die Mitglieder-
26 versammlung eingereicht, die fordern Feminismus nicht als Aufgabe einzelner
27 Ausschüsse, sondern als Querschnittsthema zu behandeln. Am Forschungspro-
28 jekt zu Antifeminismus REVERSE beteiligt sich der Ausschuss als Praxispart-
29 ner.

30 Darüber hinaus plant der Ausschuss zwei Seminare im Juli. Eines dient
31 als Vernetzungs- und Vorbereitungstreffen für die Aktionstage “Gesellschaft
32 Macht Geschlecht“. Das andere beschäftigt sich mit “Frauen in der Hochschul-
33 politik“.

AntragstellerInnen

Ausschuss Frauen- und Genderpolitik

59-5-3-07

AntragstellerInnen: Ausschuss VSPM

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss VSPM

1. Was passiert ist

In den Ausschuss VSPM wurden auf der 58. MV in Potsdam fünf Mitglieder gewählt, ein weiteres Mitglied wurde bei der ersten Sitzung kooptiert. Eine quotierte Besetzung des Ausschusses war nicht gegeben. Auf einer ersten TelKo im September wurde vor allem die erste Sitzung des Ausschusses geplant, diese fand vom 23.-24.09. in Freiburg statt, fünf Mitglieder des Ausschusses waren anwesend.

Nach der erfolgreichen Konstituierung des Ausschusses, der Wahl einer Koordination und der Aufnahme eines kooptierten Mitglieds wurde sich auf der Sitzung vorrangig mit der Novellierung des LHGs in Baden-Württemberg beschäftigt. Die Ergebnisse dieser Arbeit flossen teilweise 1:1 in die Stellungnahme zur Novellierung der LAK-BaWü ein. Verhindert werden konnten Punkte, wie die Streichung des Satzes zum politischen Mandat und andere am Ende leider nicht, das Gesetz ist inzwischen in seiner finalen parlamentarischen Phase. Neben der Novellierung in BaWü wurde sich noch mit dem anstehenden Seminarprogramms des Verbands beschäftigt.

2. Was hätte passieren können

Der Ausschuss hat bei seiner ersten Sitzung in Freiburg angedacht, sich bis zu drei mal im Semester zu treffen und regelmäßig, mindestens ein mal im Monat zu telefonieren. Das hat nicht funktioniert. Nach dem Treffen in Freiburg gab es noch einige Versuche, eine TelKo einzuberufen, die Rückmeldung war allerdings

22 immer sehr gering, so dass nie mehr als zwei Menschen aus dem Ausschuss
23 mit dem Vorstand telefoniert hätten. Darüber ist der Ausschuss seit seiner
24 Sitzung in Freiburg eingeschlafen. Themen wie die Novellierung des LHGs in
25 Thüringen, das Seminarprogramm des fzs und, relativ aktuell, die anstehenden
26 Novellierung des LHG in NRW wurden durch den Ausschuss nicht begleitet.
27 Auch die aktuell wieder aufkeimende Debatte rund um die VS in Bayern hätte
28 Thema des Ausschusses sein können.

29 **3. Ausblick / Werbung**

30 Wir würden den Ausschuss im Anschluss an die MV gerne wieder mit mehr
31 Leben füllen. Sollte also im Plenum Interesse an den Themen „Verfasste Studie-
32 rendenschaft“ oder „Politisches Mandat“ bestehen würden wir uns über eure
33 Bewerbungen freuen und hoffen, auf diesem Weg noch ein paar neue, moti-
34 vierte Mitglieder für die zweite Hälfte des Jahres zu finden. Wir würden uns
35 insbesondere über eine verbesserte Quotierung des Ausschusses freuen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

Ausschuss VSPM

59-5-4-01

AntragstellerInnen: Arbeitskreis Politische Bildung

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Arbeitskreis Politische Bildung

1 Bericht des Arbeitskreis politische Bildung

2 Sitzung und Telefonkonferenz

3 Seit der letzten MV ist der Arbeitskreis politische Bildung aktiv geworden. Es
4 fanden zahlreiche Telefonkonferenzen sowie eine Sitzung in Lüneburg statt.

5 Kampagne „never again!“

6 Der Arbeitskreis hat sich bisher mit autoritären und faschistischen Tendenzen
7 beschäftigt. Er hat die Kampagne „never again! – Aktionstage gegen autoritäre
8 und faschistische Tendenzen“ gestartet. Hierfür wurde ein Konzept erarbeitet,
9 erstes Mobi-Material erstellt und Themen- sowie Referent*innenvorschläge ge-
10 sammelt. Es wurde eine social media Präsenz aufgebaut und die Kontakt-
11 adresse never-again@fzs.de eingerichtet. Der Aktionszeitraum wurde auf die
12 Wochen vom 14.01.2019 bis zum 27.01.2019 (Tag der Befreiung von Auschwitz)
13 gelegt. Der Arbeitskreis hat die Organisation des Winterkongress unterstützt
14 und damit den Startpunkt für die Kampagne gesetzt. Auf diesem wurde dafür
15 geworben, vor Ort Veranstaltungen im Aktionszeitraum zu organisieren.

16 inhaltliche Arbeit

17 Zusätzlich zu der strukturellen Arbeit zu der Kampagne „never again!“ haben
18 Mitglieder des Arbeitskreises selbst erste Vorträge und Workshops erstellt, die
19 die Themen der Kampagne abdecken. Außerdem hat der Arbeitskreis einen
20 Artikel in der read.me zu der Kampagne publiziert.

AntragstellerInnen

Arbeitskreis Politische Bildung

59-5-4-02

AntragstellerInnen: Arbeitskreis für Ökologie und Nachhaltigkeit

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Arbeitskreis für Ökologie und Nachhaltigkeit

1 Der Arbeitskreis Ökologie und Nachhaltigkeit (AK NÖ) hat sich seit
2 der letzten MV mehrmals getroffen sowie sich im Kontext Nachhaltig-
3 keit und Hochschule vernetzt. Das Treffen am 13. Oktober 2017 vor der
4 AS-Sitzung hatte das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung und
5 Akkreditierung als Schwerpunktthema. Wir haben für die fzs Stellungnahme
6 Stichworte zur frisch veröffentlichte Musterrechtsverordnung gesammelt
7 und einen Zeitplan für die Umsetzung der akkreditierungsbezogenen com-
8 mitments des fzs für den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige
9 Entwicklung erstellt. Beim Treffen vom 24. bis 26. November haben wir
10 mit der Konzeption des 2014 angestoßenen Positionspapier Nachhaltig-
11 keit angefangen sowie einen Antrag für die nächste MV zum Thema
12 Kohleausstieg vorbereitet. Außerdem haben wir uns mit der Kritik am
13 Deutschen Nachhaltigkeitskodex für Hochschulen [https://www.deutscher-](https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de/dnk/hochschul-dnk.html)
14 [nachhaltigkeitskodex.de/de/dnk/hochschul-dnk.html](https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de/dnk/hochschul-dnk.html) sowie
15 der
16 Kampagne www.nachhaltige-hochschulen.de auseinandergesetzt und
17 das Programm des Seminars “Bildung wandeln statt Klimawandel“ http://www.fzs.de/termine/event_1239.html finalisiert. Leider hat
18 das BMBF das Seminar zum Vernetzungstreffen der Ökologie-, Mobilitäts-
19 und Nachhaltigkeits-Referate nicht genehmigt. Nach dem gescheiterten
20 Versuch einer weiteren Finanzierung, haben wir beschlossen die Idee
21 für dieses Semester erstmal nicht mehr weiter zu verfolgen und uns
22 auf die Einladung zu den AK Treffen und Vernetzung mit externen

23 Akteuer*innen zu beschränken. Auf der konferenz n<http://netzwerk->
24 n.org/formate/konferenz-n/#2017und dem Agendakongress<http://www.bne->
25 portal.de/de/bundesweit/agendakongresshaben wir Kontakte geknüpft und
26 über den fzs, den AK NÖ sowie die Verfasste Studierendenschaft generell
27 informiert. Das nächste ist für 9.-11. Februar 2018 geplant. Wir freuen uns
28 über neue AK-Mitglieder! Tragt euch in den Verteiler ein & kommt vorbei.

AntragstellerInnen

Arbeitskreis für Ökologie und Nachhaltigkeit

59-5-5-01

AntragstellerInnen: Hannah Trulsen

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht der Antidiskriminierungsbeauftragten

1 Bericht Antidiskriminierungsbeauftragte

2 Evaluation letzte MV

3 Nach der 58. MV in Potsdam wurde diese mit verschiedenen Menschen und
4 Gremien des fzs evaluiert. Schwerpunktmäßig waren Themen wie Befragungen
5 und FLTI*-Schlaf-möglichkeiten Thema. Gespräche mit betroffenen Personen
6 wurden geführt und parteiisch nach Lösungen gesucht.

7 Ausschüsse und Seminare

8 Es wurden die Ausschüsse AS, SoPo und Internat besucht. Durch die Mitarbeit
9 von Hannah im fpg-Ausschuss fand dort ein Austausch statt. Leider konnten
10 aus Zeitgründen nicht die Ausschüsse Finanzen, VSPM, HoFI/HoSt und Stu-
11 dienreform nicht besucht werden. Dies soll bis zur nächsten MV nachgeholt
12 werden.

13 Auch hier konnte aus Zeitgründen nicht jedes Seminar des fzs besucht werden.
14 Es wurden das SummerCamp, die Protestkonferenz in Hannover, der Win-
15 terkongress und das Bologna-Seminar begleitet. Bis zur nächsten ordentlichen
16 MV ist geplant mehr Seminare zu begleiten.

17 Zusammenarbeit mit Ausschüssen und Gremien

18 Die Anfragen für die Antidis wurden beantwortet. Es gab Gespräch mit dem
19 AS den AK Antidiskriminierung zu reaktivieren. Die Zusammenarbeit mit dem
20 Vorstand hat gut funktioniert und Absprachen wurden eingehalten.

21 Ausblick

22 Die Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten ist im Sinne der
23 Antidiskriminierungs-vorschrift zu zweit kaum umsetzbar. Es muss versucht
24 werden mehr Menschen für die Antidiskriminierungsarbeit innerhalb des fzs
25 zu aktivieren. Dies könnte durch die Aktivierung des AK Antidiskriminierung
26 passieren.

27 Eine Evaluation der Antidiskriminierungsvorschrift und ggf. Änderungen sind
28 leider, aufgrund von persönlichen Ressourcen, nicht umsetzbar gewesen.

Begründung

–

AntragstellerInnen

Hannah Trulsen

59-5-6-01

AntragstellerInnen: Leonie Ackermann u.a.

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht von der 34. European Students' Convention (ESC) in Cardiff und dem außerordentlichen Board Meeting, vom 10.10. bis zum 13.10.2017

1 Die fzs-Delegierten Anna Kirchner und Leonie Ackermann reisten am 10.10.
2 an. Das Thema der Convention war "Securing our Future" und die Sessions
3 drehten sich vor allem um das kommende Board Meeting (BM) der European
4 Students' Union (ESU) in Israel (27.11.17-03.12.17), die nächste Publikation
5 von "Bologna with Students' Eyes" und den Brexit.

6 Board Meeting der Vereine ESIB und ESU

7 Außerdem wurden zwei außerordentliche Board Meetings am Vormittag des
8 10.10. abgehalten, bei dem Formalitäten zur Zusammenlegung des ESIB-
9 Vereins und des ESU-Vereins zu einem einzigen ESU-Verein abgestimmt wur-
10 den.

11 Wie durch den AS mandatiert, wurde für die Zusammenlegung der beiden Ver-
12 eine gestimmt. Die Abstimmung muss beim BM in Israel wiederholt werden.
13 ESIB hält im Moment alle finanziellen Ressourcen, über den Verein laufen die
14 Projekte und die Angestellten sind bei ihm beschäftigt. ESU und ESIB sind
15 ansonsten völlig identisch. Sowohl die Mitgliederversammlung als auch das
16 Executive Committee sind dasselbe. Die Projekte die bei ESIB liegen werden
17 allgemein als ESU Projekte gesehen. Das außerordentliche BM wurde inner-
18 halb einer dreiviertel Stunde abgehandelt. Es gab keine Gegenstimme für die

59-5-6-01 Bericht von der 34. European Students' Convention (ESC) in
Cardiff und dem außerordentlichen Board Meeting, vom 10.10. bis zum
13.10.2017

19 Zusammenlegung von ESIB und ESU. Caroline Sundberg (vice president) wur-
20 de dazu bevollmächtigt die notwendigen Informationen zum Notar zu bringen,
21 um die Zusammenlegung fortzusetzen.

22 **Protecting minority languages – "Wir können Menschen Sprachen
23 beibringen, sie aber nicht zwingen diese zu nutzen."**

24 Uns wurden die Probleme von "minority languages" anhand der walisischen
25 Sprache erklärt. Kinder würden walisisch zwar in der Schule lernen, jedoch wä-
26 re die Sprache Nr. 1 in Wales englisch. Uns wurde erklärt, wie es damals dazu
27 kam, dass die Sprache fast ausstarb und wie heute versucht wird, die Sprache
28 wieder zu etablieren. Weiter ging es mit einer Arbeitsphase, in der wir mino-
29 rity languages aus unseren eigenen Ländern feststellen sollten, Möglichkeiten
30 erarbeitet haben, wie man diese Sprachen in den Alltag integrieren könnte und
31 wie Hochschulen hierbei unterstützend wirken können.

32 **Keynote speech and Q&A: Welsh Cabinet Secretary for Education,
33 Kristy Williams**

34 Die Bildungsministerin sprach von der Wichtigkeit der Beziehungen der Stu-
35 dierendenvertretungen untereinander und das sie möchte, dass Studierende
36 möglichst nicht in die 'Migrationsprobleme', die der Brexit mit sich bringen
37 könnte reingezogen werden. Sie sprach sich für Reisefreiheit aus und betone-
38 te die Offenheit und Toleranz von Wales. Es muss ein System geben, welches
39 Studierende unterstützt, wenn diese es brauchen. Sie bedankte sich noch bei
40 der NUS Wales und betonte, dass die Regierung kein Monopol auf gute Ideen
41 habe, die Studierenden wären eine große Hilfe. Danach gab es noch die Mög-
42 lichkeit Fragen zu stellen. Hierbei berichtete sie von ihren eigenen Erfahrungen
43 als Frau in der Politik, wie sie das managte und dass es schaffbar ist. Es müsse
44 sichergestellt werden, dass Mädchen gute Erfahrungen mit Bildung machen,
45 damit diese motiviert werden und bleiben zu streben. Dazu wären Vorbilder
46 ebenfalls sehr wichtig, die Ihnen zeigen, dass sie alles schaffen können, wenn
47 sie wollen.

48 **Bologna with Student Eyes**

49 Es gab einen kurzen Vortrag über die bisherigen Geschehnisse, der in einem
50 Workshop endete, bei dem wir erarbeiten sollten, was unserer Meinung nach
51 besonders wichtig ist.

52 Wir kamen zu folgendem Ergebnis: Mobilität und Flexibilität, Soziale Be-
53 dingungen mit einbeziehen (Lebensbedingungen, familiärer Hintergrund), De-

54 mokratisierung, Digitalisierung und die Emanzipation von Studierenden an
55 Hochschulen.

56 **Gender Session (Workshop)**

57 Wir wurden in Gruppen eingeteilt, die sich Gedanken zu einem Themengebiet
58 – einer Gruppe – machen sollten, welche Probleme gerade diese Gruppe in der
59 Gesellschaft hat bzw. haben könnte. Nach der Besprechung der möglichen Pro-
60 bleme, sollten wir nach der SWAT Methode weiter diskutieren, welche Stärken,
61 Schwächen, Möglichkeiten und welche Bedrohungen diese Gruppe haben könn-
62 ten und die Ergebnisse als Grundlage nehmen um eine Art Strategie für die
63 Studierendenvertretungen oder auch der Hochschule zu erstellen, wie man am
64 koordiniertesten helfen könnte

65 **ESU finance – everything you need to know**

66 Hier wurde vorgestellt, wie sich die Ausgaben und Einnahmen von ESU zu-
67 sammensetzen, sowie, wie der Mitgliedsbeitrag bestimmt wird. Es gab im An-
68 schluss eine Diskussion darüber, wie man die Mitgliedsbeitragsbestimmungen
69 ändern könnte. Diese Diskussion kam nur zu dem Teilergebnis, dass das bishe-
70 rige Verfahren unfair sein könnte und man weiter darüber sprechen müsse.

71 **Women's and other meetings**

72 Ähnlich wie das Frauen*plenum des fzs wurde ein women's meeting angesetzt
73 und durchgeführt. Dieses Meeting wurde jedoch offen gehalten und wurde nicht
74 streng themenspezifisch durchgeführt. Es ging um die Erlebnisse der Frauen auf
75 der Konferenz und was man gegen aufgetretene Probleme tun könnte. Weiter
76 wurde darüber debattiert, was alle Nicht-Frauen* während der Zeit machen
77 sollten, da diese in der Zeit ausschlafen konnten und es dementsprechend eine
78 weitere Arbeit ist, die nur die Frauen* "belastete". Wir haben davon berichtet,
79 dass es Männer und Queer Plena beim fzs gibt, die zeitgleich tagen und ähnliche
80 Themen besprechen.

Begründung

Wir waren da, die Mitglieder sollten wissen was passiert ist.

AntragstellerInnen

Leonie Ackermann, Anna Kirchner

59-5-6-02

AntragstellerInnen: Leonie Ackermann u.a.

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht vom 73. Board Meeting der European Students' Union (ESU) in Jerusalem (27.11.-3.12.2017)**1 Bericht vom Seminar "Academia 2.0: Innovation,
2 Entrepreneurship and linking networks"**

3 Das Seminar begann am 27.11. mit einem Begrüßungsabend, nach einem Tag
4 von teils fehlgeschlagenen Segway-Touren. Dort sprachen verschiedenen Vertre-
5 ter*innen von NUIS (National Union of Israeli Students) und Helge Schwitters
6 (Präsident von ESU). Der Strategeminister Israels, Gilad Erdan, hielt eben-
7 falls eine Rede. Diese lieferte – neben allgemeinen und tendenziell neoliberalen
8 Anmerkungen über Innovation – eine überzeugende Argumentation, weshalb
9 BDS abzulehnen ist. Dies wurde von einem Teil der Delegierten mit Beifall be-
10 dacht, jedoch nicht von allen Delegationen gutgeheißen. Im Nachgang erfolgte
11 Presseberichterstattung (u.a. durch die Jerusalem Post), die zwar insgesamt die
12 Rede korrekt wiedergab, jedoch Unstimmigkeiten im Bezug auf ESUs Board
13 Meetings in der Vergangenheit aufwies. Dies veranlasste den Vorstand (Presi-
14 dency) von ESU zu betonen, dass ESU keine Seite im Israel-Palästina-Konflikt
15 einnehme.

16 Der zweite Tag des Seminars fand in Tel Aviv statt. NUIS berichtete hier
17 u.a. von sozialpolitischen Protesten, welche sie unterstützt hatten. Außerdem
18 präsentierte sie ein beeindruckendes Projekt zur Schaffung von studentischem

19 Wohnraum in schlecht angesehenen Städten des Landes – welches auch Maß-
20 nahmen gegen Gentrifizierung und für den Erhalt der Heterogenität von Stadt-
21 teilen enthält. Es folgten Berichte von Vernetzungsprojekten u.a. zwischen Stu-
22 dent*innen der sozialen Arbeit, von Stipendienprojekten für Student*innen aus
23 dem Westjordanland und von Wohnprojekten in denen Student*innen mit äl-
24 teren Menschen zusammenleben. Im Anschluss an die Stadtführungen fand
25 ein Umtrunk auf dem Dach des Rathauses statt, bei dem der stellvertretende
26 Bürgermeister Tel Avivs Ron Huldai eine Rede über Tel Aviv und seine 600
27 Start-Up-Unternehmen hielt. Dass die letzte Vortragsreihe des zweiten Tags
28 in einer Bar stattfand, in der alle Teilnehmenden zum Konsumieren angehal-
29 ten waren, stieß bei der fzs-Delegation auf Ablehnung und Unverständnis. Der
30 Umstand wurde von fzs-Delegation auch bei den Sessions am nächsten Tag
31 thematisiert. Die Vorträge am Vormittag des 29.11.2017 fanden in der he-
32 bräischen Universität Jerusalems statt, in denen Errungenschaften israelischer
33 Wissenschaftler*innen aus den Bereichen der forschenden Medizin, aber auch
34 der Überwachungstechnik vorgestellt wurden.

35 Im Anschluss fanden die Vorbereitungs-Sessions für das 73. Board Meeting
36 (BM) statt. Die fzs-Delegation teilte sich auf, um an verschiedenen Sessions
37 teilzunehmen. Eine der Session beschäftigte sich mit dem Thema Finanzen.
38 Es wurden u.a. die immer höher werdenden Teilnahmegebühren für die BMs
39 und European Students' Conventions (ESC), fehlende Nachvollziehbarkeit der
40 Finanzen für die Mitgliedsverbände, mangelnde Transparenz und höhere Be-
41 zahlung der Mitarbeiter*innen besprochen. Aus der Session entstand eine In-
42 ternal Motion zur Gründung einer Task Force (zuweilen mancher Gerüchte
43 soll dieser Akt mit dem Lied „Do you want to build a taskforce“ von LSVb,
44 Presedencymembers, NUSUK, VSS-UNES-USU und dem fzs besiegelt worden
45 sein).

46 Auf der Session zu Bologna with Students Eyes (BWSE) wurde zunächst aus
47 den Arbeitsgruppen des Europäischen Hochschulraums (EHEA, sog. „Bolo-
48 gnaraum“) berichtet. Die Arbeit dort geht insgesamt schleppend voran. Es
49 gibt allerdings auch in der EHEA nun einen Re-Assessment-Prozess bzw. einen
50 Vorschlag dafür. Das studentische Panel wird auf der Ministerial Conference in
51 Paris abgeschafft sein – was in Ordnung ist, da es sich um einen unsinnvollen
52 Katzentisch handelte und wichtige Leute dort ohnehin nicht präsent waren. Es
53 ist wichtiger, Studierende an wichtigen Orten einzubinden.

54 Der Vorschlag für das Kommuniqué der Bologna-Minister*innen-Konferenz in
55 Paris wurde ebenfalls diskutiert. Er ist leider widersprüchlich und liefert keine
56 Ergebnisse, sondern hat vielmehr Lücken an allen bedeutenden Stellen. Es gibt

57 einen Grundsatzstreit darüber ob das Kommuniké ein Arbeitsprogramm für
58 die kommenden zwei Jahre oder ein politisches Dokument dazu, wie Bologna
59 Europa in der Krise helfe, sein soll. Wir würden zu ersterem und konkreter
60 Arbeit statt Rhetorik tendieren. Das Hauptproblem ist, dass nichts zu Imple-
61 mentierung im Kommuniké steht.

62 Auch das "Sorbonne"-Papier (s.u.) der EU Kommission war Thema. Mit die-
63 sem könnte die EU-Kommission entweder die Ergebnisse der Konferenz un-
64 tergraben oder sie von vorneherein zu dominieren versuchen, da das Sor-
65 bonne.Papier ebenfalls für Mai angekündigt ist. Zu den ersten Vorschlägen
66 der EU-Kommission in diese Richtung liegt der MV ebenfalls ein Antrag vor,
67 an dem Teile der Delegation gearbeitet haben.

68 Anschließend wurden die Fragen für BWSE vorgestellt.

69 Bei der Session zum „Towards a European Education Area by 2025“-
70 Paper wurde von Teilen des EC und der Presidency besonders auf die
71 geleistete Lobbyarbeit zum Paper und auf die PM vom 21.11. hingewie-
72 sen (<https://www.esu-online.org/?news=european-students-new-european-education-area>). Dabei wurde vor allem Kritik an der Studentcard und deren
73 Datenproblematiken laut. Die Wichtigkeit des Lifelong learning, der sustaina-
74 ble cultural awareness als wichtige Schlüsselqualifikation sowie eine Kritik an
75 elitären Europäischen Universitäten wurde seitens des EC und der Presidency
76 deutlich. Bezüglich des Sorbonne Prozesses kam die Befürchtung auf, dass sich
77 dieser negativ auf den laufenden Bologna Prozess auswirken, ihn aber auch
78 erweitern könnte. Eine stärkere Fokussierung und die Schaffung von mehr Ver-
79 bindlichkeiten etwa in der Etablierung einer europäischen Kommission wurde
80 im Zuge der Diskussion von Seiten des fzs besonders hervorgehoben. Eine reine
81 Fokussierung auf Diploma Supplements wurden jedoch auch von anderen De-
82 legierten, die Teil nationaler BUFGs sind, deutlich. Auch wurde die schlechte
83 Weitergabe von Informationen an Mitglieder bemängelt und die kaum vor-
84 handene Vorbereitung auf Diskussionen über das Papier in den nationalen
85 BUFGs.
86

87 Insgesamt zeigte sich bei der Delegation die Einsicht sich besser auf die Sessions
88 vorzubereiten, da dort Inhalte und Positionen zu setzen wesentlich einfacher
89 ist, als auf der Bühne des Board Meetings selbst. Auch kann man dort stärker
90 interne Prozesse in ESU beeinflussen. Dies sollte bei der Einarbeitung der
91 nächsten Delegation dringend beachtet werden.

92 **Bericht der fzs-Delegation zum 73. Board Meeting der**
93 **European Students' Union**

94 Im Vorfeld des Board Meetings gelang es der fzs Delegation, die Proxystimmen
95 von der italienischen Union UDU (Unione degli Universitari) zu bekommen.
96 Somit entwickelte sich der fzs zu einem beliebten Verhandlungspartner und
97 nahm eine Koordinationsrolle innerhalb TOPICS ein. Darüber hinaus macht
98 es viel Spaß mit vier statt mit zwei Stimmen für gute und gegen schlechte
99 Anträge zu stimmen.

100 **TOP 1 Formalities**

101 Das Board Meeting wurde eröffnet, eine Tagesordnung festgelegt, das Chairing-
102 Team gewählt, die Protokolle des außerordentlichen BMs in Cardiff sowie des
103 ordentlichen BMs in Malta angenommen, sowie der Code of Conduct und die
104 Vertrauenspersonen vorgestellt.

105 **TOP 2 Reporting**

106 Während der Berichte entlud sich viel Frust, da das Presidency-Team schlecht
107 zusammenarbeitet. Dies äußerte sich etwa beim General Activity Report, bei
108 dem auf die schlechte Vorbereitung auf die Bologna-Minister*innen-Konferenz
109 hingewiesen wurde. Von der finnischen Student*innenvertretung SYL wurde
110 die berechtigte Frage gestellt, warum keine generelle Strategie für die Konfe-
111 renz und darüberhinausgehend vorhanden sei. Darüber hinaus wurde deutliche
112 Kritik an der nicht vorhandenen Kampagne zum International Students' Day
113 am 17. November deutlich. Der Kritik wurde entgegengehalten, dass Helge,
114 Carolina und Adam zum ersten Mal die Presidency inne haben.

115 Bei den Individual Reports kam es im Vorfeld zu Unstimmigkeiten, da lange
116 kein General Activity Report vorlag und wenig für die Vorbereitung wichti-
117 ger BM-Dokumente geleistet wurde. Diese Arbeit blieb vor allem an Carolina,
118 Helge, Chiara und Katrina hängen, so dass sie nicht rechtzeitig ihre persön-
119 lichen Berichte hochladen konnten. Vor dem Hintergrund, dass beim letzten
120 Board Meeting sehr harte Kritik an denen geäußert wurde, die zu spät ih-
121 re Berichte vorgelegt hatten, zog die fzs-Delegation es vor, Personen, die sie
122 für unterstützenswert hielten, taktische nette Fragen zu stellen. So wurde mit
123 einer Frage an Chiara auf die Potentiale des „Pillar of Social Rights“ hingewie-
124 sen. Mit einer Frage an Katrina wurde ihre Arbeit zu Nachhaltigkeits-Themen
125 herausgestellt.

126 Kurz vor dem BM kam es zu Unstimmigkeiten zwischen Adam und Vertre-
127 ter*innen von UDU, wobei Adam UDU das Stimmrecht enziehen wollte, oh-
128 ne die Abmahnungs Deadline einzuhalten. Beim persönlichen Bericht Adams,
129 konnten die Delegierten ihn mit gezielten Fragen darauf hinweisen, sich an
130 die Statutes and Standing Orders zu halten, sodass er sich für seinen Feh-
131 ler öffentlich entschuldigen musste. Während alle Berichte, einschließlich des
132 General Activity Reports mit NAO (non active oposition) angenommen wur-
133 den, entlud sich Frust, besonders von Delegationen aus zwei Blöcken (SEI und
134 V4+) gegen Helge, den Präsident von ESU. Dies äußerte sich in 6 AO (active
135 opositions) gegen seinen persönlichen Report. Dies sollte als Zeichen gewertet
136 werden, dass Helge von diesen Blöcken nicht als Präsident gestützt wird.

137 **TOP 3 Statutes and Standing Orders**

138 Der Antrag der niederländischen Union LsVB, dass die Koordinator*innen
139 (Human Rights, Equality, Membership) von der Mitgliederversammlung
140 anstatt vom EC bestimmt werden, wurde abgelehnt. Die fzs-Delegation
141 stimmte, wie mandatiert, für den Antrag. Der Vorstoß der Schweizer Stu-
142 dent*innenvertretung VSS-UNES-USU, dass Debatten in Zukunft nur noch
143 mit einer 2/3-Mehrheit beendet werden können, wurde trotz Befürwortung
144 durch die fzs-Delegierten nicht angenommen. Dagegen fand ein Antrag der
145 selben Union, dass eine Debatte nicht abgebrochen werden darf, bevor das
146 EC und die Antragssteller*in gesprochen habe, keinen Gegenwind und wurde
147 durchgewunken. Das selbe galt für die drei Änderungen, die durch die Imple-
148 mentierung der beim BM 72 beschlossene Membership Strategy in die Statutes
149 and Standing Orders notwendig wurden.

150 **TOP 4 Administration and finances**

151 Die Dokumente für den TOP 4 Finanzen trafen sehr spät ein. Narrative und
152 Finanzreport waren erst eine Woche vor dem BM verfügbar, was in weiten
153 Teilen Unmut bei den verschiedenen Delegationen hervorrief. Dies äußerte sich
154 auch darin, dass eine Finanz-Session einberufen wurde. Problematisch waren
155 nicht aufgeführte Ausgaben von Projekten für die bereits Gelder ausgezahlt
156 wurden. Beantwortet wurde dies damit, dass die Projekte noch nicht abge-
157 schlossen seien. Darüber hinaus wurde nochmals auf die Schuldsituation der
158 aserbaidshianischen Studierendenorganisation hingewiesen.

159 In dem CIA Report und dem Internal Audit Report (die einzigen Reports von
160 TOP 4, die zur Deadline bereit gestellt wurden) wurde die Problematik deut-
161 lich, dass es einige Unions mit hohen Schulden gibt, aber auch Schulden zw-
162 ischen den Unions untereinander. Dabei hat der fzs mit einer Frage darauf hin-
163 gewiesen, dass es Unions ihre Schulden bei ESU abbauen müssen. Die Budget-
164 Dokumente lagen ebenfalls erst sehr spät vor, dabei zeigte sich das Board
165 insgesamt aber kooperativ, statt konfrontativ gegenüber dem EC/Adam. Es
166 herrschte vor allem die Einsicht vor, dass das EC überfordert sei, und dass das
167 Board mit einer Task Force unterstützend wirken wolle. Kritik an den verspät-
168 teten Dokumenten wurde von fzs-Seite bereits beim Finanzreport deutlich.

169 Ein Problem, das sich beim Budgeting herauskristallisierte, ist, dass ESU
170 hauptsächlich sein Geld aus einer handvoll großer Projekten bezieht. Sollten
171 diese Bezüge wegfallen, wäre ESU mit starken Finanzproblemen konfrontiert.
172 Dies wurde durch eine Frage der fzs Delegation deutlich. Zudem konnte dem
173 Budget entnommen werden, dass die Gehälter der Angestellten erhöht wur-
174 den.

175 **TOP 5 Working Groups and Task Force Reports**

176 Die Berichte der Task Forces waren wenig inspirierend. Typisch für ESU gilt
177 wie immer viele Tasks, wenig force. Im Gegensatz zur Campaigning-Task For-
178 ce, die nicht gearbeitet hat und den Task Forces zum Quality Expert Pool
179 und dem Trainers Pool, die wenig gearbeitet haben, hat die Working Group
180 "Mental Health in HE" was gemacht und Fundraising betrieben. Die TF on
181 Comodification of Higher Education hat der Bologna With Students Eyes Um-
182 frage zugearbeitet sollen. Die Weitergabe der entwickelten Fragen scheiterte an
183 individueller Inkompetenz im EC, die Delegation entschied sich jedoch dage-
184 gen, hier offene Kritik zu üben, da der fzs selbst mit einem Mitglied in der TF
185 vertreten ist und die Arbeitsatmosphäre nicht stören wollte.

186 **TOP 6 Membership issues**

187 Die vorläufige Aufnahme der Kosovar Students' Union (KSU) wurde zum
188 großen Bedauern der fzs-Delegation nicht angenommen. KSU weist eine für
189 ESU geeignete Organisationsstruktur auf und eine vorläufige Aufnahme hät-
190 te die Möglichkeit gebracht, Kritikpunkte zu klären und KSU Hilfestellun-
191 gen zu Verbesserungen zu geben. Die Entscheidung war nach Ansicht der
192 fzs-Delegierten nicht durch Fakten sondern politisch motiviert. Diese Ansicht

193 wurde von der luxemburgischen Student*innenvertretung UNEL auch in einer
194 Stellungnahme vertreten, die in das Protokoll des BM aufgenommen wurde.
195 Obwohl die KSU-Vertreter*innen via Skype gut und ausführlich zu allen Fra-
196 gen der Mitgliederversammlung Stellung nahmen, gab es heftige Opposition
197 des Blocks South Eastern Initiative (SEI). Insbesondere von den beiden serbi-
198 schen Student*innenvertretungen. SKONUS beansprucht für sich, die kosovari-
199 schen Serben zu vertreten, und bestreitet deshalb, dass KSU die Student*innen
200 im Kosovo vertritt. Wir positionieren uns klar gegen den hier ausgeübten Na-
201 tionalismus.

202 Die Students' Alliance from Moldova (SAM/ASM) wurde nach langer Diskus-
203 sion als Vollmitglied aufgenommen. Die Unsicherheit rührte vor allem daher,
204 dass auch Gruppen in SAM organisiert sind, die nicht in erster Linie studen-
205 tisch sind, sondern junge Menschen an sich repräsentieren. SAM wird daher
206 direkt nach der Aufnahme als Vollmitglied re-evaluiert. Dieser Prozess wurde
207 mit der Membership Strategy vor kurzem erst eingeführt.

208 **TOP 7 a Strategic priorities 2018-2020**

209 Die vom Executive Committee vorgeschlagenen Strategic Priorities enthielen
210 wenig Schwerpunkte zu sozialpolitischen und anderen für den fzs wichtigen
211 Themen. Daher entschied sich die Delegation für die Taktik, das Papier hin-
212 sichtlich der Social Dimension und anderen Schwerpunkten zu erweitern.

213 Die Delegation des fzs beantragte die volle Anerkennung von Student*innen
214 als "Academic members" und eine Viertelparität in allen hochschulpolitischen
215 entscheidungstreffenden Gremien. Dieser Antrag wurde in zwei Versionen kon-
216 kurrierend abgestimmt, wobei der Wortlaut "full academic members" ange-
217 nommen, die Viertelparität aber abgelehnt wurde. Unter anderem war die Be-
218 gründung, dass eine Viertelparität für einige Unions ein Rückschritt ist, da
219 sie bereits mit einem höheren Anteil an Student*innen in wichtigen Gremien
220 sitzen. Streichungen von SFS um das Papier zu verschlanken wurde abgelehnt.
221 Ein Antrag zur Streichung der Unterstützung von Unions in ihrer Lobbyarbeit
222 wurde angenommen. Ein Antrag von SYL zur Schaffung eines Netzwerks zur
223 Weitergabe von Informationen wurde angenommen. Ein Antrag der auch über
224 die Grenzen Europas hinausgehend eine globale Stimme der Student*innen for-
225 mieren soll, wurde nach einer Debatte auch mit fzs-Wortbeiträgen entgegen des
226 Vorschlags des EC angenommen. Der Antrag des fzs der sich kritisch mit den
227 Auswirkungen des Student Centered Learning Ansatzes befasste, wurde nach
228 einer größeren Debatte abgelehnt. Mit einem Antrag ISO und LSVb wurde

229 eine Erweiterung des strategischen Prioritäten um didaktisch besser ausgebil-
230 dete Lehrende ermöglichte. Ebenso wurde ein Schwerpunkt auf die Qualität
231 der Lehre gelegt. Ein Antrag, der sich gegen wegfallende Finanzierung unter
232 dem Vorwand der Digitalisierung wandte, wurde ebenfalls angenommen. VSS
233 und LSVb sahen in der Formulierung der Strategic Priorities den demokrati-
234 schen Anspruch nicht gesichert und wollten diesen deutlicher hervorheben, was
235 leider nicht angenommen wurde.

236 Die fzs Delegation beantragte, ein Kapitel in die Strategic Priorities aufzu-
237 nehmen, in dem es um ausreichende Studienfinanzierung, Unterstützung für
238 Student*innen mit gesundheitlichen Problemen sowie um den Kampf gegen
239 Studiengebühren und die Warenförmigkeit von Bildung geht. Das EC verhielt
240 sich ablehnend zum Antrag. NUSUK beantragte eine Änderung des Titels,
241 womit die Delegation des fzs d'accord ging. Mit einem neuen Titel wurde der
242 Änderungsantrag eingebracht und es folgte eine Debatte mit gut vorbereite-
243 ten TOPINGS (Topics-Union Members). SAMOK beantragte einen Split-Vote,
244 der zugelassen wurde, und den Marktbezug aus dem Antrag nahm. Insgesamt
245 wurde der Antrag mit einer großen Mehrheit angenommen (31/29/5). Die fzs-
246 Delegierten arbeiteten dabei mit der französischen Union FAGE zusammen,
247 die dem Antrag die Stimmen des Mediterranean Network (MedNet) sicherte.
248 Auch die Blöcke V4+ und SEI stimmten überraschenderweise in großen Teilen
249 dafür, ein Kapitel zur Social Dimension mit aufzunehmen. Die fzs-Delegation
250 konnte somit erreichen, dass die soziale Dimension europäischer Bildungspoli-
251 tik als eine der sechs strategischen Prioritäten der European Students Union
252 in die Planung der Jahre 2018-2020 integriert wird.

253 **TOP 7 b Plan of Work 2018**

254 Der vom Executive Committee vorgeschlagene Plan of Work, enthielt wenig
255 Arbeitsaufgaben zu sozialpolitischen und anderen für den fzs wichtigen The-
256 men. Daher entschied sich die Delegation für die Taktik, das Papier hinsicht-
257 lich der Social Dimension und anderen Aufgaben zu erweitern. Diese Anträge
258 wurden im Vorfeld an verschiedene TOPICS-Akteure verteilt, damit sie nicht
259 ausschließlich vom fzs gestellt werden. Aber aufgrund der schlechten Arbeit
260 des EC, gab es Wünsche von Teilen des Boards eine Priorisierung der Ar-
261 beitsaufgaben im Plan of Work zu verankern. ISO, eine der niederländischen
262 Unions, beantragte sogar mit Unterstützung von LSVb und VVS die Hälfte
263 der Aufgaben des Plan of Works herausstreichen. Daraufhin wurden von sehr
264 viele Delegationen Einzelabstimmungen zu verschiedenen Aufgaben beantragt.

265 Die Delegation des fzs beantragte den Verweis des Antrags an das EC, Helge
266 versprach in einem Redebeitrag, dass sie den Antrag nicht annehmen werden.
267 Unser Antrag wurde vom Board angenommen, das EC nahm den ISO-Antrag
268 nicht an und so konnten durch diesen klugen Schachzug viele Stunden nächt-
269 licher Tagung verhindert werden. Damit schaffte der fzs es ebenfalls in die
270 Ausgabe der Bored Mail, einer BM-Internen-Zeitung und, so hoffen wir, in die
271 Historie der ausgefeiltesten GO-Tricks in der ESU-Geschichte.

272 Das Board erweiterte den Plan of Work, um Punkte, die in die Strategic Prio-
273 rities eingefügt wurden, wie bezahlbaren Wohnraum und den Kampf gegen
274 Studiengebühren. Außerdem wurde Projektförderung für die Working Group
275 "Mental Health in HE" zu den Aufgaben hinzugefügt. Mit einem knappen Er-
276 gebnis (29:32:0) wurde der NUSUK-Antrag für die Aufnahme von "Lobbying
277 für marginalisierte Gruppen", der von der fzs-Delegation unterstützt wurde,
278 abgelehnt. Leider wurden auch manche wichtige Teile des Arbeitspapiers wegen
279 den oben genannten Priorisierungsargumenten heraus gestrichen. Das Papier
280 wurde allerdings auch um die Zusammenarbeit mit Gruppen erweitert, die sich
281 für stärkere staatliche Finanzierung einsetzen um den Zugang zu Bildung zu
282 sichern (40:23:2). Darüber hinaus gelang es die Überschrift eines Abschnitts
283 von „Not Only employability: Uphold multiple purposes“ in „Increase the
284 value of multiple purposes of Higher Education“ zu ändern.

285 Der Antrag verpflichtende Praktika im Plan of Work nicht pauschal zu ver-
286 urteilen wurde angenommen. Das Board entschied sich knapp die sozialen
287 Dimensionen nicht stärker als zu bearbeitenden Themenschwerpunkt zu be-
288 nennen (38:27:2). Die von SYL beantragte Streichung der Aufgabe, bei ESU-
289 Veranstaltungen darauf zu achten, dass die Menschenrechte garantiert sind,
290 wurde nach Gegenrede der fzs Delegation mit großer Mehrheit nicht ange-
291 nommen, sodass sie auch die Streichung von Sensibilisierung für antiziganisti-
292 sche Diskriminierung zurückzogen. Stattdessen wurde dank eines Antrags von
293 LSVB_ISO die Gruppe von Diskriminierungsbetroffenen erweitert.

294 SYLs Antrag Refugee-Work zu streichen wurde ebenfalls mit großer Mehrheit
295 abgelehnt. Der Antrag von SYL die Unions in die Arbeit der Task Force
296 "Representation of Women in the Movement" mit einzubeziehen wurde an-
297 genommen. Der Antrag von SFS die Task Force "Students with disabilities"
298 zu streichen wurde vom Board deutlich abgelehnt. Zum Thema LGBTQ+ sol-
299 len Kapazitäten aufgebaut werden und Workshops stattfinden, dies beschloss
300 die Mitgliederversammlung ohne Gegenstimmen. Die Streichung des Kapa-
301 zitätsaufbaus zur Partizipation in entscheidungsfindenden Prozessen wurde
302 von SFS beantragt und nicht angenommen. Stattdessen wurde der Antrag

303 der fzs-Delegation, Studierende zu ermächtigen um Machtstrukturen und Ent-
304 scheidungsträger innerhalb der Universitäten zu hinterfragen, angenommen.
305 Wer es geschafft hat den Bericht bis hierhin zu lesen, darf dich bei Nathalie
306 ein Freibier abholen. Der Antrag der Delegation, weiterhin freien Zugang zu
307 Lernressourcen zu fordern, wurde mit einer großen Mehrheit angenommen.

308 Weitere positive Änderungen, die herauszuheben sind: Auf Antrag des EC wur-
309 de Monitoring zur Lissabon-Konvention (Anerkennung von Studienleistungen)
310 aufgenommen. VSS-UNES-USU konnte den Arbeitsauftrag hinzufügen, Kom-
311 modifizierungsprozesse im Hochschulbereich auf der Bologna-Minister*innen-
312 Konferenz und in der Bologna Follow Up Group zu beobachten. Auch sollen
313 durch den Antrag von ISO pädagogische und didaktische Fähigkeiten von Leh-
314 renden und werdenden Lehrer*innen gestärkt werden.

315 Das gesamte Papier wurde ohne Gegenstimmen beschlossen.

316 **TOP 8 Policies and Statements**

317 **TOP 8 a Policy Papers**

318 An dieser Stelle hatte der fzs bereits im Vorfeld Anträge gestellt um aus unserer
319 Sicht problematische Beschlüsse des 72. Board Meeting in Malta zu korrigie-
320 ren.

321 Dabei ging es zum einen um graduate tracking, also Datensammeln von Stu-
322 dierenden und Alumni. Es konnte eine klare Position gegen staatliches Daten-
323 sammeln von Student*innendaten, insbesondere bei marginalisierten Gruppen,
324 durchgesetzt werden. Zuvor hatte ESU besonders Erkenntnisse über margina-
325 lisierte Gruppen gewünscht. Auch wenn dies zum Zwecke der besseren Unter-
326 stützung beantragt wurde, setzte sich der fzs aus einer antifaschistischen und
327 historischen Perspektive gegen die staatliche Durchleuchtung marginalisierten
328 Gruppen ein. Es ist ein großer Erfolg, dass sich ESU nun entschieden gegen
329 Datensammelwut, wie in Deutschland im Hochschulstatistikgesetz verankert,
330 einsetzt. Die Abstimmung ging 47:19:2 aus und erreichte damit die nötige 2/3-
331 Mehrheit für fzs-Änderungsantrag.

332 Außerdem hatten wir eine Korrektur einer missverständlichen Formulierung zu
333 Urheber*innenrechten beantragt. Leider konnte in dem verwirrten Board nicht
334 gut genug erklärt werden, warum dies nötig ist und die Beschlusslage verbleibt
335 widersprüchlich.

336 **TOP 8 c Resolutions**

337 Die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) brachte drei Resolutionen
338 ein, die auch vom fzs unterstützt wurden. Alle wurden angenommen. Eine
339 verurteilte den Akademikerball und wurde von fast allen V4+ unterstützt.
340 Die zweite wandte sich gegen die Pläne der österreichischen Bundesregierung,
341 Studiengebühren einzuführen. Bei der dritten ging es um die soziale Dimension
342 im österreichischen Hochschulbereich.

343 Die rumänische Union ANOSR brachte eine Resolution ein, die sich gegen den
344 Abbau des Minderheitssprachunterrichts in der Ukraine richtete. Nach langer
345 Diskussion, ob eine unbeteiligte Student*innen-Organisation über die Verhält-
346 nisse in einem anderen Land urteilen sollte und Widerstand der ukrainischen
347 Student*innenvertretung UAS, wurde die Resolution abgelehnt. Die Resoluti-
348 on der armenischen Union ANSA gegen die Ausweitung der Wehrpflicht auf
349 männlich gelesene Studierende wurde angenommen.

350 Der fzs hatte in Zusammenarbeit mit der italienischen Stu-
351 dent*innenvertretung UDU und der französischen Student*innenvertretung
352 UNEF eine Resolution zum Hochschulzugang für alle geschrieben. Die
353 Resolution benannte Zugangshindernisse in allen drei Ländern, wie den NC
354 in Deutschland. Der Text wurde leider abgelehnt, weil die andere französische
355 Union FAGE nicht mit der Darstellung der Umstände in Frankreich einver-
356 standen war. Die Delegierte Nathalie Schäfer verurteilte die Ablehnung in
357 einer Stellungnahme während dem BM, verpasste es aber leider diese an die
358 Redeleitung weiterzugeben. Ihr Statement wurde deshalb nicht in Protokoll
359 aufgenommen.

360 Die tschechische Student*innen-Organisation SKRVS rief in ihrer Resoluti-
361 on die tschechische Regierung dazu auf, den International Students' Day in
362 den offiziellen Kalender aufzunehmen. Schließlich erinnert der 17. November
363 an die brutale Repression der Prager Student*innen durch die Nationalsozia-
364 list*innen. Die beiden weißrussischen Unions BSA und BOSS forderten in einer
365 gemeinsamen Resolution die weißrussische Regierung, die Bologna Follow Up
366 Group, sowie alle anderen, die in entsprechenden Gremien sitzen, dazu auf,
367 endlich die Bologna Roadmap in Weißrussland durchzusetzen. Die Resolution
368 wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

369 Die ukrainische Student*innenvertretung UAS brachte eine Resolution ein, die
370 sich dafür aussprach, dass Student*innenvertreter*innen in die Revisionspro-
371 zesse des Hochschulgesetzes miteinbezogen werden sollen. Im Weiteren aber

372 delegitierte die Resolution andere Student*innen-Organisationen im Land
373 und forderte für UAS einen Alleinvertretungsanspruch der ukrainischen Stu-
374 dent*innen gegenüber der Regierung. Obwohl die fzs-Delegation gegen die Re-
375 solution stimmte, konnte sie leider eine Mehrheit erzielen.

376 **TOP 8 d Internal Motions**

377 Wie bereits auf der 34. ESC in Cardiff wurde der Fusion des Vereins ESIB
378 mit ESU zugestimmt. Damit sollte ESIB nun endgültig in ESU aufgegangen
379 sein.

380 Im Vorfeld gab es viel Unverständnis gegenüber der Entscheidung des EC, in
381 der Internal Motion für eine Task Force for Creation of new Policy, gleichzeitig
382 als Aufgabe der Task Force zu formulieren, dass sie prüfen solle ob man über-
383 haupt ein neues Policy Paper braucht. Die Internal Motion für die Task Force
384 resultierte aus dem Beschluss des 72. BM in Malta, eine Position zu "Living
385 Conditions of Students" zu schreiben. Dass dieser Beschluss nun durch die Hin-
386 tertür vom EC gekippt werden sollte, sorgte nicht nur beim fzs für Empörung.
387 Nach einem Änderungsantrag der ÖH, dessen Formulierung nach langem hin
388 und her zwischen ÖH, DSF und EC vom EC schließlich übernommen wurde,
389 konnte dies verhindert werden.

390 Der Vorschlag, eine Task Force on Finances ins Leben zu rufen, der während der
391 Finanz-Session vor dem BM entstand, fand ebenfalls eine Mehrheit. ANOSR
392 beantragte die Einrichtung einer Working Group zu "Open Access to Informa-
393 tion and Knowledge", die sich mit dem Thema Copyright und Urheberrecht
394 auseinandersetzen soll. Die Internal Motion wurde angenommen. Der Antrag
395 von LsVB und USI, die Gehälter der Angestellten in der ESU Geschäftsstel-
396 le zu erhöhen, wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Die Internal Motion
397 von EUL, SFS, SYL, SKRVS, SRVS und LSA, bei Mitgliederversammlung ein
398 elektronisches Wahlsystem einzuführen wurde nach einer langen und hitzigen
399 Diskussion 41:22 abgelehnt. Das Gegenargument waren Bedenken bezüglich
400 der Sicherheit und der Transparenz der Auszählung.

401 Der Antrag #Save the Trees, hätte nicht besser vom Ausschuss für Groben Un-
402 fug gestellt werden können. Bei einer Veranstaltung, zu der Menschen aus ganz
403 Europa (und Teilen von Asien) mit dem Flugzeug anreisen, soll doch daran
404 gedacht werden, die lieben Bäume zu retten. Denn dadurch, dass den Delegatio-
405 nen sämtliche Anträge, Änderungsanträge, Resolutions und Internal Motions
406 in ausgedruckter Form bereitgestellt werden (was mensch aber auch jederzeit

407 hätte ablehnen können), wird natürlich eine unaussprechliche Umweltsünde
408 begangen. Um in Zukunft ein reines Gewissen haben zu können, wünschten
409 die Antragssteller*innen (NUIS) und ihre Unterstützer*innen (CREUP, KSU,
410 POFEN, FAIRE, FAGE), dass in Zukunft die Dokumente nur noch elektronisch
411 bereitgestellt werden. Was passiert, wenn das WLAN dann mal nicht funktio-
412 niert (was durchaus mal passieren kann, wenn 80 Menschen in einem Raum
413 mit bis zu zwei Geräten im WLAN sind), war dem Großteil des Board Mee-
414 tings offensichtlich egal. Denn trotz mehrfachen Appellen der fzs-Delegation,
415 andere Möglichkeiten, die Mitgliederversammlung nachhaltiger zu gestalten,
416 in Betracht zu ziehen, bekam der Antrag eine Mehrheit. Die Folgen werden
417 beim nächsten Board Meeting zu spüren sein.

418 UNEL beantragte mehr Pausen während Board Meetings mit einem Antrag
419 mit dem Titel "Naps for everyone". Wie allgemein die Zustimmung zu die-
420 sem Antrag zeigte sich an der Anzahl der Unterstützer*innen: 22 Unions. Es
421 überraschte daher keinen, dass die Internal Motion ohne Gegenstimmen ange-
422 nommen wurde.

423 **TOP 9 Upcoming Events**

424 Bis zum BM in Jerusalem hatte sich keine Union gefunden, die das 76. Board
425 Meeting ausrichten wollten. In Jerusalem entschied sich die spanische Stu-
426 dent*innenvertretung CREUP für eine Bewerbung. Allerdings war diese au-
427 ßerhalb der Bewerbungsfrist. Um eine Wahl von CREUP als nächste Veran-
428 stalterin durchführen zu können, beantragte das EC, dass das Board die Be-
429 werbungsfrist nachträglich verlängert. Dies wurde abgelehnt. Stattdessen wird
430 ein neuer Call für Bewerbungen rausgeschickt. Das EC wird dann über die
431 Bewerber*innen und damit den Austragungsort des 76. Board Meetings ent-
432 scheiden.

433 Die nächste European Students' Convention (ESC) findet vom 13.03.2018 bis
434 zum 17.03.2018 in Tallinn in Estland statt. Der Fokus liegt auf "Inclusive
435 Student Movement". Die übernächste ESC findet im Herbst 2018 in Wien
436 statt. Das 74. Board Meeting im Sommer findet in Bled statt. Der Termin
437 wurde noch nicht veröffentlicht.

438 **TOP 10 AOB (any other buisness)**

439 Bei der Information zum Zahlungsstand der Mitgliedsbeiträge wurde deutlich
440 der Druck auf die Union UNEF erhöht. Sollte sie nicht binnen der Frist ih-
441 re Schulden zurück zahlt, soll sie aus ESU ausgeschlossen werden. Außerdem
442 wurde klar, dass viele Schulden zwischen Mitglieds-Student*innenvertretungen
443 bestehen. Des Weiteren wurde darüber informiert, dass derzeit keine Union in
444 Gefahr ist, ausgeschlossen zu werden. Mitglieder dürfen nur drei Mal hinter-
445 einander bei Board Meetings fehlen. Beim vierten Mal werden sie ausgeschlos-
446 sen.

447 Für das erste Membership Reassessment, das mit der neuen Membership Stra-
448 tegy implementiert wurde, meldeten sich folgende Unions freiwillig:

449 UBS (Bulgarien)

450 ISO (Niederlande)

451 LsVB (Niederlande)

452 SAM/ASM (Moldawien)

453 SKRVS (Tschechien)

454 KSU (Malta)

455 SAMOK (Finnland)

456 Eine widersinnige Stellungnahme wurde von der isländischen Stu-
457 dent*innenvertretung LIS in die Minutes gegeben.

458 Obwohl zu Beginn des Statements betont wurde, dass man nichts gegen die
459 israelische Student*innenvertretung NUIS habe, und das BM in Jerusalem
460 hervorragend organisiert sei, deutete LIS in diesem Statement an, dass sie
461 aufgrund von Menschenrechtsverletzungen in Israel gegen den Austragungsort
462 gestimmt hätten, wenn es mehr Auswahl gegeben hätte.

463 Besonders hob LIS hervor, dass die sich daran störten, dass es keine ande-
464 re Option zur Ausrichtung als NUIS gab und sich so Unions dazu gedrängt
465 gefühlt hätten zuzustimmen. Eine demokratische Prozedur wäre damit nicht
466 gegeben gewesen. Dies wurde mit dem Aufruf verbunden, dass ESU ausrichten-
467 den Unions stärker unter die Arme greifen soll, damit mehr Hosts sich anbieten.
468 Allerdings ist auch diese Argumentation – gerade aufgrund desse, dass sie an-
469 hand eines BMs in Israel formuliert wird – nicht unprolematisch, wurde bei
470 der letzten Gelegenheit für ein BM in Israel zu votieren statt dessen für ein

471 BM in Azerbaidtschan votiert, welches schließlich wirklich die Einschränkungen
472 von Delegationsrechten und der Redefreiheit auf dem BM nach sich zog.

473 In der Wahrnehmung war es ihnen wichtig zu betonen, dass somit die Entschei-
474 dung für ein BM in Jerusalem nicht das aus ihrer Sicht falsche Signal senden
475 solle, dass ESU eine (pro-israelische) Position im Israel-Palästina-Konflikt ein-
476 nehme.

477 Die Delegation des fzs bewertete dieses Statement als eine sehr höfliche und
478 geschickte Formulierung für eine Position gegen die Ausrichtung eines Board
479 Meetings in Israel. Dies finden wir sehr problematisch. Im Vorfeld hatte sich die
480 Delegation Gedanken über ein Vorgehen im Falle von antisemitischen Äußerun-
481 gen Gedanken gemacht und ein Statement für einen solchen Fall vorbereitet.
482 Aufgrund des erkennbaren Wunsches von NUIS, keine Debatten, die sie als
483 Ausrichter in Frage stellen, zu befördern und des sehr vorsichtig formulierten
484 Statements von LIS, das nicht zwangsweise als antisemitisch gewertet wer-
485 den konnte, entschied sich die Delegation dagegen, das vorbereitete Vorgehen
486 durchzuführen und vielmehr an verschiedener Stelle die (in der Tat großartige)
487 Organisation des Board Meetings hervorzuheben.

488 *Beim Verfassen des Berichts sind keine unschuldigen Lebewesen zu Schaden
489 gekommen. Dabei lag, wie im fzs üblich, der größte Teil der Reproduktionsar-
490 beit bei Frauen*

Begründung

Ein Bericht, wie er im Reader steht.

AntragstellerInnen

Leonie Ackermann, Nathalie Schäfer, Ben Seel, Alexander Konopka

59-7-I-01

AntragstellerInnen: Ausschuss Sozialpolitik

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Still loving Sozialversicherung – Wie kaputt ist eigentlich die Rente?

1 Rente klingt zwar wie ein Thema für Rentner*innen, als Arbeitnehmer*innen
2 sind Studierende jedoch Rentenversicherungspflichtig wie jede*r Andere. Insbe-
3 sondere bei Mini-Jobs stehen Studierende immer wieder vor der Entscheidung,
4 ob sie auf die Einzahlung in die Rentenversicherung verzichten wollen bzw.
5 werden vom Arbeitgeber aufgefordert auf ihre Renteneinzahlung zu verzichten.
6 Der Verzicht auf die Einzahlung in die Rentenkasse wird häufig mit dem Ar-
7 gument getätigt, dass die paar Euro sich nicht lohnen werden. Es handelt sich
8 jedoch bei Mini-Jobs um eine bewusste Schwächung des Sozialversicherungs-
9 wesens. Die Entscheidung des einzelnen Studierenden ist somit eine politische
10 Frage für Studierende.

11 Abschlagsfrei in Rente gehen, das geht zurzeit mit 67 oder wenn man 45 Versi-
12 cherungsjahre eingezahlt hat. Dieser Standardrenter der auch noch immer ein
13 durchschnittliches Einkommen verdient ist schon lange nicht mehr aktuell und
14 zentriert unser Rentensystem auf Männer in Lohnarbeit. Ein Arbeitsmarkt in
15 dem durchgehend Arbeit für Alle da ist, liegt zusätzlich nicht vor. In akade-
16 mischen Berufen sind sowohl Arbeitsunterbrechungen wegen Befristungen, als
17 auch prekäre Bezahlung immer häufiger und in einigen Branchen hauptsächlich,
18 an zu treffen. Selbst unter Bedingungen die unser Rentensystem im Auge hat,
19 sollte Lohnarbeit nicht der lebensbestimmende Inhalt sein. Arbeiten für ein
20 schönes Leben und einen schönen Ruhestand, ohne das Leben zu zerstören, ist
21 unser Ziel.

22 Im aktuellen Rentensystem und in dem Bewusstsein, dass ununterbrochene
23 Karrieren oder Berufstätigkeit unwahrscheinlich sind, sollte sich also jede*r

24 Studierende überlegen, welche Zeiträume schon im Studium eingebracht wer-
25 den können. Ein Verzicht von Studierenden auf den Eigenanteil zur Renten-
26 versicherung im Minijob schadet den eigenen Einzahlzeiträumen.

27 Neben der Altersrente trifft dies die sogenannte Invalidenrente (Rente wegen
28 Erwerbsminderung), die von den Einzahlungen in die Sozialversicherung und
29 Anwartszeiten abhängig ist. Wer beim Minijob auf den Eigenanteil zur Ren-
30 tenversicherung verzichtet, verlängert auch seine Arbeitszeit bis zum Anspruch
31 auf Invalidenrente. Beim Eintritt in die Invalidenrente müssen 5 Wartejahre
32 vorliegen in denen mind. in 3 Jahren Beiträge gezahlt wurden. Ein Jahr Mi-
33 nijob zählt voll, wenn Beiträge vom Arbeitnehmer*in gezahlt wurden. Zahlt
34 nur der Arbeitgeber Beiträge wird nur ein Drittel der Zeit angerechnet. Der
35 fzs fordert eine volle Anerkennung von Studienzeiten als Wartezeit zur Invali-
36 denrente. Während des Studiums sollte niemand gezwungen sein zu Arbeiten.
37 Wer arbeitet sollte verpflichtet sein in die Rentenversicherung ein zu zahlen.

38 Die Annahme, dass es sich lohnt in die Rente einzuzahlen, wird häufig mit der
39 ironischen Antwort kommentiert, dass es in 40 Jahren eh keine Rente mehr
40 für unsere Generation geben wird. Diese Haltung verkennt, dass Politik nicht
41 einfach passiert, sondern von uns gemacht wird. Jede Stärkung der Rente die
42 jetzt vorgenommen wird, ist somit auch nicht ausschließlich ein Geschenk an
43 Rentner*innen, sondern auch unsere Chance, eine funktionierende Sozialversi-
44 cherung zu erhalten. Alle Einschnitte, die jetzt bei der Rente gemacht werden,
45 werden kaum rückgängig zu machen sein. Das gilt insbesondere für die Ab-
46 senkung des Rentenniveaus. Das Rentenniveau beschreibt wie viel Prozent des
47 bisherigen Einkommens (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) als Rente vorlie-
48 gen werden. Das Rentenniveau wird immer weiter abgesenkt mit dem Argu-
49 ment die Rente nur so finanzierbar halten zu können. Dies führt aber auch zu
50 einer immer größer werdenden Lücke zwischen zur Verfügung stehendem Lohn
51 und Rente. Eine Absenkung des Rentenniveaus auf 40% wird zu einer weiteren
52 Verarmung der Rentner*innen führen.

53 Rentenniveau erhöhen geht nicht auf Kosten der jungen Generation, sondern
54 nimmt Arbeitgeber wieder in die Verantwortung.

55 Eine private Vorsorge zum Beispiel in Form von Riesterrente kann die staat-
56 liche Rente niemals ersetzen. Von ihr profitieren in erster Linie Banken und
57 Versicherungen statt die einzelnen Personen. Zudem zeigt sich, dass erneut
58 Personen mit schwachem Einkommen benachteiligt sind, da eine private Vor-
59 sorge für sie durch die Finanzierung nicht in Frage kommt, die Aufwendung
60 ist entweder nicht leistbar oder nicht alterssichernd.

61 In Anlehnung an das österreichische Rentenmodell fordert der fzs die Einbezie-
62 hung von Beamt*innen und Abgeordneten in unser solidarisches Rentensystem.
63 Der Ausschluss dieser gutverdienenden, arbeitsrisikoarmen Gruppen schadet
64 dem allgemeinen Rentensystem und verhindert eine gerechte Umverteilung.

65 Altersarmut trifft häufig Frauen, die in ihrem Leben häufig Carearbeit über-
66 nehmen. Das aktuelle Rentensystem verlängert (Macht)strukturen aus der
67 Lohnarbeitswelt in das Alter. Rentenzahlungen basieren weitgehend auf Lohn-
68 arbeit. Rentenpunkte auch für Erziehungsarbeit zu vergeben, war ein erster
69 Schritt in die richtige Richtung, Carearbeit anzuerkennen. Erziehungszeiten
70 werden nicht nur als Anwartszeiten sondern auch als Beitragszeiten gewertet.
71 Der Staat zahlt für 36 Monate weiter Beiträge wie in der letzten Beitragszeit.
72 Der fzs fordert allen Erziehenden mind. einen Rentenpunkt pro Jahr gut zu
73 schreiben, damit Geringverdiener *innen ihre Rentenansprüche verbessern und
74 nicht automatisch Frauen in die klassische Mutterrolle gedrängt werden. Nicht
75 nur die Einzahlung sondern auch die entsprechenden Rentenzahlungen müssen
76 aus Steuern bewältigt werden, um die Carearbeit gesellschaftlich zu würdigen
77 und nicht gegen Lohnarbeit aus zu spielen.

78 Alte Menschen einen aktiven und würdevollen Lohnarbeits-Ruhestand zu er-
79 möglichen erfordert eine von der Mindestsicherung abgegrenzte Alterssiche-
80 rung. Als erster Schritt dürfen Ansprüche aus der Rentenversicherung nicht
81 auf die Mindestsicherung angerechnet werden. Eine Wahrung des Lebensstan-
82 dards nach oben abgegrenzt durch die Beitragsbemessungsgrenze muss durch
83 die Alterssicherung gewährleistet sein. Um höheren Ausgaben im Alter zu be-
84 gegnen und einen Anreiz zur Erhalt des Sozialversicherungssystems zu setzen,
85 muss im zweiten Schritt eine staatlich garantierte Mindestrente ausgezahlt wer-
86 den. Das Verhältnis Mindestrente zu Mindestsicherung wird der fzs in einem
87 Konzept zum Bedingungslosen Grundeinkommen festhalten.

88 Das Studium als Bildung und Weiterbildung für einen selbst, sowie wichtige
89 Qualifikation für den Arbeitsmarkt, ist voll als Anrechnungszeitraum für die
90 Rente wieder anzuerkennen.

91 Grundlegend stellt der fzs fest, dass zu einem solidarischen Miteinander auch
92 die Umverteilung entlang der Generationen gehört. Ebenso wie die Förderung
93 von Kindergärten, Bildung und Weiterbildung und die Beteiligten unterstützt
94 werden müssen, gilt es, im Alter die Pflege und die Teilhabe in der Gesell-
95 schaft zu sichern und den Lebensstandard zu halten. Besonders in Zeiten des
96 demographischen Wandels ist es wichtig, dass neoliberalen Anrufungen, die der
97 jungen Generation Schreckensszenarien zeichnet, auch von jungen Menschen

- ⁹⁸ entgegengetreten wird und für eine generationenübergreifende Solidarität plä-
⁹⁹ diert wird.

AntragstellerInnen

Ausschuss Sozialpolitik

59-7-I-02

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidarität mit den Protesten der demokratischen Student*innen im Iran

1 Ende 2017 und Anfang Januar 2018 fanden überall im Iran Demonstrationen
2 von Menschen statt, die eines Regimes überdrüssig sind, das ihre Menschen-
3 rechte missachtet und lieber in internationalen Terrorismus und militärisches
4 Hegemonialstreben investiert, als sich um das Wohlergehen seiner eigenen Be-
5 völkerung zu kümmern. Kurz vor Silvester erreichte die Bewegung die Haupt-
6 stadt. An der Universität in Teheran skandierten die Student*innen: „Hard-
7 liner, Reformisten, euer Spiel ist aus!“ Das Regime ergriff brutale Mittel, um
8 den Protest niederzuschlagen. Das Foto einer Kommilitonin, die inmitten einer
9 Tränengaswolke die Faust gegen ihre Unterdrücker richtet, ging um die Welt.

10 Ende 2017 und Anfang Januar 2018 fanden überall im Iran Demonstrationen
11 von Menschen statt, die eines Regimes überdrüssig sind, das ihre Menschen-
12 rechte missachtet und lieber in internationalen Terrorismus und militärisches
13 Hegemonialstreben investiert, als sich um das Wohlergehen seiner eigenen Be-
14 völkerung zu kümmern. Kurz vor Silvester erreichte die Bewegung die Haupt-
15 stadt. An der Universität in Teheran skandierten die Student*innen: „Hardli-
16 ner, Reformisten, euer Spiel ist aus!“ Das Regime ergriff brutale Mittel, um den
17 Protest niederzuschlagen. Bei den Protesten forderten die Demonstrant*innen
18 ein Ende des autoritären islamistischen Regimes. Damit riskierten sie Leib und
19 Leben: Innerhalb der ersten sieben Tage wurden mehr als 20 Menschen getö-
20 tet. Es wird angenommen, dass landesweit 1000 bis 1800 Demonstrant*innen
21 inhaftiert wurden, unter ihnen fast 100 Student*innen. Slogans wie „Mullahs
22 geht nach Hause“ oder „Nieder mit der Islamischen Republik“ können im Iran

23 als „Sünde gegen Gott“ verfolgt und mit dem Tode bestraft werden. Regi-
24 meanhänger*innen haben bereits Höchststrafen, wie die Todesstrafe, für einige
25 Regimegegnern*innen gefordert.

26 Dass die Proteste vorerst beendet sind, bedeutet keinesfalls eine Verbesserung
27 der Situation der Iraner*innen, sondern begründet sich vielmehr in den re-
28 pressiven Maßnahmen des iranischen Regimes. Diese reichen von der massiven
29 Einschränkung und Sanktionierung der Meinungs-, Presse- und Versammlungs-
30 freiheit, über den Einsatz von Tränengas, bis zu tödlicher Gewalt.

31 Dies allein sollte Anlass geben, in Deutschland die Beziehungen zum Iran zu
32 hinterfragen.

33 Eine deutliche Abgrenzung von der menschenrechtsverachtenden, antisemi-
34 tischen, sexistischen und zu tiefst rückschrittigen Politik des Regimes sucht
35 man aber in Deutschland oft vergeblich. So unterhält beispielweise die Stadt
36 Freiburg seit 2000 eine Städtepartnerschaft mit der iranischen Stadt Isfahan.
37 Die Universität Freiburg unterhält ebenso eine Partnerschaft mit der dortigen
38 Universität. Den Verantwortlichen seien die Probleme dieser Kooperation
39 bekannt, doch solle die „exotische Städtepartnerschaft“ und die „legen-
40 däre Gastfreundschaft“ geschätzt werden. Wie unreflektiert an dieser Part-
41 nerschaft festgehalten wird, zeigte sich beispielsweise im Jahr 2016. Damals
42 rief die islamische Studierendenvereinigung der Uni Isfahan einen „Holocaust-
43 Karikaturenwettbewerb“ aus. Hans-Jochen Schiewer, Rektor der Uni Freiburg,
44 ließ sich damals nur zu einer müden Distanzierung hinreißen, anstatt die Part-
45 nerschaft sofort aufzukündigen.

46 Der fzs solidarisiert sich mit den Protesten der demokratischen Student*innen
47 im Iran und fordert die deutsche Bundesregierung, sowie Kommunen und
48 Hochschulen auf, jede Kooperation mit dem islamistischen Regime zu been-
49 den.

Begründung

Die letzten öffentlichen Proteste im Jahr 2009, die sich gegen die Wiederwahl des auch hierzulande als „Hardliner“ geltenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad richteten, sind vom Regime ebenfalls gewaltsam unterdrückt worden. Seit Amtsantritt von Hassan Rohani als Präsident 2013 wird dieser als „moderater Reformier“ präsentiert, um den sogenannten Atomdeal mit dem Regime zu rechtfertigen. Tatsächlich wurden seitdem mehr Menschen hingerichtet als

noch unter seinem Vorgänger, Frauen unterdrückt, Schwule und Oppositionelle verfolgt. Auch eine Abkehr von der Vernichtung Israels als Leitmotiv der Außenpolitik hat unter dem „moderaten Reformier“ nie stattgefunden.

Es ist wichtig, auf diese Missstände aufmerksam zu machen, und sich mit denen zu solidarisieren, die im Iran für demokratische Grundwerte und ein besseres Leben kämpfen.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften

59-7-I-03

AntragstellerInnen: Ausschuss der Student*innenschaften des fzs

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Gefährdete Selbstverwaltung – Gegen Behördenwillkür und parlamentarische Delegitimation von Verfassten Student*innenschaften

1 Der fzs spricht sich mit diesem Antrag gegen Delegitimation der stud. Selbst-
2 verwaltung und explizit gegen repressive Maßnahmen und Entwicklungen aus.
3 Der Verband solidarisiert sich mit den betroffenen Student*innen, anderen Be-
4 troffenen und Studierendenschaften.

5 Wir beobachten an mehreren Hochschulstandorten und in den dortigen Studie-
6 rendenvertretungen zunehmend Eingriffe von staatlicher Seite. Entweder durch
7 die Polizei, die Univerwaltungen oder den Verfassungsschutz. In Freiburg wer-
8 den die Datenträger der Studierendenschaft beschlagnahmt, ohne einen Vor-
9 wurf. In Bayern werden den – nicht verfassten – Studierendenschaften keine
10 politischen Projekte von den Unileitungen genehmigt. In Heidelberg wurde der
11 StuRa vom Verfassungsschutz überwacht. In Frankfurt wurde das Studihaus
12 rechtswidrig durchsucht. In vielen anderen Städten sind autonome Zentren
13 oder selbstverwaltete Wohnprojekte ständig in Gefahr. Beispielsweise wurde
14 in Göttingen ein Wohnprojekte durchsucht – der Grund ist unklar. In Baden-
15 Württemberg und Thüringen fragt die AfD die Studis über autonome Referate
16 und marginalisierte Gruppen aus und will so gezielt Schutzräume aufbrechen.
17 In Hessen wird gerade das Verfassungsschutzgesetz verschärft und Mitarbei-
18 ter*innen von Demokratieprojekten verstärkt überprüft.

19 Gemeinsam haben all diese Ereignisse vor allem, dass durch die genannten
20 staatlichen Eingriffe die Selbstverwaltung und demokratische Legitimation von
21 Studierendenvertretungen nach und nach unterlaufen wird und Studierendens-
22 schaften und andere, politisch unliebsame Projekte mundtot gemacht werden.
23 Offenbar, weil die politische Arbeit der Student*innen nicht der eigenen Politik
24 entspricht.

25 Gründe studentischen Protests werden nicht hinterfragt und es wird sich nicht
26 auf Debatten zu Bildungs- und Sozialpolitik eingelassen. Diese könnten aber
27 durchaus von der Sicht der Studierenden profitieren. Stattdessen wird überaus
28 willkürlich immer mehr die Arbeit der Student*innenschaften und auch vieler
29 weiterer teils studentischer und politisch aktiver Gruppen torpediert.

30 Diese vermeintliche Scheu vor der direkten Konfrontation mit studentischen
31 Gruppen ist überaus gefährlich. Mehr und mehr werden politische Akti-
32 vist*innen in Rechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit massiv einge-
33 schränkt, und mehr und mehr wird ihre Arbeit behindert. Diese Entwicklung
34 darf kein Ende des Engagements bedeuten, sondern muss Anlass geben, sich
35 zu wehren.

Begründung

Im Landtag von Sachsen-Anhalt forderte der AfD Fraktionsführer Andre Poggenburg die Verbannung „linksextremer Lumpen von deutschen Hochschulen“ und forderte zu Mithilfe auf, „diese Wucherung am deutschen Volkskörper entgeltig loszuwerden“. Daraufhin stellte die AfD immer wieder kleine Anfragen, in denen die Legitimation des allgemeinpolitischen Mandats der verfassten Studierendenschaft infrage gestellt wurde.

Im September letzten Jahres stellte die CDU-Landtagsfraktion BW eine große Landtagsanfrage mit dem Titel „Linksextremismus in Baden-Württemberg“. In dieser Anfrage möchte die CDU erfahren, mit welchen Methoden zu G20-Protesten mobilisiert wurde.

Der Teil der Anfrage, welcher von den Studierendenschaften zu beantworten war, beschränkt sich hierbei aber keineswegs auf das Handeln dieser. Generell soll Auskunft über alle studentischen Gruppen im Hinblick auf die G20-Proteste gegeben werden.

Plötzlich sollen, so kann man den Eindruck gewinnen, die Verfassten Studierendenschaften als eine Art Ermittlungsbehörde fungieren, und binnen drei

Tagen sämtliche Informationen, die von irgendeiner politischen Relevanz für die Anfrage zu sein scheinen, zusammentragen. Was dies mit der gesetzlich verankerten Selbstverwaltung der Studierendenschaften zu tun hat, ist uns schleierhaft.

Die Repression gegen Studierendenschaften und Studierende geht aber oft noch über politische Delegation hinaus.

Im April 2017 stürmte die Polizei mit einem Großeinsatz das Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim. Das Haus wurde durchsucht und alle anwesenden Personen festgehalten. Die Polizei ignorierte hierbei sowohl das Hausrecht des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), als auch den vor Ort eingelegten Widerspruch gegen die Maßnahme. Ein richterlicher Beschluss für die Durchsuchung lag nicht vor, die Polizei hat sich zu dem Einsatz also selbst ermächtigt. Die Staatsanwaltschaft verwehrt dem AStA seit Monaten Akteneinsicht. Damit wird der Versuch blockiert, die Rechtsgrundlage dieses polizeilichen Vorgehens klären zu lassen. Da derzeit keine Möglichkeit besteht, die Aufklärung der Vorkommnisse durch rechtliche Mittel voranzutreiben, müssen wir andere Wege einschlagen, um die Sache zu thematisieren.

Im Rahmen des Protests gegen die schleppenden Tarifverhandlungen in Berlin, sollte eine Kundgebung an der Technischen Universität Berlin stattfinden. Ein großes Aufgebot privater Sicherheitskräfte und eine Hundertschaft versucht die Demonstrant*innen aufzuhalten. Nachdem anderweilige Eingänge gefunden wurden, setzte sich die Schikane an der Hochschule fort. Demonstrant*innen wurden tätlich angegangen, zwei von ihnen wurden in gewahrsam genommen.

Im Nachgang behauptete die TU Berlin, dass sie die Polizei nicht beordert hätte – dass sie wegen einer unangemeldeten Kundgebung und zum Schutz einer Veranstaltung vor Ort waren. Eine Kundgebung auf dem Campus, auf dem Gelände der Universität, fällt nicht unter das Versammlungsrecht. Das Hausrecht liegt nicht bei der Polizei, sondern bei der Hochschule und die Hochschulleitung war die ganze Zeit anwesend und reagierte nicht. Was an diesem Tag passierte war verantwortungslos gegenüber den eigenen Studierenden und den eigenen Beschäftigten, die nach 16 Jahren ohne Lohnanpassung lediglich für ihr Recht auf gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen einstanden. Das sogar gegen gewerkschaftliches Engagement polizeilich vorgegangen wird, ist ein unerträglicher Zustand und zeigt wie weit sich die Situation an den Hochschulen – und außerhalb – zugespitzt hat.

Die sind nur einige Beispiele. Wir beobachten also bundesweit ein zunehmendes Misstrauen gegen linke Gruppen. Massive Polizeieinsätze wie bspw. bei G20 werden als Vorwand genommen, linke Initiativen und Studierendenvertretungen ins Visier staatlicher Repressionen zu nehmen.

Quellen:

[1]:<https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/poggenburg-eklat-landtag-100.html>

[2]:<http://www.stura.uni-freiburg.de/news/anfrageafd>

[3]:<http://www.stura.uni-freiburg.de/news/festplattebeschlagnahmt>

[4]:<http://asta-frankfurt.de/aktuelles/nach-akteneinsicht-asta-geht-von-rechtswidrigem-polizeieinsatz-aus>

[5]:http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/2000/16_20

[6]:http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/2000/16_20

AntragstellerInnen

Ausschuss der Student*innenschaften des fzs

59-7-I-04

AntragstellerInnen: Philip Schmid von der evangelischen Hochschule Darmstadt

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Community for all – solidarische Gemeinschaften statt Abschiebegefängnisse

1 In Darmstadt-Eberstadt entsteht gerade das erste hessische Abschiebegefängnis.
2 Die Kampagne „Community for all“ fordert solidarische Gemeinschaften
3 statt Abschiebegefängnisse.

4 An der Evangelischen Hochschule in Darmstadt kommen, besonders durch die
5 verschiedenen Studiengänge im sozialen Feld, nahezu alle Studierende in Kon-
6 takt mit dem Thema Flucht und Abschiebung. Ein Grund mehr sich aktiv
7 für die Rechte Geflüchteter einzusetzen. Die Studierendenvertretung der EH
8 Darmstadt rief daher die Studierenden der EHD auf, sich an den Aktionstagen
9 und der Demonstration „Community for all“ vom 20.-26. Januar 2018 anläss-
10 lich der Errichtung des Abschiebegefängnis zu beteiligen. Der fzs unterstützt
11 die Kampagne, solidarisiert sich und rief ebenfalls zur bundesweiten Beteili-
12 gung auf. Was in Hessen passiert, ist in anderen Bundesländern schon passiert
13 und wird in weiteren noch passieren, wenn wir nichts tun!

Begründung

Aus Zeitgründen hatte der AS bereits die Unterstützung und Solidarisierung beschlossen. Dennoch würde die EHD gerne einen demokratischeren Weg durch einen Antrag zur MV gehen.

Mehr Infos zur Kampagne:<https://www.facebook.com/commforall/>

Mehr Infos zum Aufruf der EHD:<http://neu.asta-eh-darmstadt.de/?p=530>

AntragstellerInnen

Philip Schmid von der evangelischen Hochschule Darmstadt

59-7-I-05

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales 2017/18

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Keine Einschränkung des Mitspracherechts der Österreichischen Hochschüler_innenschaft!

1 In Wien sind im Dezember und Januar Tausende auf die Straße gegangen, um
2 gegen die geplanten Maßnahmen der neuen Bundesregierung im Hochschulbe-
3 reich zu protestieren. Darüber hinaus richteten sich die Demonstrationen gegen
4 den geplanten Sozialabbau, die geplanten Maßnahmen im gesamten Bildungs-
5 bereich und gegen rassistische Gesetzesänderungsvorhaben, die besonders zu
6 Lasten von Geflüchteten und Migrant*innen gehen. Bei der außerordentlichen
7 Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft
8 (ÖH) am 16. Januar 2018 wurde beschlossen, eine Viertelmillion Euro bereit-
9 zustellen, um einerseits eine Kampagne zu finanzieren, die über die geplanten
10 Verschärfungen informieren soll. Andererseits soll das Geld auch für etwaige
11 Rechtsschritte gegen Maßnahmen der Regierung verwendet werden.

12 Das türkis-blaue Regierungsprogramm bedeutet für die Student*innen in Ös-
13 terreich umfassende Einschnitte und Kürzungen. Neben der geplanten Mehr-
14 belastung durch Studiengebühren sollen auch finanzielle Unterstützungen ge-
15 strichen werden. Außerdem sollen die Partizipationsmöglichkeiten der Stu-
16 dent*innen an den Hochschulen generell geschwächt werden. Unter anderem
17 ist vorgesehen, dass die Mittel der ÖH "ausschließlich für Aufgaben der Bera-
18 tung und Interessenvertretung von Studierenden verwendet werden können".
19 Zur Sicherstellung sollen die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten ausgewei-
20 tet werden. Nicht nur soll der gewählten Bundesvertretung der Student*innen
21 per Gesetz der Mund verboten werden, ihnen wird auch noch mit Sanktionen
22 gedroht.

23 Bildungsminister Faßmann hat im Januar abermals angekündigt, dass die ÖH
24 stärker kontrolliert und die Möglichkeiten der Mittelverwendung eingeschränkt
25 werden sollen. Es ist damit zu rechnen, dass im Rahmen der geplanten Ge-
26 setzesinitiative von Justizminister Moser eine Eingrenzung auf sehr eng stu-
27 dent*innenbezogene Interessen und Service erfolgt. Die Folge wäre eine politi-
28 sche Knebelung der ÖH, und damit einer der wenigen Institutionen, die dazu
29 beiträgt, Fragen marginalisierter und diskriminierter Gruppen eine Stimme zu
30 geben. Herrschende Verhältnisse würden damit weiter zementiert.

31 In Zeiten verstärkten Drucks auf die zumeist lohnabhängigen Student*innen
32 durch Zugangsbeschränkungen, Verschulung, Verwertungsdruck, Leistungster-
33 ror und Konkurrenz ist es umso wichtiger, die Handlungsfähigkeit und Un-
34 abhängigigkeit der ÖH zu verteidigen. Gesellschaftliche Problemstellungen und
35 Kämpfe haben ihre konkreten Auswirkungen auf die Universitäten. Der ge-
36 plante Maulkorb für die ÖH stellt nicht nur einen Akt der Repression dar, son-
37 dern würde auch die Institution als Ganzes obsolet werden lassen. Es bleibt zu
38 hoffen, dass die österreichische Bundesregierung sich mit ihrem Vorstoß unter
39 autoritär-neoliberalen Vorzeichen nicht durchsetzt.

40 Die Pläne der österreichischen Bundesregierung, das allgemeinpolitischen Man-
41 dat der ÖH zu beschneiden, sind ein Skandal und ein Angriff auf die Meinungs-
42 freiheit der Student*innen. Für eine gelebte Demokratie braucht es gleichbe-
43 rechtigte studentische Mitbestimmung durch selbst gewählte Vertreter*innen.
44 Stellungnahmen beispielsweise zu Studien- und Hochschulfinanzierung, stu-
45 dentischem Wohnraum, Nachhaltigkeit und ÖPNV wären undenkbar, wenn
46 die Student*innenvertretungen nicht auch die Möglichkeiten hätten, Konzepte
47 und Alternativen anzubieten und in diesem Zusammenhang auch übergrei-
48 fend Kritik an gesamtgesellschaftlichen Prozessen üben zu können. Deswegen
49 vertritt der fzs schon lange die grundsätzliche Position, dass das allgemein-
50 politische Mandat für die demokratisch gewählten und damit legitimierten
51 Student*innenvertretungen gesetzlich verankert sein muss (siehe z.B. Grund-
52 satzbeschluss "Für eine entfesselte Studierendenschaft" von 2009).

53 Der fzs solidarisiert sich mit den Protesten der Österreichischen Hochschü-
54 ler_innenschaft. Das Mitspracherecht der gewählten Bundesvertretung der
55 Student*innen in Österreich einzuschränken ist ein Angriff auf die Meinungs-
56 freiheit und demokratische Grundwerte. Es ist ein gefährliches Zeichen regie-
57 rungskritische Stimmen auf diese Weise zum Schweigen bringen zu wollen.

Begründung

Siehe Antrag.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales 2017/18

59-7-I-06

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Positionierungen zu den Vorhaben der Europäischen Kommission „Towards a European Education Area by 2025“

1 Alternativtitel: Wir haben uns die Vorhaben der Europäischen Kommission
2 bezüglich des europäischen Hochschulraums durchgelesen, damit ihr es nicht
3 tun müsst

4 Unter dem zukunfts zugewandten Slogan „Towards a European Education Area
5 by 2025“ hat die Europäische Kommission im November 2017 eine Strategie
6 mit kurzfristigen Zielen (2020) und längerfristigen Zielen (2025) vorgelegt (1).
7 Dieses in verschiedene Abschnitte unterteilte Papier birgt progressive, wie auch
8 bedenkliche Ziele. Der fzs positioniert sich zu diesen wie folgt:

9 Im Kapitel “Strengthening European identities through Education and Culture“
10 wird das Zielvorhaben eine Stärkung von Erasmus+ forciert. Eine stärkere In-
11 vestition würde noch mehr Studierenden ermöglichen im Ausland zu studie-
12 ren. Im selben Abschnitt wird die European Student eCard vorgestellt, eine
13 europaweit geltende Studenten*innenkarte, die über die Identifikation hinaus,
14 leichter Daten für Hochschulen und Institutionen abrufbar machen soll. Es ist
15 nicht nur hoch ambitioniert bis 2019 die European Student eCard einzuführen,
16 mit einer Einführung gehen datenschutzrechtliche Probleme einher. Darüber-
17 hinausgehend wird die soziale Dimension an dieser Stelle vernachlässigt, da
18 Sozialleistungen, wie ÖPNV-Nutzung, Nutzung von Bibliotheken usw. eben-
19 falls mit einer European Student Card abgedeckt werden sollten, dies aber
20 nicht erwähnt wird.

21 Im Abschnitt „Mutual recognition of diplomas“ wird das angesprochen, was
22 sich unter dem Begriff „Sorbonne Process“ fassen lässt. Der „Sorbonne Pro-
23 cesse“ soll auf dem „Bologna Process“ aufbauen um die Voraussetzungen für
24 die gegenseitige Anerkennung von Hochschul- und Schulabschlüssen zu schaf-
25 fen. Damit würde sich die EU möglicherweise aus den Prozessen des Euro-
26 päischen Hochschulraums (EHEA) in diesem Bereich verabschieden. Anstatt
27 gemeinsam an einer – im Optimalfall weniger Leistungs- und Marktorientier-
28 ten – Mobilität zu arbeiten, würde sich seitens der EU gegenüber den anderen
29 Teilnehmern des Europäischen Hochschulraums abgekapselt. Auch ist die ge-
30 plant Präsentation eines vollen Konzepts im Mai kurzfristig vor oder nach der
31 Minister*innen-Konferenz, die ebenfalls im Mai stattfindet, als Provokation
32 zu verstehen, da so die Ergebnisse und Verhandlungen der Konferenz konter-
33 kariert werden könnten. Wie sich auch in der Grafik des Papiers zeigt, sind
34 von diesem „Sorbonne-Prozess“ lediglich Staaten der EU und nicht der Euro-
35 pean Higher Education Area betroffen. Derzeit sind in den Gremien der EHEA
36 deutlich mehr Studierende vertreten, daher wäre es durchaus zu begrüßen, den
37 Rahmen nicht nur auf Mitgliedstaaten der EU zu beschränken. Andererseits
38 lässt sich die Frage nach der demokratischen Legitimation der EHEA stellen,
39 die bei der EU noch in einem stärkeren Maße gegeben wäre.

40 Es zeigt sich aber auch, dass sich von allen im Bologna-Prozess herausgebil-
41 deten Zielen, vor allem Employability vorangestellt wird, und sich auch im
42 „Sorbonne Process“ ein verwertungslogisches Verständnis von Bildung mani-
43 festiert.

44 In dem Abschnitt „Improving language learning geht es um das Vorhaben das
45 Erlernen von Fremdsprachen und somit die Bi- und Multilingualität weiter zu
46 fördern, hiermit spricht die Europäische Kommission einen wichtigen Punkt
47 für die Möglichkeiten von Mobilität aber auch für gegenseitige Verständigung
48 an, der zu unterstützen ist. Außerdem wird ein weiterer relevanter Aspekt an-
49 gesprochen, nämlich, dass werdende Lehrer*innen unterdurchschnittlich häufig
50 an Erasmusprogrammen teilnehmen. Im Papier wird die Perspektive eröffnet
51 dies für angehende Sprachlehrer*innen mit Erasmus+-Unterstützung obliga-
52 torisch zu machen. Auch wenn wir Verpflichtungen für Studierende kritisch
53 sehen ist eine generelle Stärkung dieser Option für angehende Lehrer*innen ist
54 wünschenswert.

55 Im Abschnitt „Learning throughout our lives“ spricht die Europäische Kom-
56 mission das Konzept live-long-learning an und setzt begrüßenswerte Maßstäbe
57 um mehr Menschen Zugang zum Bildungssystem zu ermöglichen, sowohl auf

58 der „pre-school“-Ebene als auch im Bereich der tertiären Bildungswege. Ge-
59 nerell begrüßen wir eine Öffnung von Bildung für mehr Menschen in allen
60 Altersgruppen. Gewährleistet werden muss hierbei die Anerkennung von in
61 anderen Bildungsbereichen erlangten Qualifikationen und von bereits erlern-
62 ten Fähigkeiten. Zudem müssten sich diese Bestrebungen auch in der vollen
63 Durchsetzung der Lissabon-Charta äußern, die bereits weitreichende Ziele zu
64 diesem Thema formuliert hat.

65 Um wirklich für alle verfügbar zu sein müssen diese Bildungsangebote, ebenso
66 wie alle anderen, gebührenfrei sein. Darüber hinaus ist es wichtig, dass sich
67 dazu bekannt wird, diese Maßnahmen freiwillig zu gestalten und auch keinen
68 impliziten Druck aufzubauen, damit sie nicht zu einem „lebenslangen [Weiter-
69]Bildungszwang“ ausarten.

70 Ein weiterer Aspekt, der in dem Papier richtiger Weise angesprochen wird,
71 ist die [soziale] Situation von Lehrer*innen und sind die schlechten Arbeits-
72 bedingungen unter denen diese häufig leiden. Zwar kritisiert das Papier, dass
73 z.B. 86% der Lehrer*innen weniger verdienen als andere Arbeiter*innen mit
74 gleicher Qualifikation und auch das es große Unterschiede zwischen den EU-
75 Staaten gibt. Was jedoch fehlt sind konkrete Vorschläge und Bestrebungen,
76 um an Stellen anzusetzen, die diese Situation verändern könnten. Stattdessen
77 werden vor allem Fortbildungs-, Austausch- und Vernetzungsideen formuliert.
78 Diese haben sicherlich ihre Bedeutung, denn einen Austausch über und in Pro-
79 fessionalisierungswegen zu ermöglichen und zu unterstützen, erscheint wichtig.
80 Dies greift allerdings deutlich zu kurz angesichts der strukturellen Probleme.
81 Darüber hinaus ist es kritisch zu sehen, dass die Europäische Kommission eine
82 Wettbewerbsstruktur, inklusive Preisvergabe, nämlich den “prize for the EU
83 Teacher of the Year“, als ernsthaften Weg zur Ermöglichung von innovativen,
84 transnationalen Lehraktivitäten und als Möglichkeit den Lehrer*innenberuf
85 aufzuwerten sieht.

86 Als problematischsten Punkt ist das Netzwerk von Europäischen Universitä-
87 ten zu sehen. Statt vielen Universitäten und damit vielen Studierenden gute
88 Bildung zukommen zu lassen, sollen laut den Vorschlägen der EU-Kommission
89 20 exklusive Europäische Universitäten entstehen. Anstatt gemeinsame Pro-
90 gramme und transnationale Forschungszusammenschlüsse zu fördern, wird auf
91 Abgrenzung gesetzt. Dies finden wir grundlegend falsch. Es muss eine gute
92 Grundfinanzierung öffentlicher Institutionen in der Breite geschaffen werden,
93 anstatt Private und spezifische staatliche Universitäten mit Geldern des EU-
94 Haushalts zu fördern.

95 Positiv ist die Investitionsbereitschaft der EU zu bewerten. Die Kommission
96 strebt eine Schaffung von EU-Investitionsinstrumenten durch EU-Finanzierung
97 an. Dabei soll als Mindestbetrags für Bildungsinvestitionen 5% des BIP der
98 Mitgliedstaaten gelten. Dies ist jedoch angesichts der gebrauchten Investitio-
99 nen nicht genug. Stattdessen sollte bis 2025 eine stufenweise Anhebung auf
100 10% angestrebt werden.

101 (1) [https://ec.europa.eu/commission/news/towards-european-education-area-](https://ec.europa.eu/commission/news/towards-european-education-area-2025-2017-nov-14_en)
102 [2025-2017-nov-14_en](https://ec.europa.eu/commission/news/towards-european-education-area-2025-2017-nov-14_en)

Begründung

Das Papier ist aktuell debattenrelevant und für den Verband ist es wichtig sich dazu zu positionieren.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

59-7-I-07

AntragstellerInnen: AK Nachhaltigkeit und Ökologie

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

**Change the system, not the climate –
Kohleausstieg selber machen****1 Change the system, not the climate – Kohleausstieg selber machen**

2 Die internationale Gemeinschaft hat sich 2015 im Pariser Klimaabkommen
3 endlich darauf verständigt die Erderwärmung auf unter 2C zu begrenzen, mög-
4 lichst auf 1,5C. Dieser Schritt war für globale Gerechtigkeit in Gegenwart und
5 Zukunft sehr dringend nötig. Nichtsdestotrotz besteht die Gefahr, dass auch
6 dieses Papier geduldig ist, es bei unverbindlichen Absichtserklärungen bleibt
7 und die für die Umsetzung der Ziele nötigen Schritte nicht eingeleitet werden.
8 Um alleine das so genannte “2-Grad-Ziel“ zu erreichen müssen 80% der Kohl-
9 ereserven unter der Erde bleiben (McGlade, C. & Ekins, P., 2015). Die Zeit,
10 das zu erreichen ist knapp (Radebach, A. & Schulze, T. o.D.)

11 Zu einer internationalen Allianz für den Kohleausstieg (leider ohne zeitnahes
12 gemeinsames Ausstiegsjahr) haben sich allerdings erst 23 Länder und Pro-
13 vinzen zusammengeschlossen, Deutschland gehört bisher leider nicht dazu.
14 Dort stoßen alleine die Braunkohlekraftwerke ein Viertel der gesamten deut-
15 schen CO2-Emissionen aus. Weltweit ist Deutschland der größte Exporteur
16 von Braunkohle (in absoluten Zahlen). Die Reserven in den drei großen deut-
17 schen Braunkohlerevieren (in der Lausitz, im Rheinland, und Mitteldeutsch-
18 land) werden auf ca. 40 Milliarden Tonnen. Das sind 14,4% (Stand 2006) der
19 weltweit bekannten Reserven geschätzt (Groll, S., Fuhr, L., Löffelsend, T.,
20 2015).

21 Trotz des hohen Braunkohlexports wird zusätzlich Steinkohle aufgrund der
22 niedrigeren Abbaukosten häufig aus bspw. Südamerika importiert. Zusätzliche

23 Folgen des Abbaus vor Ort sind häufig Massenvertreibungen, Landraub, Men-
24 schenrechtsverletzungen, Atemwegserkrankungen und massive Umweltschäden
25 (Ganswindt, K., Rötters, S., Schücking, H., 2013). Im Jahr 2013 war es 50,6
26 Millionen Steinkohle (Statistisches Bundesamt, 2013). Dies verschärft den ge-
27 ringen Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke, denn es wird nur ein Drittel der
28 Wärme aus dem Verbrennungsprozess tatsächlich in Strom umgewandelt. Im
29 Vergleich zu Gaskraftwerken weisen Altanlagen bei Steinkohle einen Wirkungs-
30 grad von 32% und bei Braunkohle einen Wirkungsgrad von 36% auf. Eine
31 Modernisierung der Anlagen kann den Wirkungsgrad auf 50% erhöhen (Groll,
32 S., Fuhr, L., Löffelsend, T., 2015). Eine Modernisierung ist allerdings gar
33 nicht nötig, da Versorgungssicherheit zu adäquaten Kosten durch klimaneutra-
34 le Technologien und eine Weiterentwicklung der Energiespeicherung gewähr-
35 leistet werden kann (Huneke, F., Perez Linkenheil, C., Niggemeier, M., 2017).
36 Im Gegenteil: Bei Modernisierung oder Neubauten von Kohlekraftwerken wird
37 viel Geld in überholte Technologie gesteckt, der Kohleausstieg hinausgezögert
38 und birgt durch die schwierige Regelbarkeit eine zusätzliche Herausforderung
39 für Netz und Versorgungssicherheit (Schultz, S., 2017)

40 Es findet eine Umstrukturierung der Arbeitsplätze und Berufsgruppen statt, so
41 dass trotz einem weltweiten Arbeitsplatzverlust von ca. zwei bis drei Millionen
42 bis 2030 diese kompensiert werden durch neue Arbeitsplätze im wachsenden
43 Bereich der erneuerbaren Energien (Barzantny, K., Schner, S., Vomberg, S.,
44 Groscurth, H.-M., 2007). Schon jetzt liegt der Anteil der Beschäftigten in der
45 EU im Bereich der erneuerbaren Energien über dem der fossilen Energieträ-
46 ger, weltweit sind beide Bereiche auf einem Level (Barzantny, K. et al., 2007).
47 Es braucht jetzt die Schaffung von Perspektiven für ein klimafreundliches und
48 sozial gerechtes Arbeiten begleitet von Schulungen und bei Bedarf Lohnfort-
49 zahlungen, da das Hinauszögern des Kohleausstiegs auch unter sozialen Ge-
50 sichtspunkten unverantwortlich ist.

51 Wichtig dafür ist auch, dass sich die Subventionspolitik dahingehend ändert,
52 dass fossile Energieträger nicht mehr unterstützt und ein preisgünstiger Ener-
53 giepreis angeboten werden kann. Bereits jetzt sollte in die Energiekosten auch
54 die Folgekosten der Kohlenutzung mit eingepreist werden. Zudem ist es hilf-
55 reich, wenn die Weiterentwicklung und der Ausbau regenerativer Energien auch
56 finanziell staatlich gefördert und nicht weiter ausgebremst bzw. gedeckelt wird
57 wird. Darüber hinaus verschärft der Klimawandel soziale Ungerechtigkeiten
58 sowie Vulnerabilitäten und trifft vor allem Menschen, die im heutigen Ge-
59 sellschaftssystem bereits benachteiligt werden. Gesamtgesellschaftlichen Pro-
60 zessen wie die Umverteilung zur Verringerung der Schere zwischen Arm und
61 Reich sowie die Veränderung der Art zu wirtschaften hin zur Wahrung öko-

62 logische Grenzen und globaler Solidarität sind nötig. Die natürliche Mitwelt
63 darf nicht weiter als Ressourcen-Quelle und Müll-Senke unter ökonomische
64 Verwertungsprozesse unterworfen werden.

65 Kohleausstieg ist nicht nur nötig, um das Klima zu schützen, sondern auch
66 aus zahlreichen gesundheitlichen Gründen (Kritische Mediziner*innen, 2017).
67 Kohlekraftwerke haben einen Anteil von 70% an den gesundheitsschädlichen
68 Feinstaubemissionen in der EU. Die Luftverschmutzung durch Ruß- und Staub-
69 partikeln führt zu Erkrankungen der Atemwege (Asthma, chronische Bron-
70 chitis) und des Herz-Kreislaufsystems (Lungenkrebs, Herzinfakte). Alleine in
71 Deutschland führen die Emissionen der Kohlekraftwerke zu rund 2.700 vorzei-
72 tigen Todesfällen (HEAL, 2013). Neben den Ruß- und Staubpartikelemissionen
73 emittieren Kohlekraftwerke Quecksilber, Arsen, Blei oder Cadmium, die über die
74 Nahrungsaufnahme das Nervensystem angreifen und insbesondere für Unge-
75 borene eine Gefahr darstellt (Preiss, P., Roos, J., Friedrich, R., 2013).

76 Die Folgen des Klimawandels und somit auch die der Kohlenutzung sind lokal
77 und global gravierend. Millionen von Menschen verlassen ihren Lebensort, weil
78 ihre Lebensgrundlagen durch intensivere und häufigere Extremwetterereignisse
79 die u.a. zu häufigeren Ernteausfällen führen und langsam fortschreitende
80 Umweltdegradation, oft vom Klimawandel mit verursacht, zerstört wird. Bis-
81 her erleben dies vor allem Menschen, die in Ländern des globalen Südens leben
82 und global sowie historisch betrachtet somit am wenigsten für die hohen Treib-
83 hausgasemissionen verantwortlich sind. (Bedarff, H., Jakobeit, C., 2017). Für
84 den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen und globale Gerechtigkeit insgesamt wird
85 zu wenig getan. Es gilt erzwungene Migration zu verhindern, gleichzeitig legale
86 Migrationswege zu schaffen und die Fluchtursachen zu bekämpfen.

87 Auch im globalen Norden, z.B. im rheinischen Braunkohlegebiet, werden Na-
88 tur und Lebensgrundlagen immer weiter zerstört. Konkret werden Dörfer und
89 Wälder wie den Hambacher Forst zwangsumgesiedelt bzw. abgeholzt. Seit
90 vielen Jahren leisten unterschiedlichste Initiativen (Bürger*inneninitiativen,
91 NGOs, Waldspaziergänge, Camps, Dauerbesetzungen, Massenaktionen, Klein-
92 gruppenaktionen, Petitionen etc.) dagegen und gegen Kohlenutzung insgesamt
93 friedlich Widerstand.

94 **Kohleausstieg ist auch Hochschul- und Wissenschaftspolitik.** Hoch-
95 schulen können die Relevanz, Notwendigkeit und Herausforderung des Kohle-
96 ausstiegs durch ihre inhaltliche sowie finanzielle Freiheit in Form von wissen-
97 schaftliche Erkenntnissen ermöglichen. Dabei ist es auch wichtig ihre Unab-
98 hängigkeit gegenüber politischen Eingriffen zu schützen. Hochschulen können

99 und sollten außerdem auch Orte des Gesellschaftswandels sein. Der Ausgangs-
100 punkt regionaler regenerativer Energieversorgung kann ein mitgliedergruppen-
101 übergreifendes ehrenamtliches Engagement an der Universität und/oder Lehr-
102 und/oder Forschungsprojekt an einer Hochschule sein. Themenfelder wie Ener-
103 giespeicherung und Strukturwandel bekommen eine höhere Bedeutung durch
104 die wissenschaftlich Betrachtung des Kohleausstiegs und es besteht die Ver-
105 antwortung der Hochschulen Lösungen für einen sofortigen Kohleausstieg und
106 sozialverträglichen Strukturwandel zu erarbeiten und soweit möglich, zu prak-
107 tizieren. Denn auch im Betrieb kann eine Hochschule zum Kohleausstieg beitra-
108 gen z.B. in der eigenen Energieversorgung sowie – falls vorhanden – hinsichtlich
109 eines Divestments von Rück- und Anlagen. Diesen positiven Wandel einzufor-
110 dern und soweit möglich zu leben, ist auch Aufgabe von Studierendenschaften.
111 Es ist auch unsere Verantwortung die Zukunft zu gestalten.

112 **Jede Studierendenschaft und viele Einzelpersonen können etwas**
113 **zur großen Transformation einer postfossilen Gesellschaft beitragen.**
114 **Mögliche Beiträge sind:**

- 115 • zum jährlichen Klimacamp im Rheinland, dem Lausitzcamp und den
116 Aktionen von Ende Gelände zu mobilisieren
- 117 • sich mit den Aktiven im Hambacher Forst zu solidarisieren
- 118 • politische Bildung durch Ausstellungen und Veranstaltungen ermöglichen
- 119 • für eine Dekarbonisierung der Hochschulen argumentieren
- 120 • für eine klimaneutrale Energieversorgung, auch in den lokale bzw. regio-
121 nale Studierendenwerken einsetzen
- 122 • für eine gesellschaftrelevante Forschung und Lehre an Hochschule einset-
123 zen

124 **Der freie Zusammenschluss der student*innenschaften (fzs e.V.)**

- 125 • unterstützt das Klimacamp im Rheinland, das Lausitzcamp, Ende Ge-
126 lände und die Aktiven im Hambacher Forst
- 127 • fordert Schluss mit Subventionen von fossilen Energieträgern in Deutsch-
128 land und weltweit
- 129 • fordert das sofortige Abschalten der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke
130 in Europa und einen langfristigen Kohleausstieg
- 131 • bringt die Positionierung in der ESU ein

132 **Quellen & Literatur-Tipps:**

133 Barzantny, K., Schner, S., Vomberg, S., Groscurth, H.-M- (2007): Kli-
134 maschutz: Plan B 2050. Zuletzt abgerufen unter: [https://www.greenpeace-](https://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Plan_B_Langfassung.pdf)
135 [energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Plan_B_Langfassung.pdf](https://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Plan_B_Langfassung.pdf)

136 Bedarff, H., Jakobeit, C. (2017). Klimawandel, Migration und Ver-
137 treibung: die unterschätzte Katastrophe. Zuletzt abgerufen unter:
138 [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170524-](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170524-greenpeace-studie-klimawandel-migration-deutsch.pdf)
139 [greenpeace-studie-klimawandel-migration-deutsch.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170524-greenpeace-studie-klimawandel-migration-deutsch.pdf)

140 Ganswindt, K. Rötters, S., Schücking, H. (2013). Bitter coal. Ein Dos-
141 sier über Deutschlands Steinkohleimport. Zuletzt abgerufen unter: [htt-](https://urgewald.org/sites/default/files/bittercoal_1_15_13.pdf)
142 [ps://urgewald.org/sites/default/files/bittercoal_1_15_13.pdf](https://urgewald.org/sites/default/files/bittercoal_1_15_13.pdf)

143 Groll, S., Fuhr, L. & Löffelsend, T. (2015). Der Kohleatlas. Berlin: Heinrich-
144 Böll Stiftung und BUND.

145 HEAL (2013). Was Kohlestrom wirklich kostet. Gesundheitsfolgen und externe
146 Kosten durch Schadstoffemissionen. Zuletzt abgerufen unter: [http://www.env-](http://www.env-health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf)
147 [health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf](http://www.env-health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf)

148 Huneke, F., Perez Linkenheil, C. & Niggemeier, M. (2017). Kalte Dunkelflaute.
149 Robustheit des Stromsystems bei Extremwetter. Zuletzt abgerufen unter:
150 [https://www.energybrainpool.com/fileadmin/download/Studien/Studie_2017-](https://www.energybrainpool.com/fileadmin/download/Studien/Studie_2017-06-26_GPE_Studie_Kalte-Dunkelflaute_Energy-Brainpool.pdf)
151 [06-26_GPE_Studie_Kalte-Dunkelflaute_Energy-Brainpool.pdf](https://www.energybrainpool.com/fileadmin/download/Studien/Studie_2017-06-26_GPE_Studie_Kalte-Dunkelflaute_Energy-Brainpool.pdf)

152 Kritische Mediziner*innen (2017). Gesundheit
153 braucht Klimaschutz. Zuletzt abgerufen unter:
154 [https://kritmedbonn.files.wordpress.com/2017/10/positionspapier-zur-](https://kritmedbonn.files.wordpress.com/2017/10/positionspapier-zur-cop23.pdf)
155 [cop23.pdf](https://kritmedbonn.files.wordpress.com/2017/10/positionspapier-zur-cop23.pdf)

156 McGlade, C. & Ekins, P., (2015). The geographical distribution of fossil
157 fuels unused when limiting global warming to 2 C. Zuletzt abgerufen unter:
158 <http://www.nature.com/articles/nature14016>

159 Preiss, P., Roos, J. & Friedrich, R. (2013). Assessment of
160 Health Impacts of Coal Fired Power Stations in Germa-
161 ny by Applying EcoSenseWeb. Zuletzt abgerufen unter: [htt-](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/130401_deliverable_ier_to_green)
162 [ps://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/130401_deliverable_ier_to_green](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/130401_deliverable_ier_to_green)

163 Radebach, A. & Schulze, T. (o.D.). So schnell tickt die CO2-Uhr. Zuletzt ab-
164 gerufen unter: <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>

165 Statistisches Bundesamt (2013). Import von Steinkohle
166 2013 um 15,2 % gestiegen. Zuletzt abgerufen unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/04/PD14_141_
167 https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/04/PD14_141_
168 Schultz, S. (2017). Weniger Kohlemeiler könnten Strom-
169 versorgung sicherer machen. Zuletzt abgerufen unter:
170 [http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-weniger-kohlmeiler-](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-weniger-kohlmeiler-machen-laut-bmwi-stromnetz-stabiler-a-1178178.html)
171 [machen-laut-bmwi-stromnetz-stabiler-a-1178178.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-weniger-kohlmeiler-machen-laut-bmwi-stromnetz-stabiler-a-1178178.html)

Begründung

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

AK Nachhaltigkeit und Ökologie

59-7-I-08

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Anwesenheitspflicht? Das steht auf meiner Not-ToDo-Liste!

1 Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften stellt mit großem Be-
2 dauern fest, dass in NRW die Anwesenheitspflicht wieder eingeführt wurde und
3 es auch in mehreren anderen Bundesländern verstärkte Bestrebungen gibt, die
4 Anwesenheitspflicht in den Fokus politischer Debatten zu rücken.

5 Der fzs stellt weiterhin fest, dass physische Anwesenheit keine unmittelbare
6 Auswirkung auf den Lernerfolg und den Kompetenzerwerb von Student*innen
7 hat, sondern dieser vor allem durch didaktisch anspruchsvoll und ansprechend
8 gestaltete Veranstaltungen und mit Angeboten zur Vor- und Nachbereitung er-
9 zielt wird. Gut aufbereitete Veranstaltungen werden von Student*innen gerne
10 besucht, ohne dass eine Anwesenheitspflicht besteht.

11 Das Studium hat aus unserer Sicht das in einigen Landeshochschulgesetzen
12 verankerte Ziel, Student*innen zu kritischen und selbstständigen Persönlich-
13 keiten auszubilden. Dieses Ziel wird insbesondere durch Freiheiten im Studium
14 erreicht. Dazu gehört vor allem die Freiheit, selbstständig entscheiden zu kön-
15 nen, ob man an einer Lehrveranstaltung teilnehmen möchte oder ob die Kom-
16 petenzen anderweitig erworben werden können. Auch vor dem Hintergrund,
17 dass die Anerkennung von Studienleistungen aus dem Studium an einer ande-
18 ren Hochschule oder aus Kompetenzen, die außerhalb des Studiums erworben
19 wurden, erfolgen muss, muss es Student*innen möglich sein, die Inhalte der
20 Lehrveranstaltungen selbstständig zu erarbeiten. Die Hochschulen und die Po-
21 litik müssen sich bewusst machen und akzeptieren, dass die Student*innen

22 Erwachsene sind und man ihnen die Freiheit lassen sollte, auch mal in einer
23 Prüfung zu scheitern.

24 Bei Veranstaltungen, wie Praktika oder praktischen Versuchsanordnungen ent-
25 steht die Anwesenheitspflicht aus sich selbst heraus. Dabei ist klar, dass der
26 Kompetenzerwerb und die Vergabe von Creditpoints nur bei Anwesenheit er-
27 folgt. Es besteht keine Notwendigkeit, für diese Veranstaltungen eine Anwe-
28 senheitspflicht zu fordern. Dies macht eine gesetzliche Regulierung unnötig.

29 Die Anwesenheitspflicht benachteiligt vor allem jene Student*innen, die arbei-
30 ten müssen, um ihr Studium finanzieren zu können, die Kinder haben oder
31 Angehörige pflegen müssen oder eine Beeinträchtigung haben. Hier ist be-
32 sonders zu berücksichtigen, dass auch kurzfristige Fälle eintreten können, die
33 Flexibilität seitens der Student*innen erfordern und im Gegensatz zur Anwe-
34 senheitspflicht stehen. In der Gestaltung der Studiengänge, der Prüfungs- und
35 Studienordnung sowie der Gesetzgebung muss die Diversität der Student*innen
36 mit in den Prozess einbezogen und beachtet werden.

37 Jede Studentin und jeder Student ist eine eigene Person mit eigenen Interessen
38 und einem eigenen Lernstil. Die Hochschulen haben auch durch die Digitalisie-
39 rung die Möglichkeit, beispielsweise durch Blended Learning oder einen Flip-
40 ped Classroom den unterschiedlichen Lernstilen entgegen zu kommen. Auch
41 durch Open Educational Resources können Student*innen Institutionsüber-
42 greifende Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb eröffnet werden. Durch die
43 voranschreitende Digitalisierung eröffnen sich diverse Möglichkeiten, wie Stu-
44 dent*innen lernen können. Diese Freiräume sollten die Hochschulen ausnutzen,
45 um der Vielfalt der Lebensumstände Rechnung zu tragen, statt dem veralteten
46 Konzept der Anwesenheitspflicht nachzuhängen.

47 Die Persönlichkeitsbildung, die nicht nur in den Lehrveranstaltungen sondern
48 insbesondere im Engagement im studentischen Ehrenamt stattfindet, wird
49 durch die Anwesenheitspflicht deutlich erschwert. Gremiensitzungen der Hoch-
50 schulen und der Student*innenschaften finden häufig tagsüber zu Vorlesungs-
51 zeiten statt. Student*innen, die zu diesem Zeitpunkt eine Veranstaltung mit
52 Anwesenheitspflicht haben, wird die Teilnahme an diesen Sitzungen und die
53 Mitgestaltung an der Hochschule somit verwehrt. Die Hochschulen sollten im
54 Sinne der Demokratie ein intrinsisches Interesse daran haben, dass ihre Stu-
55 dent*innen sich aktiv an der Gestaltung der Hochschule beteiligen können. Das
56 ehrenamtliche Engagement der Student*innen muss geschützt und gestärkt
57 werden. Diesem Ansatz steht die Anwesenheitspflicht diametral gegenüber.

58 Daher lehnt der fzs die Anwesenheitspflicht ab. Der fzs fordert die Landesre-
59 gierungen auf, die Anwesenheitspflicht nicht über gesetzliche Regelungen oder
60 fehlende Verbote zu ermöglichen. Bestehende Formulierungen in Landeshoch-
61 schulgesetzen sind zugunsten einer progressiven Formulierung abzuschaffen.

Begründung

Die Novellierung des Landeshochschulgesetzes in NRW enthält auch die Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht durch die Streichung des entsprechenden Verbots.

Anwesenheitspflicht garantiert nicht den Erfolg im Studium, sondern schränkt die Student*innen in ihrer individuellen Freiheit ein.

Viele Landeshochschulgesetze enthalten Regularien, dass die Student*innen zu selbstständigen, kritisch denkenden und selbstkritischen Persönlichkeiten ausgebildet werden sollen. Diese Forderungen lassen sich durch geplante Anwesenheitspflicht nicht umsetzen.

Praktika ebenso wie Klausuren oder mündliche Prüfungen benötigen keine explizite Anwesenheitspflicht. Es ist klar, dass die Vergabe von Creditpoints nur bei erfolgreichem bestehen bzw. Erhalt eines Testats erfolgt.

Die reine physische Anwesenheit ist kein Garant für den Studienerfolg. Die Umsetzung von innovativen Lehr- und Lernmethoden, gut aufbereitete Veranstaltungen und durch durchdachte Studiengangskonzepte jedoch schon. Für all das ist jedoch keine Anwesenheitspflicht nötig.

Daher wird die vollständige Abschaffung der Anwesenheitspflicht gefordert.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

59-8-S-01

AntragstellerInnen: Ben Seel, Madelaine Stahl, StuVe Bamberg

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Aktivierung der Referent*innenstruktur prüfen

1 Der Verband setzt eine Arbeitsgruppe ein, welche bis zur nächsten ordentli-
2 chen Mitgliederversammlung eine Prüfung durchführt, wie im fzs wieder Re-
3 ferent*innen für verschiedene (Hochschul-)Politikbereiche eingesetzt werden
4 können.

5 Die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe steht allen Interessierten und Mitgliedern
6 des Verbandes offen. Der Vorstand beteiligt sich an der Arbeitsgruppe.

7 Ziel der Arbeit ist es

- 8 • Die strukturellen Erfordernisse für die Einsetzung von Referent*innen zu
9 prüfen
- 10 • Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Bezahlung von Refe-
11 rent*innen zu prüfen
- 12 • Eine mögliche Aufteilung von zu besetzenden Referent*innenstellen zu
13 erarbeiten

14 Das Mandat der Arbeitsgruppe endet mit der Vorlage von Ergebnissen an die
15 Mitglieder zwei Wochen vor der Verschickungsfrist zur nächsten ordentlichen
16 Mitgliederversammlung. Sollte die Arbeitsgruppe noch nicht alle genannten
17 Aufgaben erfüllt haben, verlängert sich das Mandat einmalig bis zum Zeit-
18 punkt zwei Wochen vor der Verschickungsfrist der darauf folgenden ordentli-
19 chen Mitgliederversammlung

Begründung

Der fzs befindet sich finanziell und personell momentan in einem guten Zustand. Wie auch in der Vergangenheit lastet jedoch eine übergroße Arbeitsbelastung auf den Vorstandsmitgliedern, was auch die Gewinnung von Vorstandskandidat*innen in Zukunft erschweren dürfte. Deshalb sollte strukturiert und öffentlich geprüft werden, wie der Vorstand dauerhaft entlastet und die Arbeit im fzs gestärkt werden kann.

Projektstellen arbeiten abhängig und sind nicht politisch Verantwortlich. Damit stellen sie keine Alternative dar, wenn es darum geht, den Vorstand auch von Verantwortung zu entlasten.

Ausschüsse auf der anderen Seite bestehen aus unbezahlten und unentschädigten Ehrenamtlichen, die an der Entwicklung von Positionen, Materialien und Kampagnen teilnehmen, aber nicht die Ressourcen zu effektiver Organisations- und Repräsentationsarbeit besitzen.

Da die Wiedereinsetzung von Referent*innen sowohl die Organisationsstruktur des fzs, als auch die inhaltlichen Schwerpunkte – je nach den angestrebten Referatsgebieten – stark beeinflusst, sollte es einen offenen Diskussionsprozess mit allen Interessierten Verbandsaktiven geben. Daher wird eine offene Arbeitsgruppe vorgeschlagen.

Die Zeiten für das Mandat der Arbeitsgruppe sind so bemessen, dass auf die Ergebnisse seitens der Mitglieder und Aktiven noch mit Anträgen zur Mitgliederversammlung eingegangen werden kann.

AntragstellerInnen

Ben Seel, Madelaine Stahl, StuVe Bamberg

59-8-S-02

AntragstellerInnen: Ausschuss für Frauen- und Geschlechterpolitik u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Antrag: Feminismus als Querschnittsthema

1 Sexismus, Rassismus, Klassismus, Ableismus, Homo- und Transfeindlichkeit
2 usw. sind Themen, die sich im Bereich der Hochschule und ihren sozialen
3 Räumen überall finden lassen. Sie betreffen Bereiche der Ökonomie, d.h. der
4 Bezahlung in wissenschaftlichen Arbeitsfeldern (Ökonomie und Finanzen), der
5 sozialen Ordnung an Hochschulen im Sinne einer Klassifizierung und Rassifizie-
6 rung von Studierenden und deren Möglichkeit zur Teilhabe an Wissensproduk-
7 tion (Sozialpolitik), der öffentlichen Teilhabe an Hochschule und Wissenschaft
8 und damit auch der Sichtbarkeit von sogenannten Minderheiten und deren
9 Standpunkten innerhalb von Bildungsinstitutionen (VSPM). Darüber hinaus
10 spiegeln sich sowohl in den strukturellen Bedingungen, die Hochschulsysteme
11 implementieren (NCs, Regelstudienzeit, Bafögeregungen usw.) oftmals vor-
12 strukturierte Ausschlüsse, die sich dann auf inhaltlicher Ebene (Inhalte und
13 Art der Lehre und Forschung, Methoden und Ergebnisse der Forschung) fort-
14 setzen. Und auch auf internationaler Ebene sind Themen der Gleichberechtigt-
15 ung und des Abbaus von sozio-ökonomischen Hürden ein zentrales Thema,
16 das alle Studierenden betrifft.

17 All das verweist darauf, dass der fzs als Verband sich in all seinen inhaltlich
18 arbeitenden Ausschüssen diese Mechanismen vorlegen und sie mit zum Gegen-
19 stand seiner Politiken und inhaltlichen Auseinandersetzungen machen muss.

20 Der Ausschuss für Frauen- und Geschlechterpolitik allein kann den Anforde-
21 rungen eines intersektionalen Feminismus, der auch die Aufgabe hat, alle an-
22 grenzenden und zusammenhängenden Diskriminierungsformen zu untersuchen
23 und politisch im Sinne des Gesamtverbandes zu verarbeiten, nicht gerecht wer-
24 den.

25 Der Ausschuss sieht es als folgerichtige Konsequenz eines vom Verband ge-
26 forderten intersektionalen Feminismus, dass die angesprochenen Diskriminie-
27 rungsformen und ihre Auswirkungen auf die Hochschule Querschnittsthema
28 des Verbandes und seiner inhaltlich arbeitenden Ausschüsse werden.

29 Ziel ist es, "allgemeine" hochschulpolitische Themen zu nuancieren und mit
30 feministischen und antidiskriminierenden Perspektiven anzureichern, sodass
31 einerseits die reale Durchdringung verschiedener Bereiche der Hochschulpoli-
32 tik mit Diskriminierung sichtbar gemacht werden kann. Andererseits kann
33 eine Arbeitsteilung stattfinden, die Feminismus, Antirassismus usw. nicht zur
34 Aufgabe Betroffener erklärt und einfordert, dass alle hochschulpolitisch Akti-
35 ven die Kompetenzen erwerben, sich mit diesen Themen in ihren jeweiligen
36 Arbeitsbereichen auseinanderzusetzen.

37 Die Mitgliederversammlung des fzs beschließt hiermit, dass alle aktiven inhalt-
38 lichen Ausschüsse im Sinne der Beschlüsse der Mitgliederversammlungeninter-
39 sektionale Themen in ihre Arbeit miteinbeziehen.

Begründung

Das vom Ausschuss fgp vorgelegte Arbeitsprogramm, wie auch inhaltliche An-
träge des Ausschusses sind auf den vergangenen zwei Mitgliederversammlungen
kontrovers diskutiert worden. Dabei kam es immer wieder zu Forderungen des
Plenums an den Ausschuss bezüglich der feministischen Arbeit im Verband. So
wurde etwa die Forderung erhoben, fgp solle sich stärker Themen des intersek-
tionalen Feminismus zuwenden. Intersektionaler Feminismus verweist auf die
Verwobenheit verschiedener Formen von Unterdrückung, Diskriminierung und
Machtverhältnisse, d.h. z.B. Rassismus, Klassismus, Ableismus, Queerfeind-
lichkeit usw. Während fgp diese Zusammenhänge durchaus anerkennt und auch
zu ihnen arbeitet, wie in unseren Berichten nachzulesen, haben wir den Antrag
trotzdem abgelehnt, im Folgenden aber wurde dem Ausschuss die Ablehnung
durch aggressive Redebeiträge aus dem Plenum vorgeworfen.

Nun sind wir der Ansicht, dass die oben genannten menschenfeindlichen Pra-
xen zu entkräften, zu analysieren oder gar zu beseitigen, nicht Aufgabe von
(wenn der Ausschuss vollzählig ist) 10 Feminist*innen ist oder sein kann. Viel-
mehr handelt es sich um einen im besten Fall solidarisch geführten, alltäglichen
wie umfassenden Kampf. Feminist*in zu sein ist, wenn man es ernst meint, ein

24/7 Job, der emotional, physisch, psychisch, sozial und nicht zuletzt ökonomisch kräftezehrend ist. Dies ist einer der Gründe, aus denen sich viele feministische Women of Color nicht in der Hochschulpolitik engagieren können, da sie oft Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, die (unentgeltliche) politische Arbeit schwieriger zu bewerkstelligen machen – das bestehende Hochschulsystem und fortschreitende rassistische gesellschaftliche Prozesse verstärken diese Problematik.

Hinzu kommt, dass Feminismus historisch und praktisch tatsächlich auch die Verteidigung der Rechte anderer diskriminierter Gruppen beinhaltet, weil mit dem Bewusstsein für die Entmündigung weiblicher Subjekte oft auch die Einsicht in die anderer entmündigter Akteur*innen folgt (sprechende Beispiele dafür sind die Solidarisierungen zwischen Feminist*innen und Queeraktivist*innen, feministische Teilnahme an Tierrechtsbewegungen und ökologischen Themen, postkolonial-feministische und antirassistische Querschnittsthemen und vieles mehr).

Wir als Feminist*innen sehen uns durchaus in der Verantwortung, eine gerechte Gesellschaft für alle einzufordern und im Rahmen unserer eigenen Ressourcen Projekte umzusetzen, die das abbilden. Andererseits sehen wir auch alle anderen Menschen mit einem emanzipatorischen Anspruch in genau dieser Verantwortung. Emanzipation ist keine Einbahnstraße und es ist aus Sicht des Ausschusses keine sinnvolle Herangehensweise, Ansprüche an feministische Arbeit zu formulieren und selbst keinen Beitrag dazu zu leisten, bzw. sich Illusionen darüber zu machen, wie viel Feminist*innen auffangen können. Wir empfehlen daher dringend, eigene Praxen zu entwickeln, die einen Eindruck davon vermitteln können, was feministische Arbeit im Einzelnen bedeutet.

AntragstellerInnen

Ausschuss für Frauen-und Geschlechterpolitik (fgp)

59-8-AP-01

AntragstellerInnen: Ausschuss Frauen- und Geschlechterpolitik u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Anträge an das Arbeitsprogramm unter dem Motto „Auch du, Genoss*in, kannst Feminismus machen!“: Antrag Sozialpolitik

1 Ursprünglicher Antrag:

2 Der Ausschuss arbeitet zur Repolitisierung der Sozialpolitik in Studierenden-
3 schaften und beschäftigt sich insbesondere mit den sozialen Auswirkungen und
4 Bedingungen des Bologna Prozesses im Rahmen des Seminars “Bologna wie-
5 der sozial machen“. Weiterhin unterstützt der Ausschuss den Vorstand bei der
6 Kampagne zur schnellen Implementierung von BAföG Verbesserungen nach
7 der Bundestagswahl und arbeitet zusammen mit dem Aktionsbündnis gegen
8 Bildungs- & Studiengebühren (ABS) und den Landesstudierendenvertretungen
9 gegen Studiengebühren.

10 Der fzs hat zwar eine grundsätzliche Position zum Bedingungslosen Grundein-
11 kommen, allerdings kein detailliertes Konzept.(E1))Der Ausschuss beschäftigt
12 sich mit verschiedenen Konzepten des Bedingungslosen Grundeinkommens und
13 erarbeitet eine detailliertere Position hierzu.

14 Der Ausschuss beschäftigt sich weiterhin mit sozialen Ausschlüssen, insbeson-
15 dere das Thema Studierende mit Behinderung und chronischen Krankheiten
16 soll im Mittelpunkt des Bundeskongress studentischer Sozialpolitik (BUKS)
17 stehen. Weiterhin beschäftigt sich der Ausschuss mit Ausschlüssen und Exklu-
18 sivität von Studierendenvertretungen im Rahmen des Seminars “Exklusivität
19 studentischer Hochschulpolitik aufbrechen“. Der Ausschuss setzt seine Arbeit

20 zum Mutterschutzgesetz fort und arbeitet weiter am Handbuch zu Arbeitsbe-
21 dingungen. (E2)

22 **Änderungsantrag:**

23 Ergänze nach “detailliertes Konzept“ (E1): Dieses Konzept sollte auch
24 queer_feministische Perspektiven auf Carearbeit sowie eine Analyse des Ver-
25 hältnis von globaler Arbeitsteilung und national durchgesetztem bedingungs-
26 losem Grundeinkommen miteinbeziehen.

27 Ergänze am Ende (E2): Der Ausschuss beschäftigt sich mit
28 queer_feministischen Konzepten rund um Carearbeit und rassistische
29 Arbeitsteilung und wie diese in Analysen und Reformvorschlägen von So-
30 zialpolitik einbezogen werden können. Hierbei beschränkt sich der Begriff
31 Carearbeit nicht nur auf Kindererziehung, sondern wird weiter gedacht.

Begründung

Der Hintergrund des Änderungsantrags wird genauer im Antrag „Feminismus als Querschnittsthema“ beleuchtet.

Wir begrüßen, dass der Ausschuss Sozialpolitik sich in seinem Antrag „Keine Lust auf BaföG? Heute reden wir überRente“ mit Carearbeit und dem heterosexistischen Fokus auf Männer als durchgehend entlohnt arbeitende Bürger auseinandersetzt. Jedoch wurde der Begriff Carearbeit auf Kindererziehung reduziert. Ein queperfeministischer und antirassistischer Ansatz könnte die Perspektive auf Carearbeit erweitern.

AntragstellerInnen

Ausschuss Frauen- und Geschlechterpolitik

59-8-AP-02

AntragstellerInnen: Ausschuss für Frauen-und Geschlechterpolitik

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Änderungsantrag zum Arbeitsprogramm Ausschuss Studienreform (Motto, „Auch du, Genoss*in, kannst Feminismus machen!“)

1 Füge hinzu zu1. Die Aspekte Qualitätssicherung und Mitbestimmung sollen
2 hierbei insbesondere auf die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Die vol-
3 le Gleichstellung der Geschlechter in Studium, Forschung und Lehre hat hierbei
4 als notwendiges Qualitätsmerkmal von Hochschulen zu gelten. Bei der Beset-
5 zung von universitären Gremien soll ein Fokus auf niedrigschwelligen Möglich-
6 keiten und Strategien liegen, die Frauen* beteiligen und zur Partizipation in
7 solchen Gremien ermächtigen können.

8 Füge hinzu zu2. In der Beschäftigung mit Kritischer Lehre und unterreprä-
9 sentierten Forschungsfeldern soll ein besonderer Fokus auf der Vernetzung und
10 Unterstützung von Lehrstühlen und der Forschung im Bereich der Gender Stu-
11 dies liegen.

12 Füge hinzu zu3. Gute und praxisorientierte Regelungen zur studentischen Mo-
13 bilität, der Beantragung von Urlaubssemestern und der außerordentlichen An-
14 erkennung von Studien- und Prüfungsleistung können insbesondere Studierenden
15 mit Kind/ern beim Verfolgen ihres Studiums unterstützen. Daher sollen
16 Regelungen zu Anerkennung und Mobilität die Belange und Lebenssituation
17 von studierenden Eltern besonders in Betracht ziehen. Dabei spielt oft auch al-
18 tersbedingte Benachteiligung von Studierenden eine Rolle, die aus unterschied-
19 lichen Benachteiligungsgründen (kein akademischer Hintergrund, sprachliche
20 Kompetenzen, Pflege von Kindern oder Eltern usw.) nicht den vorgegebenen
21 zeitlichen Anforderungen gerecht werden können.

*59-8-AP-02 Änderungsantrag zum Arbeitsprogramm Ausschuss
Studienreform (Motto,,Auch du, Genoss*in, kannst Feminismus machen!“)*

AntragstellerInnen

Ausschuss für Frauen-und Geschlechterpolitik

59-8-S-03

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Kampagne gegen Wohnungsnot

1 Um gut studieren zu können, sind infrastrukturelle Voraussetzung, wie eine
2 Wohnung zu haben, essenziell. Die studentische Wohnungsproblematik wird in
3 Zeiten steigender Mieten und der Verdrängung verschiedener sozialer Grup-
4 pen aus Städten immer mehr zum Problem. Es gibt kaum noch gesichert be-
5 zahlbare Unterkünfte und die Wohnpauschale des Bafögs von 250 Euro reicht
6 kaum aus um ein WG Zimmer bezahlen zu können. Wohnraum wird nach sei-
7 ner ökonomischen Verwertbarkeit ausgerichtet und nicht an Bedürfnissen von
8 Menschen orientiert. Die daraus resultierenden sozialen Ausschlüsse, sind keine
9 Einzelphänomene.

10 Deshalb macht der fzs im Zeitraum von April bis Juli Wohnungsnot zu ei-
11 nem Themenschwerpunkt der Verbandsarbeit. Dazu wird eine Kampagne mit
12 folgenden Themenmonaten gestartet:

- 13 • Im ersten Themenmonat soll Bewusstsein geschaffen werden. Beispiels-
14 weise soll dabei die zu geringe Wohnpauschale des Bafögs thematisiert
15 und die Problematiken von privaten und öffentlichen Wohnheimen be-
16 tont werden. Außerdem soll aufgezeigt werden, dass Wohnungsnot kein
17 einzelnes Phänomen ist, sondern alle Städte betrifft.
- 18 • Im zweiten Themenmonat soll entstandenes Bewusstseins genutzt wer-
19 den und ein call for organizing gestartet werden. Außerdem sollen ver-
20 schiedene Wohnformen und Projekte vorgestellt werden. Damit Wohnen
21 als aktive Praxis des öffentlichen Lebens wahrgenommen wird und die
22 Probleme als politische verstanden werden.

- 23 • Im dritten Themenmonat soll für die Situation von internationalen Stu-
24 dierenden sensibilisiert, struktureller Rassismus in Wohnheimen und auf
25 dem freien Wohnungsmarkt thematisiert und Geflüchtetenprojekte vor-
26 stellt werden. Dabei soll solidarisch mit Betroffenen zusammengearbeitet
27 werden und diese in ihrem Aktivismus unterstützt werden.
- 28 • Im vierten Themenmonat sollen die Themen Gentrifizierung und soziale
29 Segregation behandelt werden. Dabei soll zu diesen Problematiken die
30 Möglichkeiten der theoretischen Auseinandersetzung bereitgestellt und
31 dabei neben Stadtforschung auch Verquickung von Gentrifizierung und
32 Überwachung thematisiert werden.

33 Die Kampagne soll sowohl Aktive in lokalen Studivertretungen und
34 Wohnraum-Initiativen einbinden, als auch mit überregional arbeitenden Grup-
35 pen zusammenarbeiten. Dabei soll auf den Aktionen der einzelnen Bündnis-
36 partner*innen aufgebaut werden. Die Aktionen werden medial aufbereitet, so
37 dass jeden Donnerstag unter dem Hashtag #Wohnerstag ein Post für die so-
38 cial media Plattformen vorbereitet wird und die Mitglieder des fzs aufgerufen
39 sind, ebenfalls Probleme des Wohnens unter dem Hashtag zu thematisieren.
40 Zur Umsetzung der Aktionen vor Ort werden für jeden Themenmonat Akti-
41 onspakete mit Informationen zu den Themen sowie Aktionsideen und Material
42 dazu verschickt. Die Aktionsideen sind dabei natürlich nicht bindend für die lo-
43 kalen Partner*innen, erlauben es aber auch Gruppen mit weniger Kapazitäten
44 an der Kampagne zu partizipieren.

Begründung

Wir haben in unserer bisherigen Amtszeit in vielen Gesprächen mit lokalen Gruppen festgestellt, dass das Problem überall auftritt. Um das Thema auch auf Bundesebene zu setzen und die lokalen Kämpfe möglichst gut zu unterstützen, sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass eine bundesweite Kampagne nötig ist.

AntragstellerInnen

Vorstand

59-8-S-04

AntragstellerInnen: Kassenprüfungsausschuss

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Genutzte Online-Verkäufer*Innen hinterfragen

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, die Nutzung von flyeralarm und Amazon po-
- 2 litisch zu prüfen.
- 3 Die Druckaufträge sollen nur an sozial und ökologisch verantwortungsbewusste
- 4 Unternehmen vergeben werden. Umweltpapier und klimaneutraler Druck sollen
- 5 bevorzugt werden. Die Druckmengen sollen dem Bedarf angemessen sein. Die
- 6 Wiederverwertung übrig gebliebener Druckprodukte soll angestrebt werden.
- 7 Die Anschaffung von Gebrauchsgegenständen sollte bei Unternehmen mit Ar-
- 8 beitsbedingungen, die den Ansprüchen des fzs genügen, erfolgen.

Begründung

Bei der Prüfung der Kasse fiel auf, dass die Bestellung von Flyern bei flyeralarm erfolgte und auch immer wieder Gebrauchsgegenstände bei Amazon bestellt wurden. Beide Unternehmen sind nicht bekannt dafür, besonders Arbeitnehmer*Innen freundlich zu sein und auch nicht dem immer dem Klimaschutz zuträglich sein. Daher würde es der KPA auch im Sinne des Nachhaltigkeitsbeschlusses begrüßen, wenn diese Entscheidungen kritisch hinterfragt werden würden.

AntragstellerInnen

Kassenprüfungsausschuss

59-9-SÄ-01

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Konsequenzen für nichtquotierte AS-Delegationen

1 **Aktuelle Satzung**

2 §15 (4) Wird ein Mitglied von mehreren Menschen im Ausschuss der Stu-
3 dent*innenschaften vertreten, so muss mindestens die Hälfte der Delegation
4 aus Frauen bestehen.

5 §18 Der Ausschuss der Student*innenschaften ist beschlussfähig, wenn min-
6 destens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

7 **Änderungsantrag**

8 *Streiche und ersetze durch:*

9 §15 (4) Wird ein Mitglied von mehreren Menschen im Ausschuss der Stu-
10 dent*innenschaften vertreten, so muss mindestens die Hälfte der Delegation
11 aus Frauen* bestehen. Ist dies nicht der Fall, ist die Delegation nicht stimm-
12 berechtigt.

13 §18 (1) Der Ausschuss der Student*innenschaften ist beschlussfähig, wenn min-
14 destens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

15 (2) Die Beschlussfähigkeit ist so lange gegeben, wie die Stimmrechte von min-
16 destens der Hälfte der Delegationen durch sich im Sitzungsraum befindende
17 Frauen* wahrgenommen werden können.

18 (3) Im Falle der Beschlussunfähigkeit kann die Sitzungsleitung die Sitzung
19 unterbrechen, wenn damit zu rechnen ist, dass die Beschlussfähigkeit in abseh-
20 barer Zeit wiederhergestellt wird.

Begründung

Der AS ist das höchste beschlussfassende Gremium zwischen den Mitgliederversammlung. Seine Aufgabe ist die Kontrolle der Arbeit des Vorstandes und der Ausschüsse sowie die Einhaltung der Beschlüsse der MV.

In einem sich als feministisch verstehenden Verband muss sichergestellt werden, dass der Wissensaustausch auch an und durch FLTI*-Personen geleistet wird sowie dass Entscheidungen von diesen mitgetroffen werden.

Seit längerer Zeit wird bei MVs zwar gefragt, ob die Delegationen quotiert anreisen, aber dies hat weder Auswirkungen auf das Wahlverhalten noch auf die tatsächliche Zusammensetzung der Sitzungen. Dies macht die aktuell bestehende Regelung zu einer Farce.

Tatsächlich hat dies in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass auf AS-Sitzungen mehr männliche Personen anwesend waren als FLTI*-Personen. Guter Wille alleine reicht nicht. Es müssen Konsequenzen folgen.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften

59-9-SÄ-03

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Einrichtung und Bestätigung von Arbeitskreisen

1 Aktuelle Satzung

2 §37 (4) Bestehende Zusammenschlüsse im Bereich der Student*innenschaften,
3 wie zum Beispiel Bundesfachschaftentagungen oder Referent*innentreffen be-
4 stimmter Arbeitsbereiche können den Status eines Arbeitskreises erlangen.

5 Änderungsantrag

6 *Streiche und ersetze:*

7 §37 (4) Die von dem Ausschuss der Student*innenschaften eingerichteten Ar-
8beitskreise bedürfen keiner Bestätigung der Mitgliederversammlung. Die Ar-
9beitskreise müssen bei der darauffolgenden Mitgliederversammlung berichten.
10 Liegt kein Bericht vor gilt der betroffene Arbeitskreis als aufgelöst.

Begründung

Das Einrichten von neuen Arbeitskreisen durch den Ausschuss der Student*innenschaften als zweites höchstfassendes Beschlussgremium soll zwischen den Mitgliederversammlungen gewährleistet sein. Diese Arbeitskreise haben die gleiche reguläre Funktion wie die von Mitgliederversammlung eingerichtete Arbeitskreise und benötigen keine formelle Bestätigung in der nächsten Mitgliederversammlung. Der Arbeitskreis ist lediglich verpflichtet in der darauffolgenden Mitgliederversammlung einen Bericht einzureichen. Wird kein Bericht eingereicht gilt der Arbeitskreis nach der Mitgliederversammlung als

aufgelöst. Die Kontrollfunktion der Mitgliederversammlung bleibt insofern gewahrt, dass sie weiterhin durch eine 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieds-hochschulen Arbeitskreise auflösen können.

Außerdem spiegelt der Absatz in seiner jetzigen Form die aktuelle Zusammenarbeit des fzs mit den genannten Gremien nicht wieder, und der beschriebene Fall ist in der Form auch noch nie vorgekommen. Zudem wird eine Streichung weder eine künftige Zusammenarbeit einschränken, noch verhindert sie die Einrichtung solcher Zusammenschlüsse als Arbeitskreise in, wenn dann eher ferner, Zukunft.

Der AS bedankt sich beim Ausschuss grober Unfug für den äußerst konstruktiven Einwurf.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften

59-9-SÄ-04

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Quotierung der inhaltlichen Ausschüsse verbessern

1 Aktuelle Satzung

2 § 29 (2) Einem Ausschuss sollen gleich viele Frauen und Männer angehören.
3 Jeweils drei Plätze in einem Ausschuss dürfen ausschließlich durch Männer
4 und Frauen besetzt werden.

5 Änderungsantrag

6 *Streiche und ersetze:*

7 § 29 (2) Ein Ausschuss muss mindestens zur Hälfte aus Frauen* bestehen.

Begründung

Die derzeitige Quotierungsregelung zur Zusammensetzung von Ausschüssen, ermöglicht Ausschüsse in welchen keine einzige Frau sitzt, wohingegen die beantragte Regelung eine Quote von mindestens 50 % ermöglicht.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften

59-9-SÄ-05

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Kooptierung in inhaltliche Ausschüsse quotieren

¹ Aktuelle Satzung

² § 29 (8) Zusätzlich zu den gewählten Mitgliedern kann ein Ausschuss weitere
³ Mitglieder kooptieren.

⁴ Änderungsantrag

⁵ *Füge bei § 29 (8) hinzu:*

⁶ Bei der Kooptierung ist sicherzustellen, dass die harte Quotierung gem. § 29
⁷ Abs. 2 für die Gesamtheit der ordentlichen und kooptierten Mitglieder bestehen
⁸ bleibt.

Begründung

Durch eine Kooptierung soll nicht durch die Hintertür die Quotierung des Ausschusses gekippt werden.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften

59-9-SÄ-02

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Quotierte Besetzung des Kassenprüfungsausschusses

1 Aktuelle Satzung

2 § 44 (1) Die erste Mitgliederversammlung eines Geschäftsjahres wählt einen
3 Kassenprüfungsausschuss (KPA), der aus mindestens 3 und bis zu 6 Stu-
4 dent*innen aus verschiedenen Student*innenschaften besteht. Die Mitglieder-
5 versammlung legt die Zahl der Mitglieder des Kassenprüfungsausschusses vor
6 der Wahl fest.

7 Änderungsantrag

8 *Füge an § 44 (2) hinzu:*

9 Bei der Besetzung des KPA ist die harte Quotierung gem. § 29 Abs. 2 sicher-
10 zustellen.

Begründung

Im Verband werden Positionen, wie z.B. auch im KPA, überwiegend von Per-
sonen, die sich als männlich verstehen, besetzt. Dies trägt dazu bei, dass Wis-
sen auch nur unter diesen Personen weitergegeben wird und Entscheidungen
aus einer überwiegend männlich geprägten Perspektive getroffen werden. Der
KPA ist ein wichtiger Ausschuss, in dem man einen tiefen Einblick in die Ver-
bandsstrukturen erhält. In einem sich als feministisch verstehenden Verband
muss sichergestellt werden, dass der Wissensaustausch auch an und durch

FLTI*-Personen geleistet wird. Um das zu gewährleisten, ist es notwendig, dass explizit auch Frauen* dazu ermutigt werden, sich in diesem Ausschuss zu engagieren.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften

59-9-WO-01

AntragstellerInnen:	fgp: Ausschuss für Frauen-und Geschlechterpolitik
Gegenstand:	TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Antrag auf eine Änderung der Wahlordnung hins. übergriffiger Befragung

- 1 Ergänze nach §7 Abs. 2 Satz 4 der Wahlordnung
- 2 “Die Fragen werden auf diese Eigenschaften hin gemeinsam von den Anti-
- 3 diskriminierungsbeauftragten und der Sitzungsleitung überprüft. Fragen mit
- 4 diskriminierenden Inhalten oder Fragen, die darauf ausgerichtet sind, die Kan-
- 5 didat*innen auf unsachliche Weise zu diskreditieren, werden in Gänze von der
- 6 Befragung ausgeschlossen.“

Begründung

Schriftliche Befragungen stellen eine enorme Belastung für die Kandidierenden da. Wenn diese dazu genutzt werden, um sie bloßzustellen oder zu diskriminieren, stellt das eine erhebliche Hürde dar, um sich überhaupt auf ein Amt im fzs zu bewerben.

Leider passiert aber genau das immer wieder: Schriftliche Befragungen werden dafür genutzt, um Kandidierende auf unsachliche Art vor dem Plenum bloß zu stellen. Sowohl auf der 53. wie auch auf der 58. Mitgliederversammlung wurden Fragen durch die Redeleitung zugelassen, die die Kandidierenden persönlich verletzen sollten. Außerdem hat sich in einigen Sitzungsleitungen die Praxis

eingebürgert, aus beleidigenden Fragen den beleidigenden Anteil zu streichen und die Frage danach zuzulassen.

Zum einen weist das darauf hin, dass die derzeit gültige Wahlordnung in diesen Punkten nicht umgesetzt wird. Zum anderen ergibt sich der Eindruck, dass die Sitzungsleitung unter Umständen nicht ausreichend Kompetenzen bzw. Zeit hat, um die Fragen eingehend zu überprüfen, weswegen eine gemeinsame Überprüfung der Fragen mit den Antidiskriminierungsbeauftragten notwendig ist. Der obige Antrag soll daher eine Debatte rund um das Thema und den Status der schriftlichen Befragung im fzs anregen. Seine Beschließung wäre im Sinne einer herrschaftskritischen Praxis im fzs, die sich auch gegen die Aggressionen Einzelner stellt, erstrebenswert.

AntragstellerInnen

fgp: Ausschuss für Frauen- und Geschlechterpolitik

59-9-SÄ-08

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften u.a.

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Tatsächliche Einbindung von Frauen* sichern

1 **Aktuelle Satzung**

2 § 31 Beschlussfähigkeit

3 Ein Ausschuss ist beschlussfähig wenn nicht weniger als drei stimmberechtig-
4 te

5 Mitglieder bei einer Sitzung oder Telefonkonferenz anwesend sind.

6 **Änderungsantrag**

7 *Streiche und ersetze durch:*

8 § 31 Beschlussfähigkeit

9 Ein Ausschuss ist beschlussfähig wenn nicht weniger als drei stimmberechtigte
10 Mitglieder, davon mindestens eine Frau*, bei einer Sitzung oder Telefonkonfe-
11 renz anwesend sind.

Begründung

Die derzeitige Formulierung des Paragraphen ermöglicht, dass Entscheidungen in Ausschüssen durch reine Männergruppen getroffen werden können. Der Antrag sorgt dafür, dass Entscheidungen und Wissensweitergabe in reinen Männergruppen aufgebrochen wird.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften (hält Antrag des 57. AS aufrecht)

59-9-SÄ-09

AntragstellerInnen: 58. Ausschuss der Student*innenschaften u.a.

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Beschlussfähigkeit des AS auf Telefonkonferenzen

1 Aktuelle Satzung

2 § 19 Sitzungen

3 1. Der Ausschuss der Student*innenschaften tagt grundsätzlich öffentlich. Über
4 Ausnahmen entscheidet der Ausschuss der Student*innenschaften auf Antrag
5 eines Mitglieds mit 3/4-Mehrheit seiner Mitglieder in nicht-öffentlicher Sit-
6 zung. VertreterInnen einer MitgliedsStudent*innenschaft und gewählte Mit-
7 glieder von Organen des Vereins können nicht ausgeschlossen werden.

8 2. Der Vorstand muss auf den Sitzungen des Ausschusses der Stu-
9 dent*innenschaften durch mindestens ein Mitglied des Vorstands vertreten
10 sein.

11 Änderungsantrag

12 *Füge neu an §19 an:*

13 §19a TelKos

14 1. Der Ausschuss der Student*innenschaften kann auf Telefonkonferenzen Be-
15 schlüsse im Sinne von §20 fällen, falls eine Beschlussfähigkeit im Sinne von §18
16 gegeben ist.

17 2. Telefonkonferenzen des Ausschuss der Student*innenschaften sind öffent-
18 lich. Eine nicht-Öffentlichkeit kann auf Telefonkonferenzen nicht hergestellt
19 werden.

- 20 3. Der Vorstand muss auf Telefonkonferenzen des Ausschuss der Stu-
21 dent*innenschaften durch mindestens ein Mitglied des Vorstands vertreten
22 sein.
- 23 4. Telefonkonferenzen gelten nicht als Tagung im Sinne von §17 (1)
- 24 5. Die Frist zur Einladung zu Telefonkonferenzen muss im Sinne von §17 (2)
25 erfolgen.

Begründung

Telefonkonferenzen stellen seit längerem ein wichtiges Kommunikationsmedium des Ausschusses der Student*innenschaften dar. Im Sinne einer Verbesserung der Arbeitsfähigkeit des Ausschuss der Student*innenschaften werden Telefonkonferenzen Sitzungen weitestgehend gleichgestellt. Der AS wird somit in die Lage versetzt seinen satzungsgemäßen Aufgaben gerecht zu werden.

AntragstellerInnen

58. Ausschuss der Student*innenschaften (hält Antrag des 57. AS aufrecht)

59-10-SP-01

Name: Rebekka Statz
Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Rebekka Statz

Geschlecht:
weiblich

Geburtsdatum:
20.03.1994

Hallo mein Name ist Rebekka und ich bin eine der beiden neuen Referentinnen für Soziales an der Universität Koblenz-Landau. Ich bin neugierig auf die Arbeit des fzs, da Themen wie BAföG, Kredite oder auch Studieren mit Kind wichtige Aspekte für Studierende sind, von denen ich bis jetzt nur begrenzt Wissen habe. Ich würde mir wünschen möglichst viele Möglichkeiten für Studierende beziehungsweise auch die kritische Betrachtung von (vermeintlichen) Hilfsangeboten kennen zu lernen. So könnte ich differenzierte Hilfe an meiner Uni anbieten, und die Studieren bestmöglich unterstützen, damit sie sich wohlfühlen und vielleicht sogar eine Sorge weniger haben in ihrem Alltag. Aus diesen Gründen würde ich mich freuen in den Ausschuss gewählt zu werden. Liebe Grüße Rebekka

Biografie

Nach zwei Freiwilligendiensten in Deutschland und England habe ich ein Studium der Pädagogik und Soziologie in München angefangen. Nach zwei Semestern habe ich zu dem Fach Psychologie an der Universität Koblenz-Landau gewechselt und befinde mich aktuell im dritten Fachsemester. In meiner Freizeit bin ich gerne in der Natur, treffe Freunde und bringe mich ehrenamtlich in der Hochschulgruppe des DGB und bei Arbeiterkind.de ein.